UNABHAENGIGE HISTORIKERKOMMISSION
ZUR ERFORSCHUNG DER GESCHICHTE
DES BUNDESNACHRICHTENDIENSTES 1945–1968

Die Geschichte der Organisation Gehlen und des BND 1945-1968: Umrisse und Einblicke

Dokumentation der Tagung am 2. Dezember 2013

Studien Nr. 2

Studien Nr. 2

Die Geschichte der Organisation Gehlen und des BND 1945–1968: Umrisse und Einblicke

Dokumentation der Tagung am 2. Dezember 2013

Unabhängige Historikerkommission
zur Erforschung der Geschichte des
Bundesnachrichtendienstes 1945–1968

Herausgegeben von
Jost Dülffer, Klaus-Dietmar Henke,
Wolfgang Krieger, Rolf-Dieter Müller

Redaktion: Andreas Hilger, Sabrina Nowack,
Gerhard Sälter

Inhalt

Begrüßung 5

Klaus-Dietmar Henke 5

Grußworte 9

Günter Heiß 9

Gerhard Schindler 12

Sektion 1: Das Personal 15

Rolf-Dieter Müller
Frühe Konflikte. Annäherung an eine Biographie Reinhard Gehlens 15

Christoph Rass
Leben und Legende. Das Sozialprofil eines Geheimdienstes 24

Gerhard Sälter
Kameraden. Nazi-Netzwerke und die Rekrutierung hauptamtlicher Mitarbeiter 39

Michael Wildt
Kommentar 50

Sektion 2: Auslandsaufklärung 55

Wolfgang Krieger
Die BND-Auslandsoperationen in Nordafrika: Eine Fallstudie zu Richard Christmann in Tunesien und Algerien 55

Andreas Hilger und Armin Müller
Der BND und der „Prager Frühling“ 64

Erwin A. Schmidl
Kommentar 75

Sektion 3: Innenpolitik 81

Bodo Hechelhammer
Die „Dossiers“. Reinhard Gehlens geheime Sonderkartei 81

Klaus-Dietmar Henke
Der Auslandsnachrichtendienst in der Innenpolitik: Umrisse 90

Frank Bösch
Kommentar 99

Die Autoren 104

Impressum 112

Begrüßung

Klaus-Dietmar Henke,
Sprecher der Unabhängigen Historikerkommission

„Es gibt keine Verwirrung in der Welt, außer einer scheinbaren“, sagte Gottfried Wilhelm Leibniz, nach dem dieser schöne Saal benannt ist. Dass es lediglich eine scheinbare Verwirrung gibt, also keine tatsächliche, das ist ein philosophischer Trost, den jeder gut brauchen kann, der sich mit Geheimdiensten befasst. Leibniz gab auch den Anstoß zur Gründung dieser Akademie, bei der wir einen ganzen langen Tag zu Gast sein dürfen.

Der Universalgelehrte Leibniz weiß also Tröstliches zu sagen für den, der sich mit Geheimdiensten befasst. Egal, ob er das als Staatsbürger tut, als Journalist und Parlamentarier oder als Historiker. Egal, ob er sich aktuell fragt, ob das verwirrende Intelligence-Dickicht in unseren westlichen Demokratien diese vielleicht mehr beeinträchtigt als fördert. Oder ob er den Blick zurück wendet und sich fragt, wie nützlich oder abträglich die Organisation Gehlen und der BND damals eigentlich gewesen sind, als unsere Eltern und Großeltern nach dieser totalen menschlichen und moralischen Katastrophe den Versuch gemacht haben, endlich auch in Deutschland eine demokratische Ordnung einzuwurzeln.

Die beiden ersten Gründungsdekaden der zweiten deutschen Demokratie sind für die Unabhängige Historikerkommission der Horizont ihres Vorhabens, auch wenn es konkret nur um den BND geht: um seine Entstehung unter amerikanischer Kuratel; um sein Personal und seine Strukturen; um den dort vorherrschenden Geist, wenn wir das einmal so nennen wollen. Es geht natürlich um seine Tätigkeit im Ausland und im Inland, um seine Rolle im Kalten Krieg – namentlich im Kampf mit der Geheimpolizei der SED und vor allem um die Frage nach seinem Nutzen (oder Schaden?) für unser Land vor sechzig und mehr Jahren. Einen Ausschnitt aus unserer Arbeit möchten wir Ihnen heute gerne vorstellen, punktuelle Einblicke und Umrisse nur, denn weiter sind wir noch nicht.

Selbstverständlich fragen wir auch nach Kontinuitätslinien zur NS-Zeit. Jost Dülffer, Wolfgang Krieger, Rolf-Dieter Müller und ich hatten in unseren Gesprächen mit dem BND allerdings deutlich gemacht, dass wir eine Beschränkung auf

diese Frage für eine Engführung halten. Der Dienst hat der Kommission bei der Definition ihres Forschungsvorhabens denn auch völlig freie Hand gelassen. Es geht uns also – vollmundig formuliert – um eine Gesamtgeschichte des BND. Es geht aber nicht um eine bloße Geheimdienstgeschichte, sondern um die Geschichte des BND als Teil der Bundesrepublik-Geschichte.

Es gab mitunter Verwirrung, ehe der Vertrag im Februar 2011 unterzeichnet werden konnte und ehe sich die Mitarbeiter des Dienstes schließlich mit dem bis dato unidentifizierten „Sicherheitsrisiko Historiker" angefreundet hatten. Diese Verwirrung war aber nur scheinbar, denn die Regeln sind klar: Wir arbeiten in völliger wissenschaftlicher Freiheit; die Einsichtnahme in „ausnahmslos" alle BND-Akten ist garantiert; bei Veröffentlichungen hat der Dienst ein Mitspracherecht nur dann, wenn „Bestimmungen des Archivgesetzes, Gründe des Persönlichkeitsrechtes oder des Geheimschutzes" berührt sind. Entstehen hier Differenzen, wird eine hochrangig besetzte Schiedskommission gebildet. Und wenn alles nichts hilft: Dann rechnen wir fest mit der Unterstützung der interessierten Öffentlichkeit.

Wir stehen jedenfalls auf dem Standpunkt, dass sich verantwortliche Amtsträger und Personen der Zeitgeschichte nicht hinter ihren Decknamen verbergen dürfen – und dass Ross und Reiter zu nennen sind, wenn es für das Verständnis eines historischen Sachverhalts erforderlich ist. Vergessen wir nicht, meine Damen und Herren: Die Dinge, die wir behandeln, liegen meist über ein halbes Jahrhundert zurück.

Auch beim Geld herrscht keine Verwirrung. Bis 2016 dürfen wir ungefähr zwei Millionen Euro ausgeben in einem Projekt, in dem elf Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mitarbeiten (zum Teil auf Werkvertragsbasis). Auch die vier Kommissionsmitglieder arbeiten und haben bereits einige hundert Archivtage auf ihren betagten Rücken. Unterstützt werden wir durch eine BND-interne Arbeitsgruppe unter Leitung von Dr. Bodo Hechelhammer. Allerbeste Unterstützung erhalten wir vom Bundeskanzleramt in Gestalt von Herrn Ministerialdirigent Hans Vorbeck.

Es ist keine Frage: Der BND ist mit der dankenswerten Vergabe dieses Forschungsvorhabens noch durch Ernst Uhrlau, seinem vorigen Präsidenten, über eine Hürde geklettert, die dem Dienst anfangs sehr hoch vorgekommen sein muss. Schließlich wird ein Geheimdienst nicht jeden Tag bei lebendigem Leibe seziert – jedenfalls seine frühen Jahre. Die Option, seine eigene Geschichte nicht aufzuarbeiten, ist heute in Deutschland allerdings für niemanden mehr eine Option, nicht einmal für einen geheimen Nachrichtendienst.

Die Kommission empfiehlt, sogar noch einen Schritt weiter zu gehen: nämlich, in dem großen Haus an der Chausseestraße ein „Historisches Büro“ einzurichten. Oder wird man eines fernen Tages denn nicht wissen wollen, wie sich unser Auslandsnachrichtendienst eigentlich in der NSA-Affäre verhalten hat oder was er in Afghanistan geleistet hat? Ist es für das Selbstverständnis der BND-Mitarbeiter eigentlich gleichgültig, ob sie die Geschichte ihrer Behörde kennen oder nicht? Wo doch jeder Angestellte der Commerzbank oder von Bertelsmann und neuerdings sogar von Dr. Oetker Pudding weiß, wie seine Firma wurde, was sie ist. Wer nicht von Identitätsbildung sprechen will, mag den Vorschlag unter „Imagepflege“ oder „vertrauensbildende Maßnahme“ prüfen: Wird man einem BND, der im Umgang mit der eigenen Geschichte einigermaßen verlässlich ist, nicht auch bei aktuellen Fragen eher Glauben schenken? Aber das haben andere zu entscheiden.

Die Kommission versucht einstweilen, ihren Auftrag ordentlich auszuführen. Danach werden uns die Gründungsjahre des BND in den Gründungsjahren der Bundesrepublik sicherlich deutlicher vor Augen stehen, Behauptungen werden belegt oder widerlegt, Heldengemälde werden tiefer gehängt worden sein. Kurz: Scheinbare und tatsächliche Verwirrungen werden dann hoffentlich besser voneinander scheidbar sein.

Ob uns der Einblick in die Gehlen-Jahre bei der brennenden Frage nach der Rolle von Nachrichtendiensten in modernen demokratischen Gesellschaften helfen wird? Das bleibe einstweilen dahingestellt. Ich möchte aber doch annehmen, dass die Frage nach der Existenzberechtigung, der Kontrollierbarkeit und der keinesfalls hinnehmbaren Verselbständigung von Geheimdiensten keine zeitgebundene Frage ist. Wir befassen uns mit unserer Geschichte ja nicht, „um nicht zu vergessen“, wie häufig zu hören ist, sondern wir befassen uns mit Geschichte, wie Hannah Arendt sagt, um urteilsfähig zu bleiben.

Ich wünsche uns einen interessanten Tag und einen lebhaften Austausch unserer Meinungen, die bei diesem Thema wohl kaum einhellig sein werden.

Ich möchte nicht ohne einen Hinweis auf den schwankenden Boden schließen, auf dem wir uns hier bewegen. Das meine ich nicht im übertragenen Sinne. Denn diese Kacheln aus dem Jahre 1906 unter unseren Füßen sind weltweit nur zweimal verarbeitet worden: Einmal hier im Leibniz-Saal und einmal auf einem Luxusdampfer mit dem schönen Namen „Titanic“.

Grußworte

Günter Heiß,
Koordinator für die Nachrichtendienste des Bundes im Bundeskanzleramt

Es ist jetzt mehr als zweieinhalb Jahre her, dass der Vertrag über die Erforschung der Frühgeschichte des BND und seiner Vorläuferorganisation unterzeichnet wurde. Das Bundeskanzleramt als vorgesetzte Behörde des BND hat die Überlegungen zu einem solchen Forschungsprojekt von Anfang an für politisch und historisch wichtig erachtet und nicht nur begrüßt, sondern auch tatkräftig unterstützt.

Die wissenschaftliche Erforschung der Organisation Gehlen und des darauf aufbauenden Bundesnachrichtendienstes durch unabhängige namhafte Historiker bietet die Chance, ein solides Wissensfundament über die Entstehung, Funktion und Wirkungen einer Organisation zu erhalten, für die Geheimhaltung – auch tief in der Vergangenheit liegender – Vorgänge ein zentrales Funktionsprinzip war und dort, wo es aus rechtlichen Gründen unumgänglich ist, muss das auch so bleiben. Wo die Grenzen sind, wird immer wieder vor Gericht ausgelotet – und mal werden wir belehrt, mal die Kläger.

Infolge dieser Geheimhaltung gibt es zwar bis heute zahllose Berichte über angebliche Aktivitäten des BND, seine Erfolge oder Misserfolge sowie seine Mitarbeiter und deren politischer Verortung. Über den Wahrheitsgehalt dieser Berichte konnten aber, häufig mangels eindeutiger Aktenlage selbst im BND, nur Mutmaßungen angestellt werden. Bereits jetzt haben wir schon sehr viel mehr Klarheit gewonnen und ich bin zuversichtlich, dass wir nach Abschluss des Projektes, der für 2016 vorgesehen ist, noch mehr Fragen eindeutig beantworten können.

Unabhängig von den konkreten Ergebnissen, an denen Fachöffentlichkeit und Politik sehr interessiert sind, wird dies auch dem BND nutzen: Wer seine Vergangenheit kennt, kann Mutmaßungen und Gerüchten darüber überzeugter entgegentreten. Wenn ich allein bedenke, welche Horroraktionen dem BND immer wieder zugeschrieben werden, so kann es doch nur nützen, möglichst viel Vergangenheit aufzuarbeiten, um ins Kraut schießenden Stories zu begegnen. Mit

dem von der Historikerkommission angestrebten Abschlusswerk bietet sich die Chance, den zahlreichen Mythen über den BND eine wissenschaftlich fundierte Darstellung entgegenzustellen, die auch den Kern einer neuen „Corporate Identity“ für den BND bilden könnte.

Mit dem Forschungskonzept der UHK, das sie sich selbst vorgegeben hat, verfolgt sie ein ambitioniertes Ziel. Dabei geht es um weit mehr als die Erforschung der nationalsozialistischen Belastung von Mitarbeitern oder Informanten des BND. Angestrebt wird vielmehr eine umfassende politische Entwicklungsgeschichte des BND. Es soll auch nicht nur die Behördentätigkeit im engeren Sinne dargestellt werden. Vielmehr soll sowohl die Rolle des BND im innenpolitischen Gefüge der sich formierenden Bundesrepublik Deutschland bis 1968 als auch seine Bedeutung für die innerdeutschen und internationalen Beziehungen des geteilten Deutschlands beleuchtet werden. Die Themen des heutigen Kolloquiums sind ein nachdrücklicher Beleg für die Breite des Forschungsprojektes. Diesen ehrgeizigen Zielen dienen die enormen Anstrengungen in der täglichen Arbeit der Mitglieder und Mitarbeiter der UHK, aber auch der zahlreichen Unterstützer dieser Arbeit im BND. Sie sind schon teilweise bewältigt, heute ziehen Sie zum ersten Mal eine öffentliche Zwischenbilanz, ich bin aber überzeugt, dass Sie mindestens dieselbe Wegstrecke noch einmal vor sich haben.

Mir ist es wichtig, bei dieser Gelegenheit nochmals darauf hinzuweisen, dass das Offenlegen auch alter Akten gegenüber Außenstehenden für einen klandestin arbeitenden Nachrichtendienst keine Selbstverständlichkeit ist. Dies wird in der Öffentlichkeit leider häufig nicht verstanden. Geheimhaltung ist für Nachrichtendienste kein Selbstzweck. Sie dient grundsätzlich auch nicht dazu, Unbequemes oder gar Versagen von der Öffentlichkeit fernzuhalten. Das Geheimhalten vieler Sachverhalte und Vorgänge ist vielmehr eine grundsätzliche Voraussetzung für das Funktionieren einer solchen Einrichtung: Hält man sich nicht an das Vertraulichkeitsgebot, laufen die besonderen Methoden der Informationsgewinnung ins Leere – die konspirativen Erfahrungen der Terrorszene oder anderer Nachrichtendienste sind nicht zu unterschätzen. Angesichts der gegenwärtigen Bedrohungen für unsere Sicherheit kann dies ernsthaft Niemand wollen.

Ob nach Edward Snowdens Veröffentlichungen und der Folgeberichterstattung, die gern auch den gewöhnlichsten nachrichtendienstlichen Vorgang als Erschütterung der Republik kennzeichnet, ob also nach den Snowden-Veröffentlichungen das Mehr an Transparenz hinsichtlich der Nachrichtendienste den Verlust an Sicherheit ausgleichen wird, bleibt abzuwarten. Auf der anderen

Seite ist aber auch richtig, dass nicht alles in einem geheimen Nachrichtendienst zwingend der Geheimhaltung unterliegen muss. Erst recht nicht, wenn es sich um Vorgänge handelt, die zeitlich weit zurückliegen. Es wird in den allermeisten Fällen ein Weg zu finden sein, bei dem berechtigte Geheimhaltungserfordernisse berücksichtigt werden können, ohne die historische Substanz der Aussagen zu beeinträchtigen.

Vor diesem Hintergrund war allen Beteiligten an dem Geschichtsprojekt klar, dass es dabei um eine Gratwanderung zwischen der von der Wissenschaft geforderten Offenheit einerseits und der für die weitere Funktionsfähigkeit der BND erforderlichen Vertraulichkeit andererseits ging: Es mag ein wenig überhöht klingen, von einem Zusammenprall zweier Kulturen zu sprechen, aber die Praxis der vergangenen zweieinhalb Jahre hat einigen, wie ich meine, wirklich fruchtbaren Diskussionsbedarf ans Tageslicht gebracht. Diese Diskussionen konnten allerdings mit gutem Willen auf beiden Seiten einvernehmlich und zielführend bewältigt werden. Dafür danke ich allen Beteiligten ausdrücklich. Mit Blick auf Ihre umsichtige Vorgehensweise bin ich zuversichtlich, dass sich dies bis zum Abschluss des Projektes fortsetzen wird.

Jetzt, ungefähr zur Halbzeit dieses Geschichtsprojektes hat die Unabhängige Historikerkommission zu diesem Kolloquium eingeladen, um erste Ergebnisse ihrer Arbeit vorzustellen und öffentlich zu diskutieren. Ich möchte die Gelegenheit nutzen, der Historikerkommission und ihren Mitarbeitern für die bisherige Arbeit zu danken. In diesen Dank einschließen möchte ich ausdrücklich die zahlreichen Stellen im BND, die die Arbeit der Wissenschaftler unterstützen. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit sind hier zunächst die „AG Geschichte“ sowie das Archiv des BND zu nennen. Darüber hinaus sind aber auch viele weitere Stellen im BND, aber auch im Bundeskanzleramt und in anderen Ressorts unterstützend tätig geworden, wenngleich diese nicht immer so offen in Erscheinung treten. Auch diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gilt mein Dank und zugleich auch meine Bitte, diese Anstrengungen bis zum Abschluss des Projektes fortzusetzen.

Wie vermutlich alle hier Anwesenden bin auch ich gespannt auf die ersten Ergebnisse der bisherigen wissenschaftlichen Forschungsarbeiten. Der Veranstaltung wünsche ich einen guten Verlauf, angeregte Diskussionen sowie vertiefte und interessante Einblicke in die Frühgeschichte des BND. Ich verbinde dies mit der Zusage, dass die Bundesregierung die Arbeit der Unabhängigen Kommission auch weiterhin nach Kräften unterstützen wird. Wir alle hoffen, dass sie ihr ambitioniertes Projekt erfolgreich und in dem angestrebten Zeitrahmen beenden wird.

Gerhard Schindler,
Präsident des Bundesnachrichtendienstes

Heute, so hat die UHK es uns versprochen, sollen einige Geheimnisse unseres Dienstes gelüftet werden. Das ist für einen Nachrichtendienst, für einen Geheimdienst keine einfache Sache, denn wesentliche Voraussetzung für unsere Arbeit sind der Methodenschutz, der Quellenschutz und auch der Schutz der eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Aber: so schwierig wie der Spagat zwischen dem wichtigen Methoden- und Quellenschutz auf der einen Seite und der Transparenz auf der anderen Seite auch sein mag, es führt daran kein Weg vorbei.

Wir brauchen mehr Transparenz, nicht als Selbstzweck, sondern als Voraussetzung für eine breitere Vertrauensbasis in der Gesellschaft. Die Diskussion über die Zusammenarbeit des BND mit der *National Security Agency* (NSA) hat leider mehr als deutlich gezeigt, dass in der Bevölkerung, in den Medien und in der Politik teilweise völlig falsche Vorstellungen darüber existieren, wie wir arbeiten und warum wir es tun. Da hilft kein Jammern und auch keine Medienschelte, sondern wir müssen selbstkritisch feststellen, dass es uns bislang offensichtlich nicht gelungen ist, die Grundlagen, die Art und Weise und den Zweck unserer Tätigkeit hinreichend in die Gesellschaft hinein zu vermitteln. Unser Ziel, mein Ziel muss daher sein, den BND durch mehr Transparenz als das zu zeigen, was er ist, nämlich als modernen Dienstleister, der, fest verankert in der Gesellschaft, täglich auf hohem Niveau Hintergrundberichterstattung für die Entscheidungsträger in Regierung und Parlament liefert.

Ich weiß, mehr Transparenz ist eine Herausforderung für einen Nachrichtendienst, aber ich bin mir sicher, sie ist möglich. Wir müssen Ballast abwerfen, auch wenn er uns im Alltag noch so lieb geworden ist – und wir können es auch tun. Ich möchte dies an einem kleinen Beispiel festmachen: Es ergibt für mich keinen Sinn, die Außenstellen des BND in Deutschland unter einer Legendenstruktur zu führen, wenn ich gleichzeitig im Internet bei Wikipedia nachlesen kann, dass das Amt für X oder das Amt für Y eine Organisation des BND ist. Dies schafft Misstrauen anstatt Vertrauen. Transparenz ist also das Gebot der Stunde.

Transparenz ist sicher auch dort möglich, wo es um die Geschichte des Dienstes geht. Da man bekanntermaßen selbst zur kritischen Eigenbetrachtung nicht in der Lage ist, bin ich froh und dankbar, dass uns die UHK hierbei unterstützt. Die selbstkritische Auseinandersetzung mit unserer Geschichte, mit all ihren Irrungen und Wirrungen, schafft Glaubwürdigkeit für unser heutiges

Handeln. Es steht dem BND gut an, souverän mit seiner Geschichte umzugehen. Wir machen das: souverän und engagiert!

Ich darf ohne Übertreibung sagen, dass das Geschichtsprojekt des BND eines der umfänglichsten und ungewöhnlichsten in Deutschland, sogar in Europa ist. Dies belegen einige Zahlen:

- den vier Professoren der UHK stehen elf wissenschaftliche Mitarbeiter zur Seite,
- ihnen stehen ca. 54.000 Papierakten (das sind rd. 2,5 km) und weitere fünf Millionen Seiten Mikrofilmmaterial zur Verfügung,
- die UHK wird unterstützt in meinem Stab von sieben hauptamtlichen Mitarbeitern und zwanzig weiteren Personen in einer sog. „Forschungs- und Arbeitsgruppe“,
- hinzu kommen rund vierzig Kolleginnen und Kollegen aus dem Archiv
- und der UHK stehen für ihr nunmehr auf fünf Jahre ausgelegtes Projekt über zwei Millionen Euro zur Verfügung.

Das alles zeigt: der Bundesnachrichtendienst steht hinter diesem Projekt. Wir wollen, dass das Projekt gelingt!

Unser Alt-Aktenbestand ist im Übrigen nicht nur für die UHK interessant. Er hat auch eine enorme Magnetwirkung auf die Öffentlichkeit. Wir haben daher im letzten Jahr eigens einen Lesesaal eingerichtet und gewähren dort Akteneinsicht, was für einen Nachrichtendienst ziemlich ungewöhnlich ist. Aber wir gehen auch ungewöhnliche Wege, um unserem Anspruch an Transparenz gerecht zu werden. Wir beachten dabei strikt geltendes Recht, zum Beispiel zum Schutz der Persönlichkeitsdaten Dritter oder deren Angehöriger. Dies ist keine Lappalie, wir nehmen dies ernst, hierzu sind wir verpflichtet. Und wir fühlen uns in dieser Haltung durch die jüngsten Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts hierzu bestätigt.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einen Ausblick wagen. Das im Dienst aufgebaute Wissen über den Umgang mit der Geschichte werden wir auch nach der Beendigung der Tätigkeit der UHK erhalten und für die Öffentlichkeit nutzen. Wir werden eine Art „Historisches Büro“ einrichten, eine historische Sammlung anlegen und unsere Geschichte kontinuierlich in der Ausbildung und in der Lehre vermitteln. Die begonnene Transparenz wird also fortgeführt.

Ich bedanke mich bei Ihnen allen für Ihr Interesse am BND, ich danke den Herren Professoren und allen Beteiligten für ihre bisherige Arbeit und ich bin mit Ihnen gespannt auf die heutigen Einblicke in unsere Geschichte.

Sektion 1: Das Personal

Rolf-Dieter Müller

Frühe Konflikte. Annäherung an eine Biographie Reinhard Gehlens

Der erste Präsident des BND gehört zweifellos zu den umstrittensten Gestalten der deutschen Zeitgeschichte. Das Urteil über ihn ist heute fast ausnahmslos negativ, und zwar sowohl hinsichtlich seines Lebenswerkes als auch mit Blick auf seine Persönlichkeit. Ist dieses Urteil berechtigt und worauf stützt es sich? Die Vorwürfe lauten, Gehlen habe einen heillosen Nepotismus gepflegt und ein undurchdringliches organisatorisches Chaos angerichtet, zahlreiche Nazis in seiner Organisation untergebracht und mit seinem aggressiven Antikommunismus den Kalten Krieg befeuert. Er sei ein übler Intrigant gewesen und williger Zuträger von Adenauer und Globke, einer, der einen Mythos um sich aufbaute und damit ein Übermaß an Pleiten, Pech und Pannen zu verdecken suchte. War er der „Mann im Dunkeln", wie die *Spiegel*-Journalisten Hermann Zolling und Heinz Höhne in ihrem Buch zur Geschichte des BND meinten?[1]

Wer war Reinhard Gehlen? Was weiß man über seine historische Rolle und seine Persönlichkeit, seine entscheidende berufliche Prägung, seinen Charakter und seine Weltanschauung? War er der „Spion des Jahrhunderts" wie Edward Spiro meinte, ein ehemaliger britischer Geheimdienstoffizier, der 1971 unter dem Decknamen E.H.Cookridge eine erste kleine Biographie über Gehlen recherchierte und dazu Unterstützung aus dem BND erhielt?[2]

1 Hermann Zolling und Heinz Höhne: Pullach intern. General Gehlen und die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes, Hamburg 1971.

2 E.H. Cookridge: Gehlen: Spy of the Century, London 1971.

Oder der größte Versager auf dem Gebiet der Intelligence, wie der amerikanische Historiker Gerhard Weinberg meinte?[3]

Die UHK hat jetzt die Möglichkeit, die meist von außen und durch die Presse kolportierten Vorwürfe durch internes Material zu überprüfen. Im Rahmen dieses Projekts werden vor allem seine Weltanschauung und sein Führungsstil von Interesse sein. Diese Aspekte sollen allerdings auf der Basis einer ersten umfassenden Biographie des Generals und Präsidenten beschrieben werden. Das Ziel ist es, den Gehlen-Mythos zu entschleiern, die historische Bedeutung Gehlens auf eine wissenschaftliche Grundlage zu stellen und ein faires Urteil über den Mann und sein Werk zu ermöglichen. Dazu wird es nötig sein, neben Herkunft und Familie auch die erste Hälfte seines Berufslebens, die er als Offizier erlebte, erstmals umfassend zu erforschen.

In seinen Memoiren hatte Gehlen diese für ihn prägende Zeit nur kurz angerissen, weil er meinte, dass sie „dem Lebensweg jedes beliebigen Generalstabsoffiziers“ entsprach und daher kein allgemeines Interesse beanspruchen dürfe.[4] Das mochte für 1970 gelten, aber heute gibt es selbst unter Historikern kaum noch konkrete Vorstellungen von dieser Berufstätigkeit. Einschlägige Darstellungen zur Geschichte des BND beschränken sich bei der Vorstellung Gehlens oft auf das, was seiner Wehrmacht-Personalakte zu entnehmen ist. Damit folgen sie der von Gehlen in der Einleitung zu seinen Memoiren ausgegebenen Devise, dass er mit der Ernennung zum Chef der Abteilung Fremde Heere Ost im Generalstab des Heeres 1942 das Exemplarische, Vergleichbare eines Menschenlebens verlassen hat, um in das „Einmalige und Unwiederholbare“ einzutauchen, „das die zu beschreibende Persönlichkeit eigentlich erst zur Individualität erhebt“, wie Gehlen schreibt.

Einen kleinen Einblick in Kindheit und Jugend hat er anschließend dann doch der Öffentlichkeit gewährt, freilich im Rahmen einer Serie der Boulevard-Zeitschrift „Quick“. Gerhard Wessel, Pastorensohn und Nachfolger Gehlens als Präsident des BND, zeigte sich aufgebracht darüber, dass in dem Heft mit dem letzten Teil der Gehlen-Story das Interview mit den Alt-Präsidenten in einem Umfeld von nicht weniger als zwölf Paar nackten Brüsten und acht nur sparsam bedeckten erschienen war.

3 Gerhard Weinberg: Aspects of World War II. German Intelligence, in: The Intelligence History 4 (Summer 2004), S. 1-6.

4 Reinhard Gehlen: Der Dienst. Erinnerungen 1942 – 1971, München 1971.

Es gibt natürlich immer noch viele Defizite in den meist kurzen Beschreibungen seines Lebensweges bis 1945. So ist z.B. Gehlens Rolle im Krieg gegen die Sowjetunion bislang weitgehend im Dunkeln geblieben. Die Arbeit von Magnus Pahl öffnet zwar zur Arbeit von Fremde Heere Ost (FHO) neue Einblicke, jener Abteilung im Oberkommando des Heeres (OKH), die Gehlen 1942 übernahm und angeblich zu einem „Meister in seinem Fach" machte, wie der Historiker und ehemalige Führer des Kriegstagebuchs des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW), Percy Ernst Schramm, behauptet hat.[5] Doch Gehlens Rolle in der Zeit der Blitzkriege, der Konzeption eines Judenwalles und des Unternehmens „Barbarossa" ist weitgehend unterbelichtet. Jedenfalls ermöglichen neue, bislang unbekannte Materialien und Aufzeichnungen Gehlens jetzt eine sehr viel eingehendere Beschreibung seiner militärischen Biographie.

Die Vorläufer-Organisation des BND, die seinen Namen trägt, ist zweifellos sein Hauptwerk gewesen, und Reinhard Gehlen hat als erster Präsident die Frühgeschichte des BND entscheidend geprägt. Hat er sich damit um die Bundesrepublik verdient gemacht, wie ihm bei seinem Ausscheiden aus dem Dienst 1968 bescheinigt wurde? Das Unternehmen der UHK wird mit einer Fülle von Einblicken in die Arbeit des BND eine bessere Grundlage für die Beantwortung dieser Frage liefern. Doch die Frage nach der Bedeutung des ersten Präsidenten verlangt eine Bewertung der Verantwortung seines jeweiligen Dienstherrn und der parlamentarischen Kontrolle sowie der Handlungsspielräume und Maßstäbe seiner Zeit. Nicht zuletzt rückt der Einfluss seiner engsten Mitarbeiter in den Fokus, einer handverlesenen Gruppe, der Gehlen zeitweilig erstaunlich viele Freiräume ließ. Es heißt, er habe sich eigentlich von Anfang an auf die Lösung der politischen Probleme seiner Organisation konzentriert und die administrativen, personalpolitischen und konzeptionellen Aufgaben vernachlässigt, und habe besonders nach der Etablierung des BND sein Amt schleifen lassen, bis sich mit dem Fall Felfe eine tiefgreifende Lähmung und Agonie im Dienst breit machten.

Hat sich also womöglich ein hochbegabter Berufsoffizier nach 1945 nicht nur äußerlich der Uniform entledigt, sondern sich als „Dr. Schneider" in das Dickicht der Politik begeben, in politische Konstellationen hinein, die sich in der Aufbauphase der Bundesrepublik in einem komplizierten Gärungsprozess erst allmählich herausbildeten? Eberhard Blum, sein persönlicher Referent in diesen Jahren (1953–1961) und von 1982 bis 1985 selbst Präsident des BND, beschrieb seinen

5 Magnus Pahl: Fremde Heere Ost. Hitlers militärische Feindaufklärung, Berlin 2012.

ehemaligen Chef mit einem Zitat von Friedrich-Wilhelm Heinz, der Anfang der fünfziger Jahre der stärkste Konkurrent gewesen war: Gehlen sei das Produkt einer Schäferstunde zwischen Ludendorff und Mata Hari. Gemeint ist der Analytiker und Generalstäbler, der eine Welt der Konspiration und politischen Intrige entdeckt. Und ist er dann, in der neuen Rolle dilettierend und Höheren dienend, erstaunlich weit vorangekommen, am Ende durch eigenes Unvermögen, falsche Berater und wachsende Borniertheit im politisch-medialen Abseits gelandet?

Reinhard Gehlen, Generalmajor der Wehrmacht, Generalleutnant der Reserve der Bundeswehr, der sich mit den Klängen von Preußens Gloria beerdigen ließ, er, der dem Typus des preußischen Offiziers auch äußerlich kaum entsprach und am liebsten wohl das stille Leben eines Mediziners geführt hätte, der das „Einmalige, Unwiederholbare und Außergewöhnliche“ seines Lebens, so seine Selbsteinschätzung, in Aufbau und Führung des BND gefunden hat. Gehlen, der preußisch geprägte General und asketische Pflichtmensch, der nach dem alten Motto, es gibt nichts, was ein deutscher Offizier nicht kann, im Geschäft des Nachrichtendienstes reüssierte – oder ein fleißiger Stabsarbeiter und Überlebenskünstler, der umgeben von einer ausgewählten Schar ehemaliger Generalstabsoffiziere, die das Geschäft betrieben und ihn auch nach innen abschirmten, der sich hinter dem Decknamen „Dr. Schneider“ verbarg und als Präsident über allem zu thronen versuchte, hauptsächlich mit persönlich geführten „Sonderverbindungen“ beschäftigt und williger Helfer seines Kanzlers auch bei schmutzigen politischen Geschäften war? Einer, der vom CIA mit dem bezeichnenden Decknamen „Utility“ geführt wurde, und nach seiner Zurruhesetzung offenbar glaubte, sein Amt mit Hilfe der Amerikaner zurückerobern zu können, einer, der sich vielen gegenüber großzügig und nachsichtig erwies, weil er glaubte, ihnen vertrauen zu können, und dann von vielen im Stich gelassen wurde.

Ich möchte in meinem Referat auf Führungskrisen aufmerksam machen, die schon früh signalisierten, dass er in seiner Position keineswegs unumstritten gewesen ist und mehrmals in Gefahr stand, seinen Job zu verlieren. Es zeigt sich dabei auch, dass der BND in seiner Entwicklung und Führungskultur kein monolithischer Männerbund, kein auf seinen Leitwolf eingeschworener Haufen alter Kämpfer gewesen ist. Es ist erstaunlich, dass jetzt zugänglich gewordene Aufzeichnungen und Erinnerungen von mehr als einem Dutzend ehemaliger leitender Mitarbeiter, Männern der ersten Stunde, manche ihren Chef durchaus kritisch sahen, und das gilt nicht nur für die sogenannten Gehlen-Geschädigten, die schon in den sechziger Jahren ihre Kritik nach außen dringen ließen.

Die erste Bewährungsprobe für den inneren Zusammenhalt seiner bunt zusammengewürfelten Truppe fand 1947/48 statt. Es ging um die Integration der ehemaligen Angehörigen der Wehrmacht-Frontaufklärung, deren Chef Oberstleutnant Hermann Baun Gehlen den Rang streitig machte. Gehlen, der im Krieg lediglich für die Auswertung zuständig gewesen war, hatte 1945 gegenüber dem Militärgeheimdienst der US-Army behauptet, er verfüge über eine umfangreiche Spionage-Organisation. Der charismatische Baun war bereit, mit Gehlen zusammenzuarbeiten, hatte aber andere Vorstellungen von einem deutschen Nachrichtendienst gegen den Osten. Gehlen lavierte in den ersten zwei Jahren als „deutscher Chef" der gemeinsamen Organisation, denn es zeigte sich, dass Baun mit seiner Beschaffung im Feindesland für die Amerikaner immer interessanter wurde als Gehlens Auswertung mit ihren Karteikästen. „Dr. Schneider" konnte freilich den eigenwilligen Konkurrenten nicht einfach vor die Tür setzen, denn er musste befürchten, dass dieser sich mit der Mehrzahl seiner Agenten einen anderen Auftraggeber suchen würde.

Während Gehlen vordergründig Baun hofierte und ruhig zusah, wie dieser sich im Netz seiner Eitelkeiten und finanzieller Machenschaften verstrickte, kam es zu einer Meuterei der beiderseitigen Stellvertreter, die die Reibungen zwischen Beschaffung und Auswertung auszuhalten hatten. Oberstleutnant i.G. Gerhard Wessel, der als Gehlens engster Vertrauter und Stabschef auf eine Entscheidung zu Gunsten der militärischen Auswertung drängte, sah sich hingehalten und enttäuscht von seinem General, erst recht, als ihm Gehlen überraschend Adolf Heusinger als Chef der Auswertung vor die Nase setzte. Dieser war Gehlens ehemaliger Vorgesetzter in der Operationsabteilung des OKH. Wessel reagierte erbost, indem er seinem Tagebuch die Meinung anvertraute, dass der Kulminationspunkt der Fähigkeiten Gehlens offenbar überschritten sei. Er war schon länger enttäuscht darüber, dass Gehlen, der einzige Freund, der ihm aus der Kriegszeit geblieben sei, in ihm nicht mehr „das häufig mahnende Gewissen" akzeptierte.

Der temperamentvolle Wessel konnte nicht verstehen, dass Gehlen nicht nur seinen langjährigen Stellvertreter ignorierte, der als sein Nachfolger die Abteilung Fremde Heere Ost im April 1945 übernommen und eine wichtige Rolle bei der Überleitung von FHO in US-Dienste gespielt hatte, sondern auch die zunehmende interne Kritik überhörte. Erst ein persönlicher Brief von Joachim von Seydlitz-Kurzbach an seinen Schwager Reinhard Gehlen brachte einiges ins Rollen. Seydlitz-Kurzbach war Anfang 1947 in die Organisation Gehlen, intern „Org" genannt, gekommen. Er konnte es sich leisten, offen Kritik am Führungsstil

des Chefs zu äußern. Es werde zu unruhig geführt und zu schnell wieder geändert, schrieb er. Es fehle ein Organisationsbüro und eine Personalverwaltung. Zu vieles laufe auf der Basis von Vertrauen und Versprechungen, die oft nicht eingehalten werden. Darunter leide Gehlens Autorität. Seine Erwartung, man möge ihm Vertrauen entgegen bringen, sei nicht immer fruchtbar, weil der Eindruck bestehe, dass es ihm an Nähe zu seinen Untergebenen mangele. Die Einrichtung eines beratenden Führungsgremiums könnte einige Abhilfe schaffen.

Hier zeigte sich, dass Gehlen mit den Methoden der Stabsarbeit in kleinen Zirkeln, wie er sie im OKH gelernt hatte und wo ihm zuletzt rund fünfzig Offiziere unterstanden, eine zusammengewürfelte Großorganisation von 5.000 Mitarbeitern, davon rund 800 Mann Führungspersonal mit einem kleinen Leitungsstab nicht ohne weiteres zu führen verstand, zumal die große Mehrzahl der Angehörigen seiner Organisation zur Beschaffung gehörte, von der Gehlen noch sehr wenig verstand. Seinen persönlichen Mitarbeitern aus dem Kreis der früheren Generalstabsoffiziere, die er um sich geschart hatte und die ihn nach „unten“ abschirmten, fehlte es an Fühlung mit dem Unterbau der Organisation, wie Seydlitz-Kurzbach beklagte. Weitere Maßnahmen von Gehlen zeigen, dass er die Defizite wohl anerkannte und um Abhilfe besorgt war. Nicht organisieren und vernünftig führen zu können, wäre für ihn als Generalstabsoffizier ein unerträglicher Vorwurf gewesen, zumal ihm die aufsichtsführenden US-Militärs gelegentlich mangelnde Effizienz vorwarfen und in seine Organisation hineinzuregieren versuchten.

Deshalb ist er, ohne das offen zu zeigen und bei Kritik von Untergebenen äußerst empfindlich, wahrscheinlich dankbar für die Hinweise des Schwagers gewesen, den er zehn Jahre später zum Leiter der Personalabteilung des BND machte, was dessen kritische Sicht auf seinen Schwager nicht verbesserte. Siegfried Graber, einer der erfahrenen Nachrichtenbeschaffer aus dem Umfeld von Baun, erinnerte sich später, dass Gehlen zwar viele Vorschläge seines Schwagers umgesetzt hat, in späteren Zeiten aber alle unbequemen Männer aus seiner Umgebung verbannte bzw. sich von Anderen bequeme Leute als direkte Untergebene „aufschwatzen“ ließ. Dagegen sei der zehn Jahre jüngere Schwager Gehlens für seine Aufrichtigkeit und seinen „Männerstolz vor Königsthronen“ bekannt gewesen. Sein Spitzname später im Dienst war „Winnetou“.

Seydlitz-Kurzbach hat die Missstimmung unter jüngeren Offizieren weitergegeben, die ungeduldig waren, weil der Aufbau der Organisation nicht schnell genug voranging. Später, so Seydlitz, habe er gemerkt, dass Gehlen die organisatorischen Mängel teilweise bewusst zugelassen habe, weil er glaubte, dass

eine gewisse Undurchsichtigkeit seines „Ladens“ nützlich sein würde, um unerwünschte Einblicke in den Betrieb zu verhindern. Ob es wirklich ein rationales Kalkül gewesen ist, die Effektivität gegenüber der Sicherheit zurückzustellen, oder das wohlfeile Argument eines schwachen Chefs, der sich damit gegen interne Kritik wappnet, sei dahingestellt. Denn auch daran erinnerte sich Seydlitz-Kurzbach später, wie schlimm Gehlens Politik der willkürlichen Vergütung und seine völlig unzureichende Personalführung gewesen seien. Es sei ganz eigenartig, meinte er, dass er „oft zu Menschen eine enge Beziehung hatte, die wenig effektiv waren, die aber großes Vertrauen genossen.“ Zynisch ließe sich kommentieren, dass eben der Einäugige unter den Blinden König ist.

Der Konflikt um die Beschaffung spitzte sich im März 1948 zu. Zwei Monate zuvor war die „Org“ in Pullach eingezogen. Hans-Jürgen Dingler, Berufsoffizier, zuletzt Oberst im Generalstab und entfernter Verwandter Gehlens, der als erfahrener Mann der Frontaufklärung für Baun die Abteilung leitete, wehrte sich gegen neuerliche organisatorische Änderungen, worauf ihn Gehlen beurlauben lassen wollte. Doch er bekam es mit dem scharfen Widerspruch seines Stellvertreters Wessel zu tun, der mit seinem eigenen Rücktritt drohte, was Gehlen völlig ignorierte. Dingler schrieb einen persönlichen Brief an Gehlen. „Lieber Reinhard…“, begann er und stellte dann fest, dass sein Vertrauen zu Gehlen und zu seinem Führungsstil starke Einbußen erlitten habe. Er vertrete nicht nur gegenüber den Amerikanern zu wenig den deutschen Standpunkt, sondern herrsche autoritär, lasse keine Kritik gelten und niemanden an sich herankommen. Er unterbinde die freie Meinungsäußerung und verstoße gegen alte Führungsgrundsätze, indem er unmittelbar Einfluss auf die Dingler unterstellten Organisationen nehme. Er beschäftige sich aus Misstrauen gegen seine nachgeordneten Mitarbeiter mit Kleinkram, so dass keine Zeit bestehe zur Besprechung grundlegender Fragen. Kurz: Er würde nicht den für einen derartigen verantwortlichen Posten erforderlichen „Persönlichkeitswert“ besitzen. Als Bedingung für seinen Verbleib forderte Dingler seinen Chef auf, eine über ihm stehende Persönlichkeit als obere Spitze der Gesamtorganisation zu finden und z.B. Franz Halder einzusetzen. Der ehemalige Generalstabchef des Heeres und Förderer seines früheren Adjutanten Gehlen, leitete zu dieser Zeit die Auswertungsarbeiten in der Historical Division der US-Army. Dingler forderte außerdem, Gehlen solle die maßgeblichen Persönlichkeiten von Zeit zu Zeit zu gemeinsamer Aussprache über Ziele und Absichten zusammenrufen und anhören, und er als Chef der Beschaffung müsse weitgehend selbständig und verantwortlich handeln dürfen.

Derartig persönlich herausgefordert, regelte Gehlen, entgegen seinen Versprechungen gegenüber Dingler, die Angelegenheit direkt mit den Amerikanern und besorgte sich so eine ausreichende Rückendeckung dafür, den unbequemen Dingler elegant mit einem neuen Posten in der Schweiz zu entsorgen, ein Verfahren, das Gehlen in den nächsten zwanzig Jahren noch oft praktizieren sollte. Dingler war 1970 zuletzt Resident des BND in Südafrika.

Gleichwohl rumorte es unter den Außenstellenleitern, die forderten, dass bei einem Weggang Dinglers die Abteilung durch Baun geführt werden sollte, anderenfalls würden sie ausscheiden. Gehlen traf sich dann am 23. März 1948 zu einer Runde mit Dingler, Wessel und Heinz Danko Herre, dem anderen engen Vertrauten aus Kriegszeiten und sein wichtigster Verbindungsmann zu den Amerikanern. Gehlen akzeptierte einfach alle Vorschläge Dinglers für dessen Ausscheiden aus der Zentrale und umging so eine lästige Auseinandersetzung. Wichtig für ihn war offenbar, dass er den unbequemen Mann aus seinem Dunstkreis loswurde. Später würde man sehen.

Anschließend nutzte Wessel seine Chance, unter vier Augen auf seinen Chef einzuwirken. Er warf ihm Wortbruch gegenüber Dingler vor und fragte nach der künftigen Verwendung von Baun, dem eigentlichen Gegenspieler. Gehlen erklärte, dass er Baun weiter verwenden müsse, weil er Angst habe, dass dieser anderenfalls zu den Briten oder Franzosen gehen würde und wollte ihn zu seinem „Abwehrberater“ ernennen. Wessel war entsetzt und meinte, damit würde er Baun eine Schlüsselstellung einräumen. Gehlen: „Ob Sie das dann eine Schlüsselstellung nennen oder nicht, ist Ihre Sache, ich nenne es keine Schlüsselstellung.“ Wessel drohte damit, als Konsequenz selbst aus der „Org“ auszuscheiden, weil die „ideellen und sittlichen Grundlagen unserer Arbeit verlassen werden, wenn in die Leitung charakterlich minderwertige Elemente kommen.“ Gehlen: „Das müssen Sie selbst wissen. Ich trage die Verantwortung und muß danach handeln.“ Außerdem: „Legen Sie doch Baum um, wenn Sie das mit Ihrem Gewissen vereinbaren können. Ich würde mich nicht darum kümmern.“ Wessel: „Ich will ja gerade gehen, um aus den Gewissenskonflikten herauszukommen. Sie werden wohl nicht annehmen, daß ich einen Mord begehe. Unsere Wege trennen sich dann.“

Wessel hat anschließend Dingler und dann Heusinger vom Inhalt der Unterhaltung unterrichtet, unter Betonung des Mordvorschlags und der menschlichen Enttäuschung, „daß Gehlen selbst ebenso wenig wie Baun charakterlich einwandfrei ist.“ Heusinger schlug vor, eine Nacht zu überlegen und dann noch-

mals die Aussprache mit Gehlen zu suchen, ein Ratschlag, den Wessel befolgte. Den „Mordvorschlag“ nahm Heusinger offenbar nicht ernst, sondern als zynische Geste Gehlens, als Spott gegenüber einem Untergebenen, der seine Entscheidung in Sachen Baun in Frage stellte und ihn mit seinem Rücktritt unter Druck setzen wollte, während er selbst als Chef in einer schwierigen Auseinandersetzung mit seinem amerikanischen Aufpasser, Colonel Liebel stand und um die Zukunft der „Org“ äußerst besorgt sein musste.

Dabei arbeitete Gehlen schon längst daran, auch Baun loszuwerden und die wichtige Abteilung Beschaffung mit seinen eigenen Leuten zu besetzen. Es gelang ihm bald darauf in einer geschickten Intrige, den Konkurrenten wegen finanzieller Gebaren bloßzustellen und ihn bis zu seinem Tode mit einem „Abschaltgeld“ von 800 DM monatlich in „materiell-geistige Quarantäne“ zu versetzen, wie es intern hieß.

Derweil überlegten Dingler und Wessel, ob sie nicht Gehlen stürzen sollten, doch ihr Kandidat für die Nachfolge, Heusinger, sei noch nicht genug eingearbeitet. Es sollte sich zeigen, dass Heusinger ganz andere Ambitionen hatte. Gehlen war, wie der um Vermittlung bemühte Herre mitteilte, empört darüber, dass Wessel mit Heusinger gesprochen hatte. Hätte er gewusst, dass Wessel auch bereits mit Eric Waldman, dem US-Berater gesprochen hatte, wäre der Bruch wohl endgültig gewesen, meinte Herre. Es dürfe nichts geschehen, was die Person von Gehlen antastet.

Es blieb im Ergebnis ein unheilbarer Bruch zwischen Gehlen und seinem bisherigen Vertrauten und Stellvertreter Wessel, der ihm, nach einer langen Phase in der Bundeswehr, zwanzig Jahre später, als zweiter Präsident des BND nachfolgte. In dieser ersten und entscheidenden Führungskrise resignierte Wessel. In sein Tagebuch schrieb er: Sein persönliches Verhältnis zu Gehlen bestehe nicht mehr. Dieser sei „charakterlich nicht voll geeignet, um das Schiff, an dem auch wir so erheblich mitgearbeitet haben, auf die Dauer allein weiterzusteuern. Ich würde sofort ausscheiden, wenn ich dies wirtschaftlich könnte.“ Er könne es auch deshalb nicht, weil ihm trotz wiederholter Bitte noch immer nicht schriftlich bestätigt wurde, dass er einen Fragebogen im Auftrage der Amerikaner falsch ausgefüllt habe. Gemeint ist vermutlich die Entnazifizierung. „Ich bin also in der Hand der Leitung. Deshalb bleibe ich und werde alles in Zukunft nur der Sache wegen und ohne persönliche Bindungen und Rücksichtnahme gegenüber Gehlen tun.“ Den Preis zahlte Gehlen nach 1968, als sich Wessel als sein Nachfolger brüsk von ihm abwandte und den BND aus der Agonie in eine neue Zeit führte.

Christoph Rass

Leben und Legende. Das Sozialprofil eines Geheimdienstes

Rolf-Dieter Müller hat in seinem Beitrag beschrieben, wie sich Reinhard Gehlens Charakter und Lebenslauf – seine Lebenserfahrungen – auf das Innenleben des deutschen Auslandsnachrichtendienstes ausgewirkt haben. Lassen Sie mich Ihnen zwei weitere Angehörige dieser Organisation vorstellen und damit eine andere Perspektive einnehmen.

Ebrulf Zuber kommt am 28. März 1920 im dem Dorf Petersburg (Petrohrad) in Böhmen, damals in der Tschechoslowakei gelegen, als Sohn eines Gutsverwalters zur Welt. Er besucht dort die Volksschule und wechselt 1911 auf das deutsche Gymnasium in Karlsbad, das er 1939 abschließt; die Tschechoslowakei war zu diesem Zeitpunkt bereits Opfer deutscher Aggression geworden. Mit knapp zwanzig Jahren schließt sich unser Mann nach drei Monaten beim Reichsarbeitsdienst als Freiwilliger der Waffen-SS an und avanciert zum Führeranwärter. Nach der Offiziersausbildung gelangt er 1942 als Referent ins SS-Hauptamt in Berlin, wo er zeitweise zum Amt VI, zeitweise zur Germanischen Leitstelle gehört. Ende 1944 geht es für ihn zurück an die Front, wo er als Kompanieführer im Rang eines Obersturmführers bzw. im Stab beim Panzergrenadierregiment 23 und zum Schluss beim Generalkommando des III. Germanischen Panzerkorps der Waffen-SS dient. Am 2. Mai 1945 gerät er in sowjetische Gefangenschaft, wird aber bereits im September 1946 wieder entlassen und begibt sich in die amerikanische Besatzungszone, wo er unter den „automatic arrest“ fällt und interniert wird. Noch im amerikanischen Gewahrsam wird 1947 die Organisation Gehlen auf ihn aufmerksam und betreibt seine Anwerbung und seine Entlassung. So tritt Zuber im Juni 1947 der Vorläuferorganisation des BND bei. Eine spätere Entnazifizierung entfällt, so seine Personalakte, „da er bereits der Vorläuferorganisation des BND angehörte und zwischen dieser und amerikanischen Stellen eine Vereinbarung darüber bestand, dass förmliche Entnazifizierungsverfahren in der Regel nicht durchgeführt werden sollten.“ Im Dienst beginnt ein stetiger Aufstieg vom Aufklärer zum Leiter einer Außenstelle, später zum Unterabteilungsleiter. In den 1960er-Jahren finden wir ihn als Oberregierungsrat und Gruppenleiter für operationelle Sicherheit, 1963 wird er von Hans-Henning Crome bei dessen interner Suche nach NS-Belasteten im BND befragt, aber nicht als Problemfall eingestuft. Am Ende des Jahrzehnts leitet er parallel den Bereich Dokumentation

und Datenverarbeitung und wird 1970 zum Direktor, dann zum Ersten Direktor im BND, dem er bis zu seinem Ausscheiden in den Ruhestand im Jahr 1985 über 38 Jahre angehört. Eine Prämie für „40 Jahre Dienstzeit“ erhält er allerdings bereits am 28. April 1980, denn die Zugehörigkeit zu Reichsarbeitsdienst und Waffen-SS wird dabei berücksichtigt. Vorsorglich hat der spätere Direktor in seiner Personalakte seinen militärischen Rang zwar stets in Wehrmachtsterminologie angegeben, seine Dienststellen bei der Waffen-SS bzw. im SS Hauptamt aber nie verschwiegen.

Der zweite Mann, Josef Heinrich Reiser, ist zwanzig Jahre älter. Er wird 1899 in Ehingen an der Donau im heutigen Baden-Württemberg geboren und wandert kurz vor dem Ersten Weltkrieg mit seinen Eltern nach Italien aus, wo er bis zur Ausweisung der Familie im Jahr 1915 eine Höhere Handelsschule besucht. Seinen Schulabschluss erwirbt er jedoch erst 1920 in Stuttgart, nachdem er als 16-Jähriger im Krieg erst für den Vaterländischen Hilfsdienst („Nationaler Notdienst“) arbeitet und dann zwischen 1917 und 1920 als Soldat dient. In den 1920er-Jahren schlägt er sich als Kaufmann und Elektromonteur durch und verbringt dabei zwischen 1927 und 1931 einige Zeit als Angestellter einer englischen Firma in Brasilien. Dann gelingt ihm im August 1933, zurück in Stuttgart, der Eintritt in die Gestapo, wo er zur dortigen Leitstelle stößt – bereits 1932 war er Mitglied der NSDAP geworden. Bei Kriegsbeginn wechselt er zur Stapostelle Karlsruhe und wird zunächst zum XIII. Armeekorps ins Protektorat, im Juli 1940 dann zum Chef der Sicherheitspolizei und des SD beim Militärbefehlshaber in Frankreich abgeordnet. Er leitet dort als SS-Hauptsturmführer das Referat „Abwehr-Kommunismus-Marxismus“ und übernimmt 1942/1943 für kurze Zeit die Leitung des Sonderkommandos „Rote Kapelle“. Ende 1943 kehrt er nach Karlsruhe zurück und verbringt kurz vor Kriegsende noch einige Monate in einer Volksgrenadierdivision. Mit ihr gerät er in französische Gefangenschaft und wird in ein Militärgefängnis nach Frankreich überstellt, wo offenbar Ermittlungen gegen ihn laufen. 1949 erfolgt jedoch die Entlassung ohne Schuldnachweis und auch in Deutschland bleibt 1951 ein Entnazifizierungsverfahren folgenlos. Zu diesem Zeitpunkt gehört unser Protagonist bereits seit knapp einem Jahr zur Organisation Gehlen, für die er im April 1950 tätig wird. Im Nachrichtendienst ist er bis zu seinem altersbedingten Ausscheiden 1964 als Ermittler und Leiter von Ermittlergruppen in Süddeutschland tätig, Dienstorte sind Karlsruhe und Stuttgart. Zeitweise wird er mit einer Operation gegen vermeintliche Residuen der „Roten Kapelle“ betraut – ein Gestapo-Mann ist heimgekehrt.

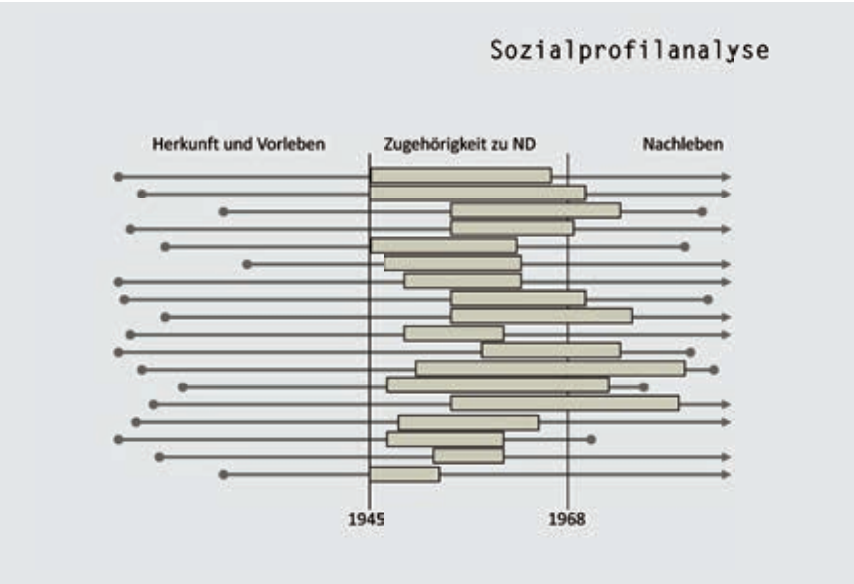
Handeln und Position verorten Zuber und Reiser an wichtigen Stellen des NS-Machtapparates. Beide arbeiten nach 1945 für Jahrzehnte im deutschen Auslandsnachrichtendienst und werden nie für ihre Rolle im „Dritten Reich“ zur Rechenschaft gezogen. Heute fragen wir uns nicht nur, wie solche Männer im BND Fuß fassen konnten, sondern auch, was ihre Präsenz für die Haltung, die Arbeit und den Output des Dienstes bedeutet hat. Eine Annäherung an solche Fragen gelingt über die Auseinandersetzung mit Einzel- und Kollektivbiografien.[6]

Mein Blick auf derartige Karrieren verlässt indes die qualitative Ebene und konzentriert sich auf strukturanalytische Betrachtungen. Sie zerlegen Lebensläufe in Variablen, suchen nach Mustern und ermitteln über eine Sozialprofilanalyse die relative Bedeutung unterschiedlich konnotierter Gruppen im Nachrichtendienst über die Zeit. Aus dieser Perspektive haben wir es bei unseren Beispielen mit zwei Vertretern unterschiedlicher Generationen und spezifischer Karrieremuster im „Dritten Reich“ zu tun, die wir in ganz verschiedenen Teilbereichen des Nachrichtendienstes wiederfinden, wo sie wiederum spezifische Karrieren machen. Die Frage lautet dann, wie lange waren Personen mit welchen biografischen Merkmalen aus der Zeit vor 1945 im BND präsent und welche Position nahmen sie im allgemeinen Personalprofil ein?

Diesen Ansatz empirisch zu entwickeln und damit anderen Teilprojekten eine verbesserte Ausgangsbasis und Grundlage zu schaffen ist Aufgabe einer Sozialprofilanalyse von Organisation Gehlen und BND, die ich im Auftrag der UHK umsetze. Das Forschungsprojekt besteht im Wesentlichen aus einer Stichprobe von rund 3.500 Personalunterlagen des Auslandsnachrichtendienstes, die das hauptamtliche Personal zwischen 1945 und 1968 betreffen. Es handelt sich dabei um eine Zufallsstichprobe im Umfang von rund einem Drittel der Grundgesamtheit. Die heute zur Auswertung kommenden Daten beruhen auf dem Erhebungsstand der Jahresmitte 2013, was etwa der Hälfte der Stichprobe entspricht.

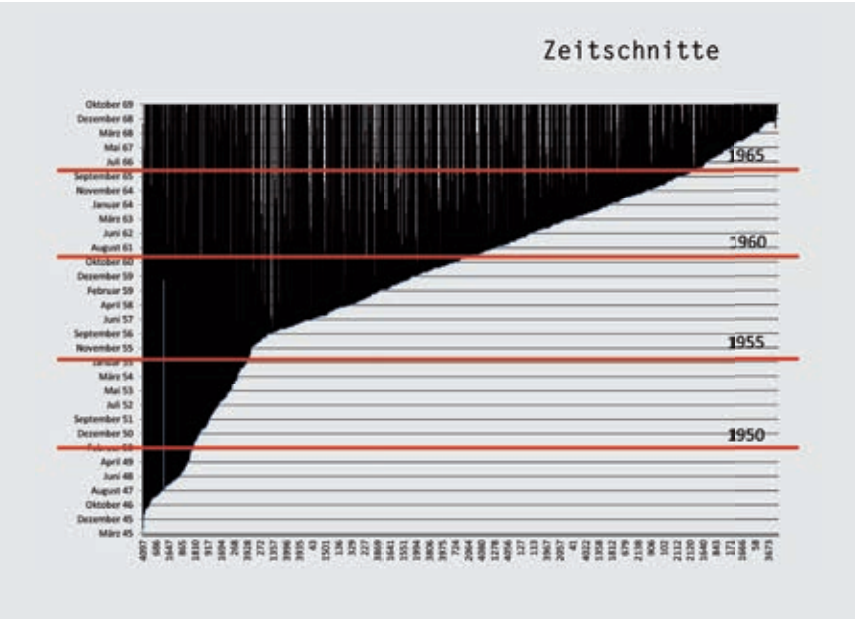
Aus diesen Akten werden analog zur *life-event-calender*-Methode Lebensläufe rekonstruiert, die in der Regel von der Geburt bis zum Ausscheiden aus dem Dienst reichen; die beiden eingangs referierten Fälle spiegeln einen Auszug aus diesen Daten. Im weiteren Gang des Projekts werden die erhobenen Informationen, insbesondere zum biografischen Abschnitt zwischen 1933 und 1945, durch die Auswertung von Beständen anderer Archive vervollständigt und überprüft.

6 Zu Rekrutierungsstrategien der Organisation Gehlen und Netzwerken von Akteuren wie Zuber und Reiser im BND siehe den Beitrag von Gerhard Sälter in diesem Band.



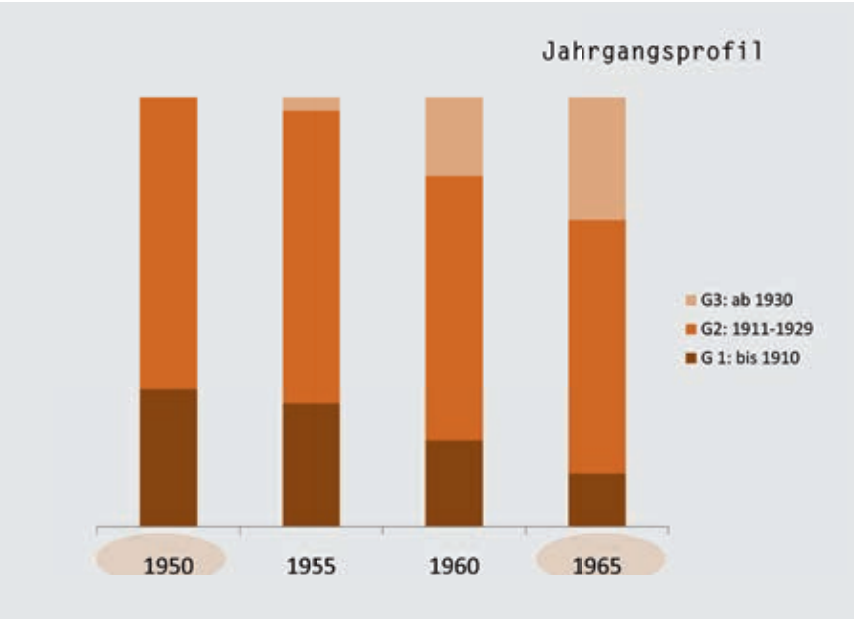
Die Stichprobe selbst umfasst Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Laufbahnen vom Hausmeister bis zum Direktor, aller Jahrgänge – das Intervall reicht von den 1880er- bis in die 1950er-Jahre – sowie beider Geschlechter. Externe (freie) Mitarbeiter, etwa Informanten oder andere Zuträger, bleiben allerdings außen vor, da keine Personalunterlagen vorhanden sind. Dieses Forschungsdesign bringt drei Vorteile mit sich: Wir können erstens durch den großen Umfang der Stichprobe sehr zuverlässige Aussagen über seltene Merkmale und einzelne Teilbereiche der Organisation treffen; zweitens ein vollständiges Sozialprofil erstellen und dadurch die relative Bedeutung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit NS-Vergangenheit abschätzen und drittens Veränderungen im Sozialprofil über den Untersuchungszeitraum sehr genau und differenziert darstellen.

Meine Aufgabe in diesem Beitrag ist es also, Ihnen den methodischen Ansatz des Projekts vorzustellen und exemplarisch über erste Befunde zu berichten. Dazu nähern wir uns aus drei Richtungen dem Sozialprofil des BND. Wir werden ein einfaches Generationenmodell entwickeln, darauf gestützt Explorationen zum Vorleben von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Nachrichtendienstes während der NS-Zeit vornehmen und nach der Präsenz ausgewählter Gruppen von Personen im BND mit einschlägigem Vorleben im „Dritten Reich“ fragen.



Um Veränderungen über die Zeit zu beobachten, zerlegen wir unsere Stichprobe zunächst in vier Schnitte an den Messpunkten 1950, 1955, 1960 und 1965. Es gibt also zwei Befunde aus der Organisation Gehlen und zwei aus dem BND. Die Schnitte orientieren sich am so genannten Verweildauerdiagramm, das für jeden Mitarbeiter anzeigt, wann er in den Dienst eingetreten und wann er ausgeschieden ist. Legen wir nun zu einem Stichtag eine Linie durch das Diagramm, so ist jeder Datensatz, dessen Verweildauer von der Linie geschnitten wird, Teil einer zeitspezifischen Stichprobe, wobei eine Person in mehreren Stichproben vorkommen kann.

Die Entwicklung des so ermittelten Jahrgangsprofils zeigt, dass sich die Organisation Gehlen bis Mitte der 1950er-Jahre insgesamt vor allem aus den Geburtsjahrgängen vor 1930 rekrutiert und dann in den 1960er-Jahren der Anteil der Geburtsjahrgänge von 1930 bis etwa 1948 stark anwächst. Die Jahrgänge vor 1900 verschwinden zeitgleich langsam. Eine deutliche Mehrheit des Personals besteht im Betrachtungszeitraum also aus Angehörigen der Jahrgänge zwischen 1900 und 1929: Ihr Anteil fällt von 1950 bis 1965 von 90 auf 70%. Der BND bestand also überwiegend – aber nicht ausschließlich – aus der Altersgruppe, deren Leben vom „Dritten Reich“ bzw. vom Zweiten Weltkrieg in hohem Maß



geprägt worden ist. Auch das Einrücken der „Kriegskinder“ bzw. der ersten Nachkriegsgeneration hat dies im Betrachtungszeitraum nicht grundlegend geändert, aber die „Gründergeneration“ wurde eben doch durch jüngeres Personal flankiert. Die Auswirkungen dieses Zusammentreffens in den Strukturen des Nachrichtendienstes bleiben zu untersuchen.

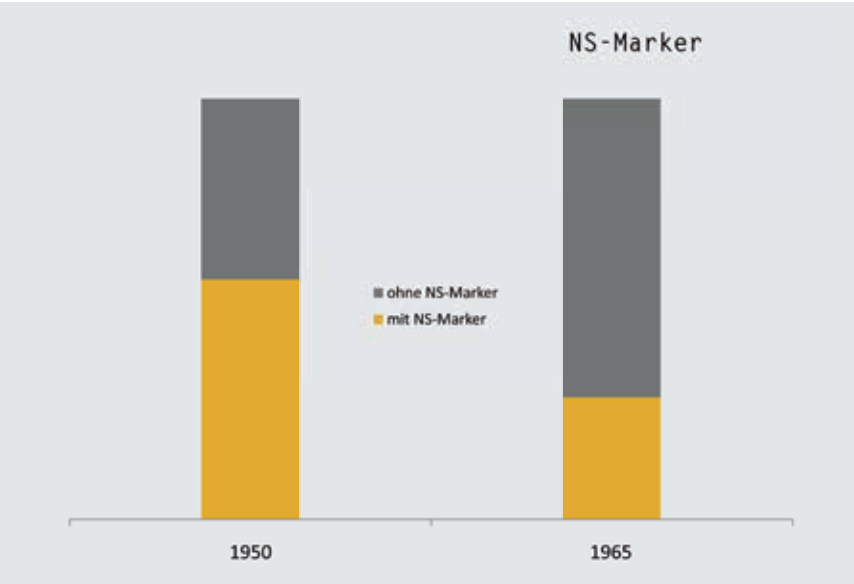
Mit einem einfachen Generationenmodell lässt sich dieses Ergebnis weiter interpretieren. Wir gehen dabei von einer Generation 1 (G1) der Jahrgänge bis 1910 aus, es handelt sich dabei überwiegend um die so genannte „verlorene Generation“ des Kaiserreiches. Eine Generation 2 (G2) umschließt die Jahrgänge von 1911 bis 1929, die als junge Erwachsene und Jugendliche die NS-Zeit bzw. den Zweiten Weltkrieg erlebt haben. Eine Generation 3 (G3) der Jahrgänge ab 1930 umfasst dann diejenigen, die bis 1945 zwar noch im Nationalsozialismus sozialisiert, aber nicht mehr als Funktionäre oder Soldaten aktiv werden konnten bzw. nach dem Zweiten Weltkrieg geboren wurden. Der jüngste „Flakhelfer“ in der Stichprobe ist Jahrgang 1930, der jüngste „Pimpf“ Jahrgang 1934.
Über unsere Schnitte sinkt der Anteil von G1 von rund 32 auf etwa 12 Prozent ab, während der Anteil von G3 auf etwa 29 Prozent im Jahr 1965 steigt; G2

indes dominiert mit einem Anteil von knapp 70 Prozent 1950 bzw. knapp 60 Prozent 1965 über den gesamten Zeitraum das Profil des Dienstes. Prägend für das Altersprofil insgesamt waren also Personen im Alter zwischen zehn und 28 Jahren bei Kriegsbeginn 1939 bzw. 16 und 35 Jahren bei Kriegsende und damit ein Alterssegment, das vor allem untergeordnete und subalterne Positionen im „Dritten Reich" eingenommen hat. Daneben rangierte ein schrumpfendes älteres Segment, das bereits höhere Positionen im NS-Staat hatte bekleiden können. Immerhin rekrutierte sich ein beträchtlicher Anteil des NS-Führungspersonals aus den Jahrgängen zwischen 1900 und 1910. In der Organisation Gehlen und im BND nimmt diese Generation, Gehlen selbst war Jahrgang 1902, zunächst wieder die Führungspositionen ein. Dabei ist zu beachten, dass wir eine sehr schnell expandierende Organisation beobachten. In absoluten Zahlen wachsen im Betrachtungszeitraum alle Gruppen während sich ihr Anteil am gesamten Personal verschiebt.

In Bezug auf Hierarchien und Binnenverhältnisse lässt sich ableiten, dass ein typisches Vorgesetzten- oder Vorbildverhältnis sich zunächst zwischen einer älteren und einer jüngeren Generation entwickeln konnte, die beide stark durch das „Dritte Reich" geprägt worden waren. Verkürzt ausgedrückt: die HJ-Generation traf noch immer auf die Führergeneration. Allerdings lässt sich auch beobachten, dass die schnellen Karrieren im „Führerstaat" dazu führen konnten, dass sich das Generationenverhältnis in den Hierarchien umkehrte, wie unsere einleitenden biografischen Beispiele verdeutlicht haben. Relevanz gewinnen diese Befunde bei der Suche nach Anhaltspunkten für die relative Bedeutung biografischer Merkmale im BND, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit dem „Dritten Reich" verbunden haben.

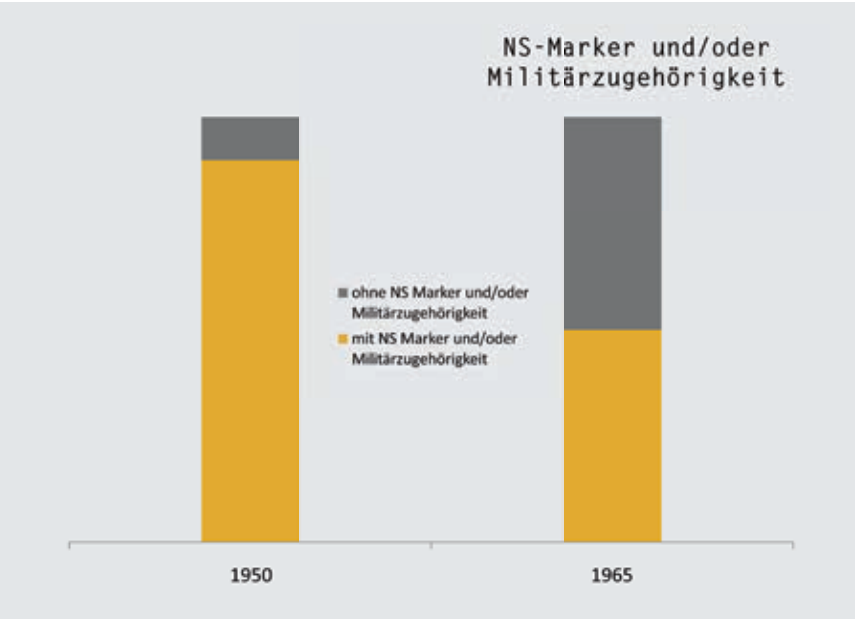
Wir wollen diese Merkmale kurz *NS-Marker* nennen, wobei selbstverständlich Auswahl und Definition dieser Marker entscheidend jedes Ergebnis beeinflussen.[7] Wichtig ist also vor allem Transparenz bei ihrer Festlegung. Die Möglichkeiten bewegen sich zwischen niedrigschwelligen Markierungen durch die

7 Von Lebenslaufdaten, die sich in den Personalunterlagen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BND in der Stichprobe finden, werden biografische Marker abgeleitet, über die eine Verortung im Sozialprofil des Bundesnachrichtendienstes erfolgt. Diese biografischen Marker beziehen sich beispielsweise auf die soziale Herkunft, den Bildungsweg, politische Betätigung oder die berufliche Laufbahn. Sie verteilen sich auf mehrere Felder und lassen sich unterschiedlich gewichten. In diesem Beitrag wird zunächst explorativ ein Subset solcher Marker herangezogen und ungewichtet als „NS-Marker" bezeichnet, das eine näherungsweise Bestimmung der Position späterer BND Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im „Dritten Reich" ermöglichen soll.



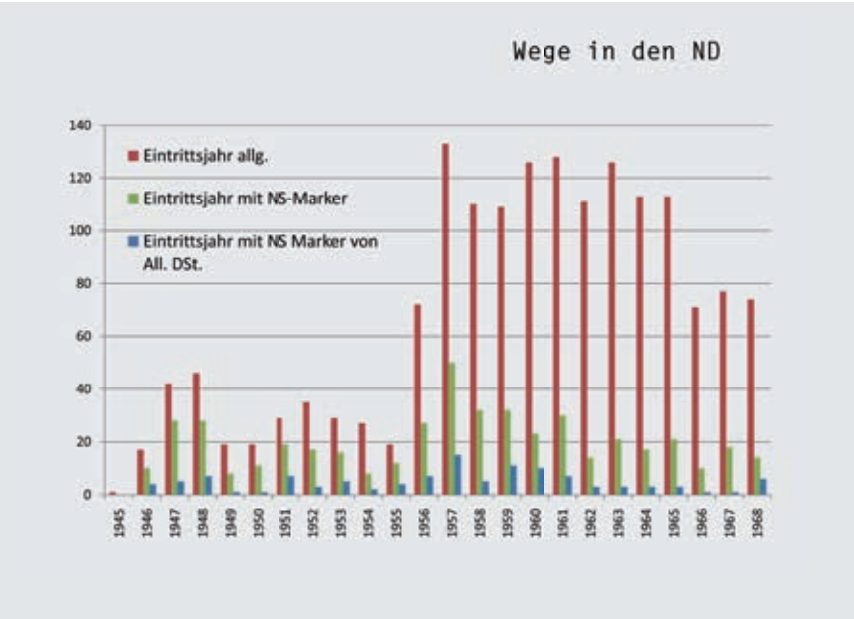
Berücksichtigung jeglicher Berührungspunkte, einerseits etwa Mitgliedschaft in nationalsozialistischen Organisationen, und andererseits spezifischeren Kriterien hinsichtlich der institutionellen Einbindung, konkreten Handelns und artikulierter Einstellungen. Im ersten Fall suchen wir eher nach Spuren von gesellschaftlicher und biografischer Sozialisation und können über institutionelle Zugehörigkeiten die Position eines Individuums im NS-Staat bestimmen, im zweiten Fall eher nach NS-Verbrechern und überzeugten Nationalsozialisten. Ich lege hier einen weichen Maßstab an und ermittele alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die zur NSDAP und ihren Gliederungen, dem Reichsarbeitsdienst oder der DAF, sowie alle BND-Angehörigen, die zur Ministerialbürokratie auf Reichsebene, dem Reichssicherheitshauptamt bzw. Polizeibehörden oder der Waffen-SS gehört haben.

Das Netz ist also engmaschig und weit ausgeworfen, wobei es sich dabei nur um eines von mehreren möglichen Modellen handelt. Wir berücksichtigen an dieser Stelle übrigens noch nicht die Zugehörigkeit zum Militär, die für beide Generationen im BND eine große Rolle spielt. Über unsere Schnitte ergibt sich am Messpunkt 1950 ein Anteil von etwa 57 Prozent des Gesamtpersonals, das auf diese Weise einen NS-Marker erhält, der Wert fällt dann bis 1965 auf knapp



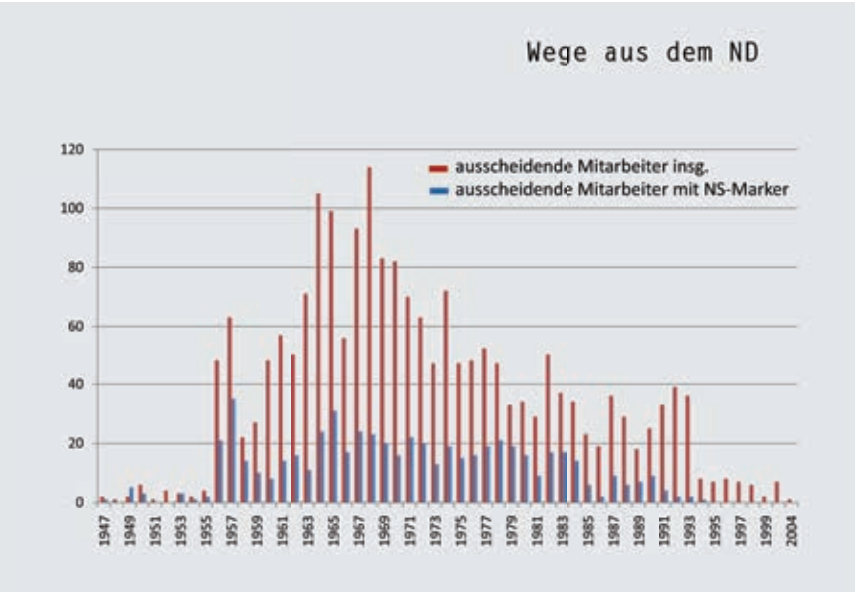
29 Prozent. Betrachten wir den Anteil des so ermittelten Personenkreises an den ersten beiden Generationen, also allen vor 1930 geborenen BND Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, fällt er nur auf vierzig Prozent am Ende der Betrachtung. Erweitern wir die Einschätzung der Nähe des späteren BND Personals zum „Dritten Reich" dann um die Wehrmachtszugehörigkeit, steigt der Wert auf rund neunzig Prozent des Personals für die Teilstichprobe 1950 und erreicht 1965 noch etwa fünfzig Prozent. Bezogen auf die Jahrgänge vor 1930, also die ersten beiden Generationen, liegen die Werte bei neunzig respektive siebzig Prozent. Bei Berücksichtigung nur des männlichen Personals, steigen die Werte noch einmal deutlich an.

Wir kommen damit zum dritten Abschnitt und fragen, wie bestimmte Gruppen in den Nachrichtendienst gelangt sind und wo wir sie dort wiederfinden. Exemplarisch betrachten wir an dieser Stelle ehemalige Angehörige des Sicherheitsdienstes der SS (SD) oder der Zentrale des (Reichssicherheitshauptamtes) RSHA, der Abwehr, des Auswärtigen Amtes (AA), der Waffen-SS sowie der Gestapo. Für Angehörige dieser Organisationen zeigen die Akten zunächst, dass sie ihren Weg in den Nachrichtendienst über die üblichen Kanäle gefunden haben, ohne dass sich zu diesem Zeitpunkt bereits Quantifizierungen vornehmen lassen:



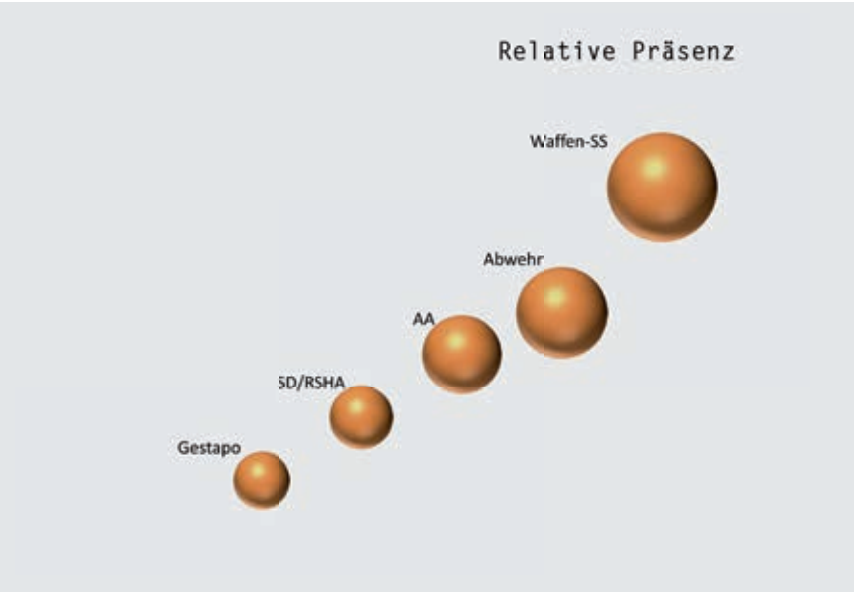
Personen mit NS-Vergangenheit nutzen, wie andere potentielle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch, Initiativbewerbungen, werden gezielt aus dem BND heraus angesprochen oder von bereits im Dienst befindlichen Personen als interessante Kandidaten ins Spiel gebracht, manche antworten einfach auf Stellenanzeigen in der Zeitung oder werden aus der Bundeswehr zum BND versetzt.

Eine interessante Spur führt in diesem Zusammenhang zu alliierten Dienststellen. In jedem Rekrutierungsjahrgang des Betrachtungszeitraums finden wir einen gewissen Anteil von Personen mit NS-Markern. Der Wert schwankt zwischen fast 67 Prozent im Jahr 1947 und 12,5 Prozent im Jahr 1962 bei einem Mittelwert über den Betrachtungszeitraum von rund 36,5 Prozent. Von diesen Personen wiederum kommt jedes Jahr ein gewisser Anteil über alliierte Dienststellen, vor allem Besatzungsbehörden, zum Nachrichtendienst. Das führt nicht nur dazu, das in unseren Schnitten zwischen 27 Prozent (1950) und 35 Prozent (1960) des ND-Personals zuvor für Alliierte Dienststellen gearbeitet hat, sondern heißt auch, dass die Alliierten für rund ein Drittel der in dieser Auswertung mit einem NS-Marker versehenen Personen zur Brücke in den Nachrichtendienst geworden sind.



Analog lässt sich auch betrachten, wann Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter mit NS-Belastung den Dienst wieder verlassen haben. Das Diagramm zeigt das jährlich ausscheidende Personal und den jeweiligen Anteil der in unserer Auswertung mit NS-Marker versehenen Personen. Es wird deutlich, dass bis 1956 kaum Personal die Organisation Gehlen verlassen hat. Im Betrachtungszeitraum fallen dann zwei Spitzen auf: 1956/1957 im zeitlichen Umfeld des Übergangs in den BND und in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre. Parallel zur zur Crome-Untersuchung und kurz danach, lag der Anteil der ausscheidenden Mitarbeiter mit NS-Marker auffällig hoch. Ab Mitte der 1970er-Jahre gehen dann die starken Jahrgänge ab 1910 sukzessive in den Ruhestand, die letzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit NS-Marker verlassen den Dienst jedoch erst in den 1990er-Jahren.

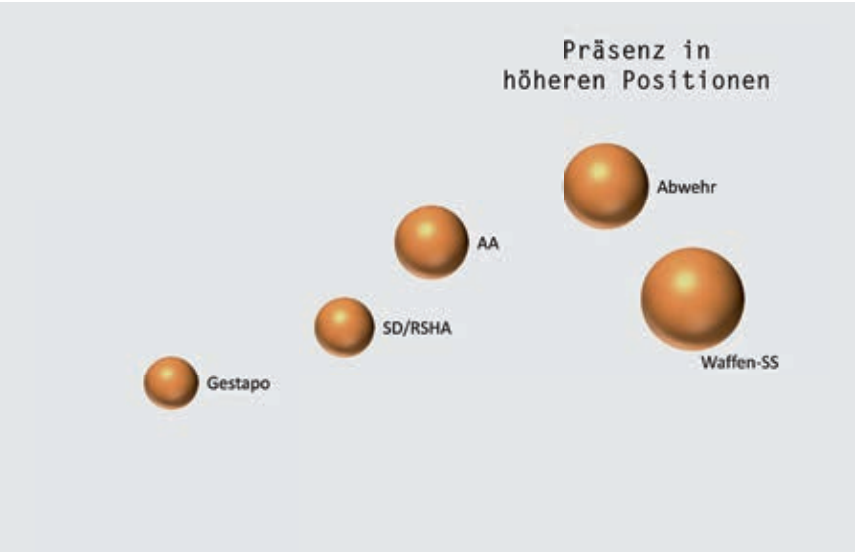
Greifen wir nun abschließend die eben genannten Gruppen heraus. Ich beschränke mich dabei auf knappe Aussagen zum Eintritt und zur Karriere ehemaliger Angehöriger der fünf ausgewählten Organisationen. Die bisher ermittelten Gestapo-Beamten sind zwischen 1899 und 1914 geboren und dem Nachrichtendienst alle vor 1957 beigetreten. Das kann altersbedingt sein, kann jedoch, wie noch zu prüfen bleibt, auch etwas mit den Mustern zu tun haben, in denen Personen mit NS-Marker in den Nachrichtendienst gelangt sind. Wir finden sie



dann vor allem als Ermittler, Vernehmer und Verbindungsführer in subalternen Positionen, jedoch nicht in Leitungsfunktionen – Heinrich Reiser entspricht diesem Profil in allen Punkten.

Ähnlich sieht es bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus, die aus dem Reichssicherheitshauptamt kommen, ohne zu einer Polizeibehörde zu gehören. Sie stammen aus dem Geburtsintervall zwischen 1892 und 1918 und gelangen nahezu ausschließlich in den Nachrichtendienst, bevor er zum BND wird. Wir finden die ehemaligen RSHA-Angehörigen, darunter viele SD-Leute, in sehr unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen, vorwiegend aber in untergeordneten Positionen. Nur einer von ihnen steigt im BND zum Abteilungsleiter auf. Dabei handelt es sich allerdings um einen Berufssoldat der als Oberst i.G. der Wehrmacht 1944/1945 eine Kommandierung als Verbindungsoffizier zum Reichssicherheitshauptamt erhalten hatte, 1951 zur Organisation Gehlen stieß und schließlich 1957, unter Fortsetzung seiner Arbeit für den Nachrichtendienst, als Oberst in die Bundeswehr übernommen wurde.

Die ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes weisen ein ähnliches Profil auf. Sie sind wieder etwas jünger als die Leute aus dem RSHA; der Zeitraum, in dem sie zum Nachrichtendienst kommen, reicht



daher mit einem Schwerpunkt in der ersten Hälfte der 1950er-Jahre weiter in den Untersuchungszeitraum hinein. Das letzte Beitrittsdatum aus dieser Gruppe liegt um 1960. Unter den ehemaligen AA-Leuten steigt allerdings der Anteil der Personen, die höhere Dienststellungen erreichen. In der Stichprobe gelangt allerdings keiner auf die Führungsebene des BND.

Dieser Trend bestätigt sich unter den ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS. Sie sind wiederum etwas jünger und stammen aus den Jahrgängen 1910 bis 1918 und sind damit die jüngste hier berücksichtigte Gruppe. Die Ehemaligen der Waffen-SS verteilen sich ebenfalls über ein breites Tätigkeitsfeld – genauere Musteranalysen folgen – und verbleiben ganz überwiegend, gleichwohl mit der eingangs referierten Ausnahme Zuber, in rangniederen Dienststellungen.

Die Mehrheit der bisher ermittelten ehemaligen Angehörigen der Abwehr weist dagegen andere Merkmale auf. Sie decken die Jahrgangsklassen zwischen 1887 und 1921 ab und sind ebenfalls überwiegend vor der Umwandlung in eine Bundesbehörde zum Nachrichtendienst gekommen. Wir finden sie dort eher konzentriert auf einen Tätigkeitsbereich, die Auswertung, und stellen fest, dass sie im Gegensatz zu den übrigen Gruppen in höhere Dienststellungen aufrücken. Ehemalige Abwehr-Leute steigen häufiger zu Referenten, Gruppen- und Sachgebietsleitern auf als die anderen hier betrachteten Gruppen.

Dies führt zu zwei vorläufigen Befunden: Gereiht nach relativer Größe rangieren Waffen-SS und Abwehr vor RSHA, Auswärtigem Amt und Gestapo; gereiht nach der Präsenz von Vertretern dieser Gruppen auf höheren Führungsebenen wird die Reihung von Abwehr und AA angeführt, gefolgt von Waffen-SS, RSHA und Gestapo. Die abweichenden Muster der Abwehr-Leute korrelieren eng mit der eingangs aufgezeigten großen Bedeutung der Militärs im Bundesnachrichtendienst. Ihre Karrieremuster verdeutlichen ebenfalls, dass höhere Positionen im Nachrichtendienst eher von Militärangehörigen besetzt wurden als von Personen, die ausschließlich einen NS-Marker tragen.

Die Frage, inwieweit wir dann Personal mit NS-Marker auf der höheren Führungsebene finden, kann eine Gegenprobe klären: Insgesamt 27 Personen in der Stichprobe erreichen ab den 1960er-Jahren die Position eines „Leitenden Regierungsdirektors". Wir sprechen also über Referenten oder Referatsleiter bzw. Unterabteilungsleiter und Dienststellenleiter. Aus dieser Gruppe sind 18 vor 1930 geboren, die restlichen neun sind zu jung, um im NS-Staat ein Amt bekleidet zu haben. Von den älteren Regierungsdirektoren tragen zehn einen NS-Marker und 15 weisen eine Militärzugehörigkeit auf, einige sind dabei doppelt markiert. Insgesamt ergibt sich also eine deutliche Präsenz von Personen mit signifikanten biografischen Merkmalen aus der NS-Zeit auf dieser Ebene noch spät im Betrachtungszeitraum.

In der Stichprobe befinden sich ferner neun Personen, die ab der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre zu Direktoren bzw. Ersten Direktoren im BND aufsteigen, also Abteilungsleitern. Zwei sind Jahrgang 1933 bzw. 1934, also zu jung, um im „Dritten Reich" längere Zeit zu NS-Organisationen gehört zu haben. Die anderen sieben stammen aus den Jahrgängen 1909 bis 1929. Von diesen weisen sechs einen Marker durch Militär oder NS-Organisationen auf. Drei tragen einen NS-Marker, davon sind aber zwei durch Reichsarbeitdienst (RAD) bzw. Hitlerjugend (HJ) nur schwach gekennzeichnet, der dritte allerdings gehörte zur Waffen-SS, es handelt sich um Ebrulf Zuber. Vier Direktoren weisen dagegen ein Vorleben im Militär auf (einer ist doppelt markiert). Bis auf die Ebene der Abteilungsleiter sind stark NS-Belastete also bereits deutlich seltener aufgestiegen.

Den Nachrichtendienst prägt demnach – noch bis über das Ende des Betrachtungszeitraums hinaus – auf den unteren Ebenen ein großes Segment von Personal mit breiter Überscheidung zwischen Lebenslauf und „Drittem Reich". Auch auf der mittleren Führungsebene finden wir noch einen beachtlichen Anteil

entsprechend markierter Personen. Erst unmittelbar unter der Führungsspitze werden starke NS-Marker seltener, dort überwiegt die militärische Vorprägung.

Aus dem heute präsentierten Material will ich zusammenfassend vier Befunde ableiten. Erstens unterstreicht ein Generationenmodell die große und lang anhaltende Präsens des „Dritten Reiches“ im Nachrichtendienst. Zweitens lassen sich entlang stilisierter Lebensläufe unterschiedliche Muster und Gruppen aufzeigen. Diese teilen zwar durchaus Merkmale, sind aber hinsichtlich der Frage nach dem Echo des „Dritten Reiches“ im sozialen bzw. funktionalen Gefüge des Nachrichtendienstes durchaus differenziert zu diskutieren. Drittens unterstreicht die Analyse die Bedeutung des Militärs, die durch eine Fokussierung auf „Nazis“ schnell aus dem Blick geraten kann. Die breiteste Linie zwischen der NS-Zeit und Nachrichtendienst ziehen ehemalige Soldaten – und das meine ich durchaus nicht exkulpatorisch –, wobei übrigens die Luftwaffe großen Stellenwert besitzt.

Die hier vorgestellten NS-Marker machen überdies deutlich, dass es viele plausible Modelle gibt, „Nazis“ bzw. die Resonanzen des „Dritten Reiches“ in einer Organisation zu ermitteln. Einfache Antworten auf die Frage nach der Prägung bundesrepublikanischer Institutionen durch das „Dritte Reich“ gibt es auf dieser Ebene also nicht.

Viertens scheint für das Verständnis des BND nicht unwichtig, dass mit dem westdeutschen Auslandsnachrichtendienst nicht einfach eine institutionelle Kontinitätslinie aus dem „Dritten Reich“ in die Nachkriegszeit gelegt wird. Vielmehr entsteht eine in ihrem Zuschnitt neue Organisation ohne direkten Vorläufer, in der eine vielgestaltige Kontinuität durch Personen aus ganz unterschiedlichen Institutionen des NS-Staates gegeben ist: Es findet sich Personal aus geheim- und nachrichtendienstlichen Tätigkeitsfeldern aber eben auch aus dem gesamten übrigen Spektrum des NS-Apparates, der Ministerialbürokratie, allen möglichen Teilen der öffentlichen Verwaltung und eben auch aus dem Militär. Insofern handelt es sich aus diesem Blickwinkel beim BND um einen besonderen Fall. Das Zusammentreffen des institutionellen Bruchs mit dichten aber heterogenen aus dem „Dritten Reich“ in die Nachkriegszeit weisenden Linien, die sich über Personen konstituieren, scheint mir nicht unwichtig. Aus diesem Blickwinkel bot, wie nur wenige Organisationen, der Nachrichtendienst seinen Angehörigen in der Gründungsphase das die Zäsur 1945 überspannende Narrativ vom „Kampf gegen den Kommunismus“ an, um das eigene Leben nach innen und außen zu erklären.

Im Licht der heute vorgestellten Befunde lässt sich vorsichtig formulieren, dass sich im Nachrichtendienst nach dem Zweiten Weltkrieg die Gesellschaft des

„Dritten Reiches“ generationell spiegelt – wir finden also einen starken Einfluss entsprechender Sozialisationen – und eine starke institutionelle Bindung an den NS-Staat kein Hindernis für die Rekrutierung bildete, wobei Aufstiegsprozesse jedoch strukturell selektiv verlaufen zu sein scheinen. Schließlich unterstreichen diese vorläufigen Ergebnisse das Potenzial der Sozialprofilanalyse: Sie ermöglicht repräsentative Aussagen über die Untersuchungsgruppe, erschließt die relative Bedeutung von Akteuren mit NS-Markern in den Strukturen des Nachrichtendienstes, erlaubt eine differenzierte Analyse von Veränderungen im Profil über die Zeit und vermittelt uns – jenseits der Frage nach „Nazis im BND“ – eine genaue Vorstellung über die Lebensläufe der Menschen, die diese Organisation belebt haben.

Gerhard Sälter

Kameraden. Nazi-Netzwerke und die Rekrutierung hauptamtlicher Mitarbeiter

Eine der Fragen, die bis zum Abschluss des Forschungsprojekts beantworten werden sollen, ist die nach den personellen Kontinuitäten zwischen dem nationalsozialistischen Machtapparat und dem BND. Hierzu gehört auch die Frage, wie es Männern, die in unterschiedlichem Grade durch ihre Tätigkeit im nationalsozialistischen Herrschaftsapparat belastet waren, gelang, von der Organisation Gehlen bzw. vom BND eingestellt zu werden. Im Folgenden sollen die Handlungslogiken der beteiligten Akteure beispielhaft beleuchtet werden.

Die 1945/1946 in amerikanischer Verantwortung gegründete Organisation Gehlen bestand bis in die fünfziger Jahre hinein aus einem Konglomerat weitgehend selbständiger Teilorganisationen. Erst mit dem Umzug nach Pullach und dem Aufbau einer Zentrale im Dezember 1947 erhielt die Organisation eine Leitung, die mehr war als ein Verbindungsstab mit angegliederter Auswertungsabteilung. Die Diensteinheiten der Informationsbeschaffung blieben jedoch als sog. Außenorganisationen weitgehend autonom. Die Zentrale steuerte die Tätigkeit der Organisation über die Mittelzuweisung und durch die Evaluierung des Meldungsaufkommens in Quantität und Qualität. Seit der Überführung in den Bundesdienst 1956 wurde die Struktur langsam derjenigen einer deutschen Behörde angeglichen, ohne die Eigenständigkeit der großen Außenorganisa-

tionen zunächst wesentlich zu schmälern. Wir haben es im gesamten Untersuchungszeitraum mit einer heterogenen Institution zu tun, die außerhalb der Zentrale ein Netz von hierarchisch angeordneten Diensteinheiten mit wechselnden und sich überschneidenden Zuständigkeiten blieb.

Die Leiter der Außenorganisationen waren weitgehend eigenständig bei der Anwerbung ihrer Mitarbeiter und Agenten: Rekrutiert werden sollte, wie ein leitender Mitarbeiter der Zentrale 1947 formulierte, im „Bekanntenkreis bewährter Mitarbeiter". In derselben Weisung wurde auch die Verantwortlichkeit für die Befähigung und den Leumund der neuen Mitarbeiter benannt: Es war der vorschlagende Mitarbeiter, der einen Kandidaten für „ideologisch, menschlich und fachlich" geeignet halten musste und dafür „die volle Garantie zu übernehmen" hatte.

Wie groß die Selbständigkeit der Außenorganisationen in Personalfragen war, ist daran ersichtlich, dass die Zentrale noch 1947 über keine Personalabteilung verfügte. Wahrscheinlich wurde erst 1949 eine solche eingerichtet. Die Zentrale konnte im August 1949 mangels Informationen nicht einmal eine Mitarbeiterliste vorlegen. Der Leiter einer Außenorganisation schreibt im Rückblick: „Es war in der Praxis in mein Ermessen gestellt, wen ich in die Org. aufnehmen wollte." Auch nach 1956 geschah die Rekrutierung unter Verantwortung der örtlichen Leiter entlang der privaten Netzwerke der Mitarbeiterschaft. Die Zentrale blieb im Personalwesen eher ein passiver Registrator als dass sie selbst Strategien entwickelte oder grundlegende Entscheidungen traf.

Der personelle Aufwuchs der Organisation Gehlen und des BND geschah demnach in einem ungeplanten Wildwuchs. Durch die Praxis, jedermann aufzunehmen, wenn er nur schon einen Freund in der Organisation besaß, hatten Gehlen und die Zentrale die Verantwortung für die Rekrutierung an die Außenstellenleiter und letztlich an die einzelnen Mitarbeiter delegiert. Das Personalprofil einer zufälligen und nicht gesteuerten Rekrutierung unter Freunden und Kameraden zu überlassen, scheint mir für einen Geheimdienst recht sorglos, um nicht mehr zu sagen, und zeugt während der Auseinandersetzungen des Kalten Krieges von wenig Professionalität.

Verstärkt wurde der Effekt dezentraler Anwerbung durch die Praxis der Überprüfung. Die Garantie, die der vorschlagende für einen neuen Mitarbeiter für dessen Befähigung und Lebenslauf bis 1945 übernahm, hatte zur Konsequenz, dass dessen Vergangenheit kaum durchleuchtet wurde. Bis 1947 wurden neue Mitarbeiter, da man sich ohnehin kannte, überhaupt nicht überprüft. Seit dem

Frühjahr 1947 sollte wenigstens der Lebenslauf seit Abbruch der Bekanntschaft, also „meist seit Kriegsende“ bis zum Zeitpunkt der Werbung überprüft werden. Erst seit 1953 mussten wenigstens alle verfügbaren Personalunterlagen zwingend eingesehen werden. Die Überprüfung bezog sich zu dieser Zeit nur auf die aktuellen Lebensumstände des Kandidaten und bestenfalls auf seinen Lebenslauf seit Kriegsende – für das Verhalten im Dritten Reich genügte noch immer die Garantie ehemaliger Kollegen. Die Leitung des BND machte somit die im Nationalsozialismus entstandene Kameradschaft zur Grundlage ihrer Personalpolitik. So konnte noch 1957 ein führender und erheblich belasteter Mitarbeiter des Reichssicherheitshauptamts wie Emil Augsburg mit einem Empfehlungsschreiben von Franz Alfred Six eingestellt werden, der bei der Einsatzgruppe B in der Sowjetunion und im Reichssicherheitshauptamt sein Vorgesetzter gewesen war.

Die Überprüfung selbst setzte sich in den fünfziger Jahren in der Regel aus der Beiziehung örtlicher Polizeiauskünfte und aus Befragung von Nachbarn, Bekannten und Arbeitgebern zusammen. Auf diese Weise konnten natürlich kaum Informationen über eine NS-Belastung eingeholt werden. Dies wurde noch 1955 als nicht relevant angesehen. Erst seitdem ab 1956 einzelne Mitarbeiter in den Status eines Beamten oder eines Bundesangestellten befördert werden konnten, wurde in den betreffenden Fällen eine Auskunft des *Berlin Document Center* eingeholt. In diesem Zusammenhang wird erstmals ein Problembewusstsein in Bezug auf die Berufsbiographie vor 1945 erkennbar. Dieses scheint allerdings von vorgesetzten und kontrollierenden Bundesbehörden aufgezwungen worden zu sein. Die Leitung des BND entwickelte bis zum Felfe-Skandal 1961 bzw. 1963 nicht einmal eine Sensibilität hinsichtlich der möglichen Erpressbarkeit belasteter Mitarbeiter – von der Frage einmal abgesehen, ob es richtig war, den Geheimdienst der jungen Demokratie zu einem nicht unwesentlichen Teil aus solchen Mitarbeitern aufzubauen.

Dezentrale Rekrutierung, mangelhaftes Problembewusstsein und unzureichende Überprüfung führten zusammen zu einem System der Schneeball- oder Ketten-Rekrutierung, durch das ganze Seilschaften in die Organisation Gehlen hineingelangten. Die Verantwortlichkeit des Tippgebers für den Lebenslauf eines neu Geworbenen bis 1945 führte dazu, dass Personen mit ähnlichem beruflichem Profil sich gegenseitig decken und gemeinsam Legenden entwerfen mussten – mit dem Ergebnis, dass die Seilschaften, die sich in der Rekrutierungsphase gebildet hatten, im Dienst als Kameradschaftsnetze fortbestanden.

Diese Form der Rekrutierung realisierte sich zunächst in einer Nachkriegsgesellschaft, in der Teile der alten Funktionseliten, manche mit falschen Identitäten versehen, sich wieder zusammenfanden. Ihre Vernetzung untereinander basierte auf beruflicher Freundschaft, politischer Verbundenheit und Komplizenschaft. Sie war ausgerichtet auf kollektive ideologische Selbstvergewisserung, gegenseitige wirtschaftliche Unterstützung und politisch auf die Beendigung der Entnazifizierung. Solche Netzwerke formierten sich nach 1945 aus Menschen, die sich entweder aus derselben Dienststelle einer NS-Organisation oder -Behörde oder aus der örtlichen Zusammenarbeit verschiedener Institutionen in den besetzten Gebieten kannten. Es zeichnet sich ab, dass sie sich in den alliierten Lagern der Nachkriegszeit, in denen sie unter dem Druck der Entnazifizierung eine von ihnen so empfundene Schicksalsgemeinschaft bildeten, neu formierten und personell erweiterten. Einige dieser Gruppen versuchten in der politisch unübersichtlichen Situation der vierziger und frühen fünfziger Jahre, wieder an die Schalthebel politischer Macht zu kommen. Diese locker organisierten Verbünde nationalsozialistischer Funktionsträger hatten aus persönlichen und politischen Motiven ein nachhaltiges Interesse an einer Wiederverwendung und der Besetzung von Machtpositionen. Aufgrund des Systems der Ketten-Rekrutierung konnten sie in die Organisation Gehlen und den BND eindringen. Wie dies funktionierte, möchte ich an zwei Beispielen demonstrieren.

Das erste Beispiel ist die Dienststelle 120. Sie war eine von etwa 15 großen Außenorganisationen, in denen 1948 die Informationsbeschaffung organisiert war. Sie wurde seit Januar 1947 von Hermann Wondrak aufgebaut und war mit der Informationsbeschaffung aus Polen, der Tschechoslowakei und der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) Deutschlands befasst. Wondrak stammte aus Reichenberg im Sudetenland. Dass er sich 1938 in Vorbereitung des Einmarsches ins Sudetenland als Agent für einen deutschen Geheimdienst betätigte, lässt auf ein Engagement in völkischen Verbänden schließen. Seit 1940 gehörte er der Waffen-SS an und seit 1943 dem Sicherheitsdienstes der SS (SD). Bis Kriegsende leitete er die zum SD-Leitabschnitt Reichenberg gehörende Außenstelle des SD in seinem Heimatort Reichenberg. Sein letzter Dienstgrad war SS-Untersturmführer. Seit September 1946 in der Organisation Gehlen, gehörte er deren Gründungsgeneration an.

Wondrak stellte für die neue Außenorganisation zunächst eine Schreibkraft an: Erika van Brieland. Sie war bereits von 1943 bis 1945 seine Schreibkraft beim SD Reichenberg gewesen. Seine operativen Mitarbeiter im Stab der Dienst-

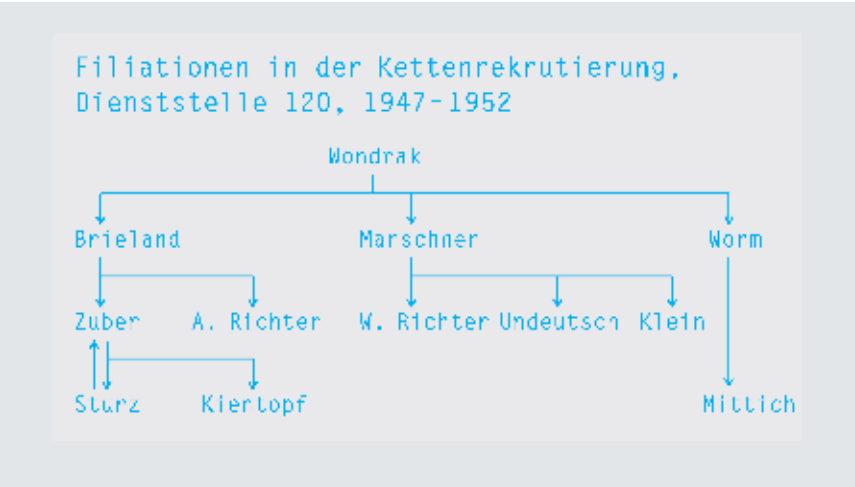
stelle fand Wondrak ebenfalls unter früheren Mitstreitern. Die Kontakte vermittelte Erhard Marschner, der als „alter sudetendeutscher Kämpfer“ bis 1945 in der Verwaltung des Reichprotektorats tätig gewesen war. Marschner wurde von Wondrak als Zweiter eingestellt. Dazu kamen 1947 drei weitere: der SS-Obersturmführer Wilhelm Richter, der beim SD Reichenberg die Abteilung Kultur geleitet hatte und nun Wondraks Stellvertreter wurde; außerdem Fritz Klein und Gerhard Undeutsch. Die Berufsbiographie der Letzteren ist noch ein Desiderat. Diese Männer gehörten der älteren Generation (G1) an, wenn man sie in das von Christoph Rass entworfene Generationenmodell einordnet.[8]

Im Juni 1947 wurde Ebrulf Zuber eingestellt. Zuber war bis 1938 Funktionär verschiedener völkischer Verbände im Sudetenland gewesen. Nach dessen Annexion wurde Zuber als Gefolgschaftsführer Funktionär der HJ und trat 1940 in die *Leibstandarte Adolf Hitler* ein. Nach einem Offizierslehrgang wurde er dort Ausbilder. Wegen einer Verletzung wechselte er 1942 zur *Germanischen Leitstelle*, wo er sich um die Anwerbung von Belgiern und Niederländern für die Waffen-SS bemühte. Ende 1944 reaktiviert, nahm er im III. Germanischen Panzerkorps der Waffen-SS an den Kämpfen an der Ostfront bis zur Schlacht um Berlin teil, zuletzt als SS-Obersturmführer. Von sowjetischen Truppen gefangengenommen, verbarg er sich hinter einer falschen Identität, die er erst in amerikanischem Gewahrsam wieder ablegte. Er wurde als SS-Offizier interniert, u.a. in den Lagern Ludwigsburg und Kornwestheim.

Zuber wurde im Juni 1947 durch Vermittlung seines Freundes Friedrich Sturz direkt aus dem Lager angeworben. Zuber und Sturz waren gemeinsam in den SS-Mannschaftshäusern aktiv gewesen, einer Studentenorganisation der SS, und hatten sich im Internierungslager Kornwestheim wiedergetroffen. Sturz konnte eine Verbindung zu Brieland herstellen, die über Wondrak die Entlassung und Anwerbung Zubers organisierte. Zuber revanchierte sich bei Sturz und sorgte nach dessen Entlassung im April 1948 dafür, dass er ebenfalls eingestellt wurde.

Im September 1947 stellte Wondrak mit Ernst Worm einen weiteren Mitarbeiter des SD ein. Worm war 1942 bis 1945 ehrenamtlicher Leiter der Außenstelle Tetschen-Bodenbach des SD, die Reichenbach unterstand. Seit 1938 Mitglied der NSDAP und seit 1942 der SS, trug er wegen seines völkischen Engagements vor dem Anschluss des Sudetenlandes den Winkel für alte Kämpfer. 1945 hatte er den Rang eines SS-Untersturmführers erreicht. Ein weiterer Mitarbeiter war Hans

8 Siehe den Beitrag von Christoph Rass in diesem Band.



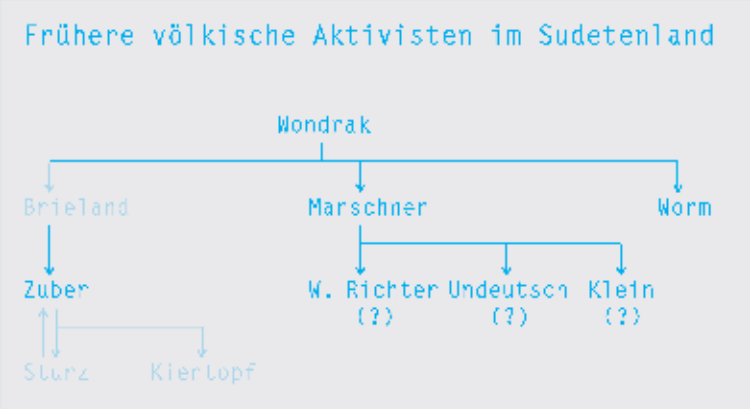
Kientopf. Dieser war bis 1937 Mitarbeiter der Gestapo und gehörte seit 1940 der Wehrmacht an; er war Mitglied der NSDAP und der SS gewesen. Kientopf wurde, wahrscheinlich durch Sturz oder Zuber vermittelt, im Lager Ludwigsburg angeworben, wodurch er auch der Entnazifizierung entging.

Im September 1948 waren in der Dienststelle 120 insgesamt 15 Mitarbeiter tätig. Zu fünf Personen liegen keine Informationen vor. Von den übrigen waren:

- sechs Mitarbeiter des SD Reichenberg,
- ein Mitarbeiter der Verwaltung des Reichsprotektorats,
- zwei Offiziere der Waffen-SS, davon ein Mitarbeiter der *Germanischen Leitstelle*, und
- ein Angehöriger der Gestapo.

Hermann Wondrak hatte seine Außenorganisation etwa zur Hälfte aus ehemaligen Mitarbeitern des SD Reichenberg aufgebaut. Aus Netzen früherer Aktivisten in völkischen Verbänden im Sudetenland und durch private Bekanntschaften wurde der Mitarbeiterstamm in andere Milieus mit NS-Hintergrund erweitert. Waren die Schleusen erst einmal für Personen mit einer signifikanten Karriere im Dritten Reich geöffnet, wurden weitere Männer mit Belastungen anderer Art nachgezogen.

1950 wechselte Wondrak zur Zentrale in Pullach und Zuber übernahm die Leitung der Dienststelle. Er stellte mindestens zwei weitere Mitarbeiter des SD Reichenberg ein. Im Oktober 1951 kam Anneliese Richter, vom Sommer 1944



bis Mai 1945 im SD Reichenberg als Sekretärin tätig. Erwin Mittich, 1952 von Ernst Worm angeworben, war von 1940 bis 1945 ebenfalls beim SD Reichenberg gewesen.

Aufgrund seiner Zugehörigkeit zur Waffen-SS rekrutierte Zuber auch in diesem Milieu, z.B. Hans-Dieter Schliack. Dieser meldete sich nach dem Abitur an einer Nationalpolitischen Erziehungsanstalt (Napola) in Berlin-Spandau und dem Arbeitsdienst 1937 zur Waffen-SS. 1940 bis 1942 gehörte er der SS-Division *Das Reich* an, danach anderen SS-Einheiten. Im Mai 1945 war er Hauptsturmführer und Bataillonskommandeur. Nach dem Krieg mehrere Jahre unter falschem Namen lebend, arbeitete er als Kaufmann, bis Zuber ihn 1961 aus kameradschaftlicher Verbundenheit anwarb, obwohl Schliack keinerlei nachrichtendienstliche Erfahrung besaß.

Stammen die ersten Beispiele aus der Dienststelle 120 noch aus den vierziger und frühen fünfziger Jahren, so fand Schliacks Anwerbung 1961 statt. Mittlerweile begann sich die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik hinsichtlich der nationalsozialistischen Gewalttaten durch die zeitliche Distanz und aufgerüttelt durch spektakuläre Prozesse zu ändern. Diese Wandlung wurde im BND, gut abgeschottet gegen die öffentliche Meinung und vermeintlich über sie erhaben, nicht nachvollzogen. Ihr Problembewusstsein jedenfalls änderte sich kaum, wie etwa die Anwerbung von Walther Rauff und Klaus Barbie als Agenten zeigt. Aber auch hauptamtliche Mitarbeiter mit einer NS-Belastung wurden weiterhin eingestellt.

Um dies zu demonstrieren, soll ein weiteres Beispiel herangezogen werden. Die Dienststelle „Diwan“ war eine Außenstelle von Zubers Diensteinheit, die von West-Berlin aus in der DDR tätig war. Ihrem Stab gehörten 1960 sieben Personen an. Ihr Leiter war von 1957 bis 1963 Wolfgang Otto. Er hatte sich nach dem Abitur auf der Napola Dresden freiwillig zu den SS-Totenkopf-Verbänden gemeldet. Als Angehöriger der 1. SS-Totenkopf-Standarte *Oberbayern* war er an der Bewachung von Häftlingen des KZ Dachau bei Außenarbeitseinsätzen beteiligt. Nach einer Offiziersausbildung kam er zur SS-Division *Das Reich*, wo er zuletzt im Rang eines Hauptsturmführers im Divisionsstab tätig war. In der Nachkriegszeit lebte er unter wechselnden Identitäten und wurde wegen seiner Beteiligungen an verschiedenen nazistischen Verschwörungen von den Alliierten gesucht. Obwohl er auf der Fahndungsliste stand, arbeitete er von 1947 bis 1949 als Agent für den amerikanischen Geheimdienst CIC. Später wurde er Funktionär der HIAG. 1955 wurde Otto von Karl Kreutz, ebenfalls Offizier der SS-Division *Das Reich* und seit 1951 in der Organisation Gehlen, als Mitarbeiter vorgeschlagen und 1956 auf Betreiben Zubers eingestellt.

Ottos Stellvertreter war Helmut Schreiber. Schreiber war zunächst als Jungbannführer Funktionär der HJ und meldete sich 1938 zur SS-Verfügungstruppe. Von 1941 bis 1944 gehörte er ebenfalls der SS-Division *Das Reich* an, zuletzt als Bataillonskommandeur und Sturmbannführer. Wie Otto gehörte er im Generationenmodell von Rass der zweiten Generation (G2) mit NS-Belastung an.[9] Nach 1945 lebte Schreiber eine Weile unter falschem Namen, um nicht in Frankreich wegen des Massakers von Oradour vor Gericht gestellt zu werden. Otto warb seinen SS-Offizierskameraden Schreiber im Sommer 1957 an. Schreiber erhielt als Decknamen denselben, unter dem er bereits in der Illegalität gelebt hatte: „Helmut Kraus“.

An diesen Beispielen sind das Prinzip und der Effekt der Kettenanwerbung sichtbar geworden, bei dem Mitarbeiter aus verschiedenen Milieus nationalsozialistischer Funktionsträger rekrutiert wurden. Zwar geschah dies, wie eingangs bemerkt, dezentral, was jedoch nicht bedeutet, dass der Stab Gehlens in der Zentrale um die anwachsende Belastung nicht wusste:

– Wondraks Lebenslauf war in Grundzügen bekannt, die Organisation Gehlen finanzierte ihm den Rechtsanwalt im Entnazifizierungsverfahren und warnte

9 Eine beschönigende Biographie Schreibers, in dem er auch schon als BND-Mitarbeiter bezeichnet wird, erschien jüngst in einem Militaria-Verlag; Peter Schuster (Hg.): SS-Sturmbannführer Helmut Schreiber. Hitlerjugend-Führer, Ritterkreuzträger, Träger der Nahkampfspange in Gold, Bergisch Gladbach 2012.

ihn 1949, als in Eßlingen das Gerücht umlief, er habe früher beim SD gearbeitet.

- Die Tätigkeit von Brieland, spätere Frau Zuber, beim SD war von Anfang an aktenkundig.
- Worm verschwieg zunächst sein Engagement in sudetendeutschen völkischen Verbänden und seine Tätigkeit für den SD, die dem Dienst jedoch bekannt waren. Die Crome-Kommission, die seit 1963 einen Teil der Belasteten im BND überprüfte, kam zu dem Ergebnis, Worm sei nicht wesentlich belastet, Gehlen stimmte dem zu.
- Zubers Wirken in völkischen Organisationen des Sudetenlandes, seine Zugehörigkeit zur Waffen-SS und seine Tätigkeit in der Germanischen Leitstelle waren dem BND seit Einstellung im Wesentlichen bekannt. Bis 1955 wurde er jedoch nicht überprüft. Erst nachdem er 1960 Beamter geworden war, holte der BND Auskünfte des *Document Center* ein. Die Crome-Kommission wertete 1964 seine Tätigkeit bis 1945 nicht als Belastung. Zuber wurde 1985 als Erster Direktor im BND und Unterabteilungsleiter pensioniert.
- Sturz verschleierte zunächst seine Tätigkeit und seinen Rang in der Waffen-SS. Das wäre jedoch nicht nötig gewesen. Er machte, auch nachdem diese bekannt waren, im Windschatten Zubers Karriere. Die in den SS-Mannschaftshäusern begonnene Freundschaft trug bis 1980, als Sturz als Direktor im BND pensioniert wurde.
- Bei Wolfgang Otto stellte selbst die Bewachung von KZ-Häftlingen kein Problem dar. Er wurde 1961 Beamter. Die Crome-Kommission befand 1964, die „kurzfristige Verwendung bei der KZ-Außenbewachung“ müsse als „rein optische Belastung gewertet“ werden. Das ist wohl so zu übersetzen, dass es unangenehm wäre, wenn dies bekannt würde, aber kein Hindernis für eine Beschäftigung als Beamter im BND.
- Schreiber, bei dem der BND eine Beteiligung an Gewaltakten in Polen und den Verbrechen der Einsatzgruppe B vermutete, wurde nicht Beamter. Der BND verließ sich jedoch auf Selbstaussagen Schreibers, selbst wo man sie als Lügen erkannt hatte, und befand ihn für politisch tragbar. Er wurde 1980 als leitender Angestellter pensioniert.

Aus diesen Beispielen ist ersichtlich, dass die Pullacher Zentrale des BND, auch wenn sie die Rekrutierungen nicht selbst vornahm, zumeist seit der Einstellung um die Belastung wusste. Weder seine Sicherheitsorgane noch seine Leitung zogen daraus bis in die sechziger Jahre und teilweise weit darüber hinaus Konsequenzen.

Dieses kaum gewachsene Problembewusstsein in Bezug auf belastete Mitarbeiter wird im Umgang mit Heinz Felfe deutlich, bevor dieser als KGB-Agent verhaftet wurde. Felfe war im Dritten Reich u.a. Mitarbeiter des SD gewesen. Seit November 1950 bei der Organisation Gehlen, waren 1953 Bezichtigungen laut geworden, er arbeite für den Osten und habe Details seiner NS-Vergangenheit verschwiegen. 1957 wurden im Zuge seiner Verbeamtung solche Vorwürfe erneut erhoben. Tatsächlich war spätestens 1957 evident, dass Felfe wiederholt falsche Angaben zu seiner Tätigkeit zwischen 1933 und 1945 gemacht hatte. Die Leitung wusste davon, wollte es jedoch offiziell nicht zur Kenntnis nehmen. Nachdem die Sicherheitsabteilung ihre Erkenntnisse im Januar 1957 vorgelegt hatte, zweifelte Präsident Reinhard Gehlen in einer einzigartigen Mischung aus Ignoranz und Willkür einfach die Zuverlässigkeit der Auskünfte des *Document Center* an. Vizepräsident Hans-Heinrich Worgitzky kommentierte, einerseits sei Felfe doch brauchbar, andererseits sei dessen Tätigkeit für den SD allgemein bekannt gewesen, so dass man ihm das Verschweigen in einem Fragebogen nicht als Vertrauensbruch anlasten könne. Eine neuerliche Vernehmung sei zu vermeiden, denn dadurch werde dessen Fehlverhalten erneut aktenkundig und zum Hindernis für die Verbeamtung. Daraufhin teilte Gehlen mit, die Erkenntnisse der Sicherheitsabteilung seien nicht in seinem Sinne und ordnete an, Felfe erneut dazu zu hören. Der mit dem Fall beauftragte Conrad Kühlein folgte Gehlens Hinweis und befand, Felfe sei bezüglich seiner biographischen Lügen insofern entlastet, als Gehlen selbst darauf hingewiesen habe, seine Vergangenheit im Dritten Reich sei im BND allgemein bekannt gewesen. Kühlein konnte für eine NS-Belastung trotzdem keine Beweise finden. Felfe wurde schließlich durch diese Intervention Gehlens und Worgitzkys Beamter. Dies zeigt, wie die Leitung des BND noch Ende der fünfziger Jahre eine erwiesene NS-Belastung herunterspielte und versuchte, sie aus den Akten herauszuhalten. Ein ähnliches Verhalten ist auch in anderen Fällen nachweisbar.

Diese Haltung wurde vom Bundeskanzleramt gestützt. Mitte August 1963 teilte Staatssekretär Hans Globke Worgitzky mit, die Frage der ehemaligen Angehörigen des SD sei nicht mehr brisant: Man „gäbe jetzt vielfach zu“, so Globke, „dass sie am Anfang nützlich hätten sein können, aber dann hätten entfernt werden müssen.“ Globke fand das jedoch unstatthaft: „Er lehne so etwas nach langjähriger Dienstzeit ab. Auch seien nur Leute angestellt worden, die erkennbar in Ordnung waren.“ Worgitzky unterstützte ihn: „Ich sagte, es sei ein Jammer, dass Clemens und in gewisser Weise auch Felfe atypisch für die Masse unserer

Polizisten seien. Diese seien in Ordnung und 131er.“ Globke und Worgitzky waren sich somit noch 1963 in einem Akt gefühlten Wissens und auf der Grundlage einer Mischung aus Kameradschaft und Vertuschungsbemühungen darin einig, dass frühere Mitarbeiter der Gestapo und des SD im BND keinesfalls eine Belastung darstellten, sondern „in Ordnung“ waren.

Die in diesem Beitrag dargestellten Diensteinheiten stehen exemplarisch für das System der Rekrutierung und die darin sichtbar werdenden personellen Netzwerke.[10] Bis zum Ende des Untersuchungszeitraums beschränkte sich die Zentrale bei der Rekrutierung von hauptamtlichen Mitarbeitern auf Billigung, Registrierung und Überprüfung derjenigen Personen, die von den Außenstellen angeworben worden waren. Weil Gehlen glaubte, eine zentrale Anwerbung sei für einen Geheimdienst inadäquat, überließ er dieses Feld den Leitern der Außenstellen und vertraute vollständig auf die Initiative der Mitarbeiter. Es entstand ein System von Kettenrekrutierung, durch das der Dienst sich öffnete für Netzwerke und Seilschaften unterschiedlichster Art. Die Betonung einer Erprobung in Kriegstagen bedeutete überdies, dass in den ersten Jahren – neben Militärs – nationalsozialistische Funktionsträger bevorzugt eingestellt wurden. Damit war die Rekrutierungspolitik – willentlich oder unwillentlich – auf eine Inkorporation der Trümmer der nationalsozialistischen Sicherheitsapparate ausgerichtet.

Durch die Kettenrekrutierung konnten sich Netzwerke aus Funktionsträgern des Dritten Reichs, die sich zunächst eine vergleichsweise exzellente materielle Versorgung versprachen und sich mittelfristig Machtpositionen erhofften, dauerhaft in der Organisation Gehlen und im BND etablieren. Gehlen und sein Stab sahen dies, soweit man schon jetzt ein Urteil fällen möchte, ohne Sorge. Die Einbindung in die Strukturen und Kontrollmechanismen der Bundesrepublik ab 1956 führte nicht zu einer Schärfung des Problembewusstseins. In fortbestehender Kameradschaft mit den Funktionseliten des Dritten Reichs und dank der Abgeschiedenheit ihres Pullacher Arkanums, in dem sie ein autoritäres Staatskonzept pflegten und von dem aus sie den gesellschaftlichen Wandel der Bundesrepublik mit deutlicher Skepsis betrachteten, fühlten sie sich unabhängig genug, um diesem Wandel zu trotzen und die damit einhergehende Sensibilisierung in der Öffentlichkeit in Bezug auf nationalsozialistische Gewaltverbre-

10 Der Beitrag zeigt, wie nationalsozialistische Funktionsträger in die Organisation Gehlen und den BND hineinkamen. Anschließend an die Ausführungen von Christoph Rass ist jedoch festzuhalten, dass sie nicht typisch sind für das quantitative Ausmaß der NS-Belastung im gesamten BND. Andere Diensteinheiten wurden von anderen Seilschaften und Cliquen dominiert.

chen souverän zu ignorieren. Sie fanden ihre Mitarbeiter mit nationalsozialistischer Belastung nach wie vor „in Ordnung“ und ihr Problembewusstsein richtete sich seit 1956 eher darauf, die personellen Kontinuitäten zum Dritten Reich nach außen zu verschleiern, als sie einzudämmen.

Michael Wildt

Kommentar

Die drei Beiträge haben bereits gezeigt, mit welchen sowohl sorgfältigen wie beeindruckenden Ergebnissen diese Kommission aufwarten kann. Gerade die beiden Beiträge von Christoph Rass und Gerhard Sälter belegen, dass der pauschale Vorwurf, der BND sei von den Nationalsozialisten unterwandert oder beherrscht gewesen, sich nur klären lässt, wenn man mit wissenschaftlicher Differenzierung die Befunde untersucht.

Das von Rass zugrunde gelegte Generationenmodell, das ich ausgesprochen lohnend und produktiv finde, weist nicht nur auf differente Jahrgänge, sondern auf die hinter den jeweiligen Jahrgängen ganz spezifischen biographischen Erfahrungen hin. Diejenigen, die 1933 zehn, zwölf oder 14 Jahre alt waren, dann im Nationalsozialismus groß geworden sind und als Erwachsene ihre ersten beruflichen Erfahrungen sammeln konnten, sind natürlich in einem besonderen Maße stärker vom Nationalsozialismus geprägt als ältere oder jüngere Generationen. Denken Sie zum Beispiel an den 1911 geborenen Martin Sandberger, der im Reichssicherheitshauptamt Karriere machte und als Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Estland für die Vernichtung der estnischen Juden verantwortlich war. Vielleicht ist er nur deshalb nicht zur Organisation Gehlen gelangt, weil er noch bis 1958 in Landsberg im Gefängnis saß, nachdem er im Nürnberger Einsatzgruppenprozess zunächst zum Tode verurteilt und später zu lebenslanger Haft begnadigt worden war.

Sälter hat deutlich gemacht, dass die Kettenrekrutierungen in den ersten Jahren nicht zentral, sondern über die Außenstellen der Organisation Gehlen aus dem, wie es hieß, Bekanntenkreis bewährter Mitarbeiter liefen. Es flossen also gar nicht zentral gesteuerte Mitarbeiter der Organisation Gehlen zu, sondern „bewährte Mitarbeiter“ rekrutierten ihre Klientel, was bedeutet, dass die verschiedenen Kreise, aus denen sich die Organisation Gehlen zusammen-

setzte, sich weiter vermehrten und verstärkten. Diese Befunde sind meines Erachtens für die Fragestellung, wie weit die Organisation Gehlen und später der Bundesnachrichtendienst durch den Nationalsozialismus geprägt worden sind, unverzichtbar.

Diese NS-Belastung des Bundesnachrichtendienstes ist ja keine zwangsläufige Tatsache. Wenn ich die hier vorgestellten Ergebnisse mit den ersten Befunden der Historikerkommission unter Michael Wala und Constantin Goschler zum Bundesamt für Verfassungsschutz in Vergleich setze, haben dort die Alliierten, insbesondere die USA, stark darauf geachtet, dass die verbeamteten Mitarbeiter nicht NS-belastet waren. Erst später, Mitte der 1950er-Jahre, als der alliierte Druck nachließ, kamen die ehemaligen Nationalsozialisten, die vorher mit Honorarverträgen für den Verfassungsschutz gearbeitet hatten und damit nicht im Blickwinkel der Alliierten gewesen waren, in das Bundesamt für Verfassungsschutz hinein. Die Nazifizierung des Bundesamtes für Verfassungsschutz fand erst in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre statt. Es lohnt sich, den Vergleich mit anderen Historikerkommissionen und deren Forschungsergebnissen zu wagen, um die Spezifität des Bundesnachrichtendienstes in den Blick nehmen zu können und auch dem Argument zu entgehen, dass man ja nach dem Krieg gar nicht anders hätte handeln können, weil eben keine anderen Leute zur Verfügung gestanden hätten.

Damit komme ich zu meinem ersten Punkt: dem Kontext des Kalten Krieges. In einer Situation, in der wie hier in Berlin tatsächlich die Sowjetunion versuchte, diese Stadt in ihren Machtbereich zu bringen, und sich die Westalliierten überlegen mussten, wie sie der sowjetischen Blockade begegnen sollten, ob man mit Panzern nach Westberlin durchbrechen oder nicht doch lieber eine Luftbrücke bauen sollte, um die Westberliner Bevölkerung zu versorgen – in einer solchen Situation ist es zweifellos unumgänglich, soviel Informationen wie nur irgend möglich über die sowjetischen Absichten, die militärische Stärke und die Entscheidungselite zu bekommen, um eine rationale und angemessene Entscheidung treffen zu können.

Diesen Hintergrund darf man nicht aus den Augen verlieren, um den immensen Hunger nach Informationen zu verstehen, diesen Wildwuchs von Rekrutierungen immer neuer Mitarbeiter, die anscheinend irgendetwas zum Wissen über die Gegenseite beizutragen haben, wie Sälter eindrucksvoll geschildert hat. Gerade in den späten 1940er-Jahren, als die Organisation Gehlen, um es salopp zu sagen, als deutsche CIA-Dependance fungierte und die Alliierten – anders als in

der Frage der inneren Demokratisierung der Bundesrepublik – in Bezug auf ihre Auslandsinformationen nicht gerade zimperlich waren, kamen etliche NS-belastete Personen zum Dienst, weil sie angeblich über Informationen über das sowjetische Lager verfügten.

Aber – das wäre mein zweiter Punkt – mit welcher Art von Informationen haben wir es zu tun? Welche Informationen beschafft denn zum Beispiel jemand wie der erwähnte Ebrulf Zuber, der während der NS-Zeit in der sogenannten Germanischen Leitstelle, einer SS-Institution, gearbeitet hat, tatsächlich? Welchen informativen Wert für die Organisation Gehlen oder den Bundesnachrichtendienst hat denn jemand wie der ebenfalls heute vorgestellte Hermann Wondrak, der während der deutschen Besetzung Tschechiens in Reichenberg Kommunisten, Juden und tschechische Oppositionelle bespitzelt, für deren Verhaftung und vielleicht sogar Ermordung gesorgt hat? Welche Informationen haben sich diejenigen erhofft, die Hermann Wondrak eingestellt haben, der dann offenbar nichts Eiligeres zu tun hatte, als zunächst seine ehemalige Sekretärin und dann seine alten SD-Mitarbeiter aus Reichenberg einzustellen, weil er sowieso nicht wusste, wen anders als seinen alten Mitarbeiterkreis er hätte einstellen sollen? Gab es in der Organisation Gehlen und später im Bundesnachrichtendienst so etwas wie eine Informationsevaluation, mit der es möglich gewesen wäre, die Berichte von Hermann Wondrak und Ebrulf Zuber zu bewerten, ihren Nutzen zu beurteilen und valide Informationen von offenkundigem Unfug zu trennen? Brachten Wondrak und Zuber überhaupt Informationen von Belang, oder schrieben sie ihre alten antikommunistischen, antiziganistischen und antisemitischen Berichte, die sie schon vor 1945 für das Reichssicherheitshauptamt verfasst hatten, fort?

Denken Sie zum Beispiel – wieder ein Vergleich – an die Ergebnisse der Historikerkommission vom Bundeskriminalamt, denen zufolge das BKA, das ja auch in einem hohen Maße NS-belastet war, noch weit bis in die 1950er-Jahre hinein Homosexuelle als Gruppe ins Visier nahm und weiterhin eine „Zigeuner-Kartei“ führte.11 Trotz interner wie öffentlicher Kritik wurde die kriminalistische Beobachtung von Roma und Sinti – ganz in der Tradition der ehemaligen „Reichszentrale für die Verfolgung des Zigeunerunwesens“ – fortgesetzt und allenfalls der Name geändert, dass es nun nicht mehr „Zigeuner“, sondern „Personen mit häufig

11 Imanuel Baumann, Herbert Reinke, Andrej Stephan und Patrick Wagner: Schatten der Vergangenheit. Das BKA und seine Gründungsgeneration in der frühen Bundesrepublik, Köln 2011, S. 247-285.

wechselndem Wohnsitz“ hieß. Erst in den sechziger Jahren wurde diese Kartei endlich aufgelöst.

Mit welchen Feindbildern also haben wir es im Bundesnachrichtendienst zu tun? Welche Feindbilder haben diese NS-belasteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geliefert, und haben die Bilder – das wäre eine medienwissenschaftliche Frage – gewissermaßen erst die Gegenstände geschaffen, die es dann auszuspähen galt? Gab es eine gegenseitige Verstärkung von sich jeweils bestätigenden Informationen, gewissermaßen eine *self-fulfilling prophecy*, die mit den Berichten jener Mitarbeiter hergestellt wurde, denen dann im Kanzleramt Glauben geschenkt wurde?

Damit komme ich zu meinem dritten Punkt: der Frage nach der Institution selbst. Wenn wir die Befunde von Rass zugrunde legen, dann bestand der BND in den 1950er-Jahren zu einem Großteil aus Mitarbeitern, die im Nationalsozialismus – sagen wir es vorsichtig – nicht gerade rechtsstaatliche Erfahrungen gemacht hatten. Was sagt dieser Befund über die innere Rechtsstaatlichkeit des Bundesnachrichtendienstes aus? Wie konnte mit diesem Personal gewährleistet werden, dass sich der Nachrichtendienst an Recht und Gesetz hält? Die Beispiele, die Sälter vorgestellt hat, zeigen, dass Mitarbeiter des BND offenbar auch Straftaten abgeschirmt und abgeblendet, also Strafvereitelung im Amt betrieben haben. Ganz unabhängig von politischen Belastungen war ein solches Verhalten rechtswidrig und wirft ein höchst problematisches Licht auf die rechtsstaatliche Verfasstheit eines Nachrichtendienstes, der ja eine Institution einer parlamentarischen Demokratie war und ist.

Die Frage der inneren rechtsstaatlichen Verfasstheit einer Organisation, die im Geheimen arbeitet und deren Kontrolle nur ausgewählten Gremien vorbehalten ist, halte ich für die wirklich spannende, wenn es um das Problem der Kontinuität des Nachrichtendienstes vom NS-Regime in die Bundesrepublik geht. Ab wann – und ich vermute, dass es wieder die selbst gestellte Aufgabe einer jüngeren Generation war – wurden im BND rechtsstaatliche Prinzipien eingezogen, wurde eine Selbstkontrolle installiert und *checks and balances* eingerichtet, um ein verfassungskonformes Handeln des Nachrichtendienstes zu gewährleisten? Finden sich in den Unterlagen des BND, die jetzt der Historikerkommission zur Verfügung stehen, auch frühe Denkschriften, die sich kritisch mit dem NS-belasteten Personal auseinandersetzen und darüber reflektieren, wie ein Nachrichtendienst in einer rechtsstaatlichen Demokratie organisiert sein muss, um einerseits seine Aufgabe zu erfüllen und anderseits nachweisen zu können, jederzeit auf der

Grundlage unserer freiheitlichen, demokratischen Grundordnung zu handeln? In dieser Hinsicht wird die Arbeit dieser Kommission nicht nur eine historische sein, sondern uns auch heute eine Menge zu sagen haben.

Sektion 2: Auslandsaufklärung

Wolfgang Krieger

Die BND-Auslandsoperationen in Nordafrika: Eine Fallstudie zu Richard Christmann in Tunesien und Algerien

Beginnen wir mit dem Skandal. Am 22. Januar 2013 wurde in einem ARTE-Fernsehfilm zum 50. Jahrestag des Elysée-Vertrags die Behauptung aufgestellt, der BND-Agent Richard Christmann habe die Sprengung des in Südfrankreich gelegenen Staudammes von Fréjus im Dezember 1959 vorab nach Pullach gemeldet, ohne dass diese Meldung an die französische Regierung weitergegeben wurde, um den Anschlag rechtzeitig zu verhindern. Dieses Attentat soll Teil des algerischen Unabhängigkeitskrieges gegen Frankreich gewesen sein.[12]

Wie ich auf der Basis der BND-Akten zeigen kann, ist diese Anschuldigung völlig haltlos. Erstens gingen die französischen Behörden – nach eigener akribischer Prüfung – nie von einer Sprengung aus, sondern von einem Unfall, der auf einen Konstruktionsfehler der Staumauer zurückzuführen war. Diesen Befund haben noch lebende Zeitzeugen aus dem Milieu der Polizei und der französischen Dienste in Pressegesprächen vom Januar 2013 bestätigt. Zweitens haben sich die Mitglieder der algerischen Unabhängigkeitsbewegung einschließlich ihres gewaltbereiten Flügels nie zu dieser angeblichen Tat bekannt, auch mit großem historischen Abstand nicht. Drittens hat der französische Journalist und Geheimdienstkenner Roger Faligot, dem die privaten Unterlagen Christmanns zur Verfügung standen, diese Behauptung in seinem Buch über Christmann nicht

12 Emmanuel Berretta: Catastrophe de Fréjus. Arte sur la thèse de l'attentat FLN, Le Point, 14.2.2013; Prisca Thivaud: Malpasset: „Rien dans les archives de la Stasi", selon un ancien de la DST, Nice-Matin, 30.1.2013; Benoit Hopquin: Catastrophe de Fréjus. Benjamin Stora ne croit pas à la théorie de l'attentat, Le Monde, 25.1.2013.

aufgestellt, obgleich sie zweifellos im Erscheinungsjahr 1984 eine Sensation gewesen wäre.[13] Auf der Grundlage derselben privaten Unterlagen kamen jedoch zwei deutsche Autoren, Mathias Ritzi und Erich Schmidt-Eenboom, in ihrer 2011 erschienenen Biographie Christmanns zu einem völlig anderen Schluss, den letzterer dann als Mitautor des ARTE-Filmes wiederholte.[14] Dabei stützten sie sich weitestgehend auf ein einziges von Christmann verfasstes Dokument aus dem Jahr 1977, also 18 Jahre nach der Staudammkatastrophe, das sie nachweislich falsch interpretieren. Dieser Fehler ist selbst auf der Basis der dort zitierten Unterlagen erkennbar.

Gleichwohl hat sich die deutsche Öffentlichkeit erst einmal entrüstet, ehe die angeblichen Fakten einer näheren Prüfung unterzogen und Reaktionen der französischen Behörden abgewartet wurden. Der Bundestagsabgeordnete Hans-Christian Ströbele (Bündnis 90/Die Grünen), langjähriges Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums, stellte sogleich eine schriftliche Anfrage, in der es wörtlich heißt: „Warum hat der Bundesnachrichtendienst, nachdem er durch seinen damaligen Residenten in Tunis, Richard Christmann, 1958/1959 von bevorstehenden Anschlägen der FLN-Bewegung in Südfrankreich erfuhr […] nicht rechtzeitig französische Behörden gewarnt […]?“ So schnell kann es gehen, wenn Behauptungen zu Fakten umgedeutet werden.

Der Nahe und Mittlere Osten gehörte zu den ersten Regionen außerhalb des Ostblocks, in denen die Organisation Gehlen tätig wurde. Dabei ging es nicht um militärische Aufklärung, sondern um die Bedrohungen durch den „Weltkommunismus“ und um die Förderung westdeutscher Interessen, vor allem Wirtschaftsinteressen. Hier spielten die alten Verbindungen der ehemaligen Abwehr-Angehörigen nach Nordafrika eine wichtige Rolle, die man im Zusammenhang mit dem deutschen Feldzug in Nordafrika, aber auch im Kontext der Besetzung Frankreichs und später Italiens geknüpft hatte. Es ging um Leute, die den arabischen Polizei- und Militärapparaten angehörten, also zum Führungskader der „nationalen Befreiungsbewegungen“ gehörten.

Kontakte zu diesen neuen Eliten waren zugleich wichtig und politisch sensibel. Wichtig waren sie, weil diese neuen Eliten sehr anfällig für kommunistische Einflüsse waren. Die Westmächte wollten deshalb verhindern, dass die staatliche Unabhängigkeit mit einem Übertritt ins sowjetische Lager oder doch einer Fern-

13 Roger Faligot: Markus, espion allemand, Paris 1984.

14 Matthias Ritzi und Erich Schmidt-Eenboom: Im Schatten des Dritten Reiches. Der BND und sein Agent Richard Christmann, Berlin 2011.

steuerung durch Moskau einherging. Solche Verbindungen waren jedoch politisch sensibel, denn sie konnten von Briten und Franzosen als eine gegen sie gerichtete deutsche Geheimdiplomatie gedeutet werden.

Nicht zu übersehen ist, dass sich diese frühen Kontakte in die muslimische Welt zumindest teilweise auf Personen stützten, die wegen ihrer NS-Vergangenheit stark kompromittiert waren. Zwar fasste man im Dienst solche Leute mit spitzen Fingern an, doch ihre Verbindungen zu den regionalen Machteliten waren verlockend. Deutsche Ausbilder für Militär, Polizei und Geheimdienste waren überall hoch willkommen, ebenso Kaufleute und Techniker, die bei der Ausrüstung der Militär- und Sicherheitsapparate mit modernen Waffen und mit Nachrichtentechnik behilflich sein konnten. Und wenn überhaupt danach gefragt wurde, galt den arabischen Eliten eine NS-Vergangenheit als Gütesiegel, das eine Gegnerschaft zum verhassten Staat Israel unterstellte.

Anwerbung

Richard Christmann wurde am 12. November 1905 in einem Dorf bei Metz in Lothringen geboren, also auf deutschem Boden. Beide Eltern waren Deutsche, aber die Mutter wurde durch die französischen Behörden als französisch-gebürtige Deutsche angesehen, während der Vater, Kriegsteilnehmer auf der deutschen Seite, als „Deutscher“ galt und 1919 unter Spionageverdacht in ein französisches Gefängnis gesteckt wurde. Als die Mutter den Antrag auf Anerkennung als „Reichsdeutsche“ stellte, wurde die Familie im Sommer 1919 aus Frankreich ausgewiesen. Sie zog nach Osnabrück, wo Richard seinen Schulbesuch fortsetzte und sich 1925 beim sozialdemokratischen Reichsbanner politisch betätigte. Vor dem Hintergrund dieser persönlich erlebten deutsch-französischen „Erbfeindschaft“ ist seine nachfolgende Beziehung zu Frankreich zu verstehen, die ihn im Zweiten Weltkrieg in die Geheimdiensttätigkeit der deutschen Besatzungsmacht und danach in mehr oder weniger anti-französische Aktivitäten in Westdeutschland sowie in Nordafrika führte.

Kurz nach dem Abitur wurde Christmann bei einer Reise nach Saarbrücken von französischen Behörden aufgegriffen und, als in Frankreich geborener Sohn einer Französin, für den französischen Militärdienst in Anspruch genommen. Die Alternative lautete Fremdenlegion – mit mehr Geld und mehr Abenteuer. Er entschied sich für die Legion und diente in Nordafrika bis 1932. Anschließend lebte er in Frankreich und heiratete eine Französin. In Paris kam er mehrmals mit

der Polizei in Berührung, wurde als NS-Propagandist beschuldigt und schließlich 1937 ausgewiesen.

Aber auch in Deutschland war er als ehemaliger Fremdenlegionär nicht willkommen. Er wurde der Spionagetätigkeit für Frankreich bezichtigt. Der Sicherheitsdienst der SS (SD) stellte ihm nach, inhaftierte ihn zeitweise, ließ ihn jedoch schließlich laufen. Ein Antrag auf NSDAP-Mitgliedschaft wurde abgewiesen. Im März 1939 sollte er zur Wehrmacht einberufen werden, erhielt jedoch wegen seiner Sprachkenntnisse das Angebot, für die Abwehr zu arbeiten. Es folgten die in den Niederlanden, Belgien und hauptsächlich in Paris verbrachten Kriegsjahre eines Doppelagenten, der einerseits für die französische Sureté und andererseits als eine Art freier Mitarbeiter für die Abwehr tätig war, wobei sein hauptsächliches Betätigungsfeld die Bekämpfung von Widerstandsbewegungen gegen die NS-Besatzungsherrschaft war. Bei den Franzosen heuerte er auf Geheiß der Abwehr an, indem er als „Fahnenflüchtiger" in Holland untertauchte und sich rekrutieren ließ.

Für den Wiedereinstieg in das Geheimdienstgeschäft nach 1945 ist hauptsächlich von Bedeutung, dass Christmann auf mehreren Seiten – in Frankreich, in Deutschland und in Nordafrika – eine Anzahl von persönlichen Kontakten über den deutschen Zusammenbruch hinweg retten konnte. Diese Netzwerke sollten den Rest seiner Agentenlaufbahn bestimmen. Auf der deutschen Seite tritt zunächst Wilhelm Bodens in Erscheinung. Wenig später stößt man auf eine Gruppe von Abwehr-Offizieren aus dem vormals besetzten Paris, unter denen Oscar Reile der ranghöchste, aber Hermann Joseph Giskes der für Christmann unmittelbar zuständige Agentenführer war. Bodens war „Angehöriger einer Einheit der Frontaufklärung III" gewesen und nunmehr als Regierungsrat im Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen mit geheimen Propagandaoperationen im Saargebiet beschäftigt. Dort setzte er Christmann ein.

Bereits 1950 findet sich in den Akten der Organisation Gehlen eine erste Meldung zu „Arno", Christmanns Deckname bis 1945. Im Oktober 1952 meldete „Bonus", also Bodens: Christmann „arbeitet in Frankfurt mit dem Polizeikommissar Charles PETITFLES von der Frankfurter Dienststelle der Sureté zusammen." Christmann betrieb zunächst am Frankfurter Hauptbahnhof einen Würstchenstand, bis er wieder von seiner Agententätigkeit leben konnte.

In einem Brief vom 4. März 1953 schrieb Giskes an Reile, „Arno" habe ihm die Gründung einer deutsch-französischen Firma angeboten. Ein französischer ND-Offizier habe Christmann in Frankfurt aufgesucht, um sein Interesse an einer

Zusammenarbeit mit ehemaligen Abwehr-Leuten zu bekunden. Namentlich fragte er nach Giskes und einigen anderen. Als Begründung gab er an: „Die Amerikaner hätten sich die Org. G. geschaffen, die Briten hätten den Verfassungsschutz in der Hand, während die französische Abwehr isoliert dastehe und keinen kommunizierenden deutschen Apparat habe. Aus diesem Grunde sei er an einer Fühlungnahme interessiert." Auf diesen Vorschlag einer deutsch-französischen Geheimdienstzusammenarbeit schrieb Reile: „Dem französischen ND dürfte bekannt sein, dass Christmann deutschen Stellen und Diensten als Verbindungsmann für eine ernsthafte deutsch-französische Zusammenarbeit nicht zugemutet werden kann." Gleichwohl richtete Reile eine offizielle Anfrage an die französischen Dienste, für welchen von ihnen Christmann denn tätig sei. Eine Antwort wurde offensichtlich nie gegeben, denn der Dienst beschäftigte sich in den folgenden Jahrzehnten immer wieder mit der Frage, ob Christmann ein französischer Agent sei, und wenn ja, für welchen der französischen Nachrichtendienste er tätig sei.

Wurde Christmann im Jahr 1953 bei der Organisation Gehlen abgewiesen, so hatte sich die Lage im Jahr 1956 grundlegend geändert. Im März war Tunesien unabhängig geworden. Dessen Regierung war fortan bemüht, ausländische Investoren und Techniker für Entwicklungsprojekte ins Land zu holen. Man erinnerte sich, dass Christmann für die Abwehr Kontakte zu arabischen Nationalisten aufgebaut hatte. In einer streng geheimen Besprechungsnotiz vom 10. Juni 1956 heißt es: „RICA [Christmann] ist seit Jahrzehnten eng befreundet mit [einem hohen Ministerialbeamten] in Tunis. [Dieser] ist einer der treibenden Männer der Tunesischen Befreiungsbewegung. Er gehört zu den engsten Vertrauten BOUGIBA'S.[15] [Er] kennt die von RICA während des Krieges geleistete Arbeit und stand damals mit RICA über Mittelsmänner in Verbindung." Im selben Dokument wird angedeutet, wie man die Verbindung zu Christmann organisieren und nutzen wollte. „RICA [ist] z.Zt. als correspondant accrédité des OTTECA in Deutschland tätig […] und er soll so schnell wie möglich die Geschäftsführung des OTTECA in Tunis übernehmen." Hinter dieser Abkürzung verbarg sich das *Office technique tunésien d'échanges économiques et culturels avec l'Allemagne*, also ein Büro für wirtschaftlich-technischen und Kulturaustausch mit Deutschland. Christmann richtete sich rasch in Tunis ein, wobei er seine Verlobte Eva-Maria Rother als Sekretärin des OTTECA einstellte. Sie diente als Anlaufstelle für Nachrichten und Weisungen aus Pullach. Über eine „Postumleit-Anschrift" in Rom kam Luftpost

15 Habib Bourguiba war nach dem März 1956 zunächst Ministerpräsident und seit Juli 1957 Staatspräsident von Tunesien.

mit *Alitalia* nach Tunis, um die Kontrollen auf dem sonst üblichen Postweg über Frankreich zu vermeiden.

Welche konkreten Aufgaben sollte „Rica“ für den BND erfüllen? „RICA ist damit einverstanden, als ‚freier Mitarbeiter’ und Berichterstatter […] tätig zu werden,“ heißt es in den BND-Akten. Damit ist klar, dass Christmann nicht Resident des BND in Tunis war, wie in deutschen Publikationen oft behauptet wird, also kein hauptamtlicher Mitarbeiter, sondern eine Quelle des BND auf Honorarbasis. Er sollte vor allem geschäftliche und kulturelle Verbindungen des neuen tunesischen Regimes zur DDR melden und über das OTTECA berichten. Zugleich hatte er von tunesischer Seite den Auftrag, beim Aufbau eines Nachrichtendienstes behilflich sein.

In einem Lagebericht zur Planung für den von „Rica“ aufzubauenden tunesischen Nachrichtendienst heißt es: Der von tunesischer Seite „inspirierte und geförderte Plan, ‚RICA’ mit der Schaffung und Leitung eines geh. Informations- und Abwehr-Dienstes der Regierung Bourgiba zu beauftragen, [wurde] in einer Kabinettsbesprechung am 7.8.56 hinsichtlich Planung und Finanzierung auf eine feste Grundlage gestellt.“ Tunesien sei „ein geographisch, politisch und militärisch hochwichtiger Schnittpunkt Nordafrikas.“ Bourguiba sei „ein zuverlässiges Bollwerk gegen den grundsätzlich europafeindlichen pro-arabischen Nationalismus“. Im Übrigen ergebe sich für die deutsche Seite die Möglichkeit, Personen mittels des tunesischen ND aufklären zu können. Zu Beginn dieser Tätigkeit wünsche Tunesien „2 Minifon-[Tonband] Geräte“ sowie Prospekte über tragbare Geräte zur Funkpeilung. „Rica“ solle dazu nach Rom reisen, um von Giskes die beiden Geräte zu übernehmen. Dabei solle er ausführlich mündlichen Bericht erstatten. Der BND bereite „ausreichende Unterlagen zur Ver- und Entschlüsselung, ferner G-Verfahren [Geheimschrift-Verfahren] und neue Postumleit-Anschriften“ vor, die man in Rom aushändigen wolle.

Nun entwickelten sich die Dinge erfreulich rasch. In einer Aufzeichnung Oscar Reiles vom 11. Oktober 1956, die eine interne Beschlussfassung resümiert, wurde festgelegt, dass der tunesische Nachrichtendienst den Decknamen „Agave“ erhielt, um in das seit Mai 1956 gebräuchliche und „Fleurop“ genannte Schema der Blumennamen für die ausländischen Partnerdienste zu passen. Der BND erklärte sich bereit, zwei oder drei Tunesier in der Bundesrepublik für acht bis 14 Tage auszubilden. Inhalt der Ausbildung solle sein: Fernsprechüberwachung, Briefpostüberwachung, sowie Geheim-Tinten- und Chiffrierverfahren. Im Gegenzug erbat der BND Informationen über Handelsagenturen und -agenten

des Ostblocks in Tunis, tunesische Auslandsvertretungen und Erkenntnisse zu Spionage und Propaganda des Ostblocks in Tunis. Es ist leicht zu erkennen, wie die Kooperation zwischen den Geheimdiensten typischerweise den Charakter eines Tauschhandels annahm, der dazu diente, die Fähigkeiten des Partners auszukundschaften und seine politische Ausrichtung zu beeinflussen.

Tätigkeit in Tunesien und Algerien

In den folgenden Jahren verlief Christmanns Tätigkeit in Tunis ziemlich holprig. Er geriet immer wieder in Konflikt mit anderen deutschen Akteuren. „Aus dem Jahr 1956 liegt eine Information vor, dass CH. bei den in der Emigration [sic!] lebenden SS- und SD-Kreisen als Waffenhändler bekannt war. Näheres zu seiner angeblichen Tätigkeit als Waffenhändler ist nicht bekannt.“ Diese BND-interne Bewertung aus dem Jahr 1981 ist deshalb interessant, weil sie sich auf Aktenmaterial stützte, das seither als vernichtet gilt. Über Christmanns Verbindungen zur „Szene“ der Altnazis, die sich im arabischen Raum tummelten, wurde im BND immer wieder spekuliert, ohne handfeste Beweise beizubringen. Zu belegen ist allenfalls, dass Christmann von den Altnazis aus dem Geschäft gedrängt wurde, ohne dass der BND einen Finger gerührt hätte.

Über ein Jahr nach seiner Abschaltung 1961 ließ Christmann über seinen alten Abwehr-Kameraden Bodens beim Bundeskriminalamt anfragen, ob dort Ausbildungsmöglichkeiten für algerische Polizisten bestünden. Bodens meldete an den BND, Christmann habe eine „Vollmacht des algerischen Innenministeriums, mit deutschen Stellen über die Zurverfügungstellung von geeignetem Personal zur Ausbildung der algerischen Polizei auf dem politischen und ND-Sektor zu verhandeln. Jeder französische Einfluss solle beim Aufbau dieser Polizei ausgeschaltet werden.“ Doch der BND hielt die Sache für fragwürdig und schloss in einer Notiz vom 8. November 1962: „Das Anliegen des alg. Innenministeriums wollen wir auf anderem Wege zu befriedigen versuchen.“ In der Person des Altnazis Hans-Joachim Rechenberg hatte man bereits einen besser platzierten Kontaktmann, der in Algerien für Armee und Polizei Projekte einfädelte. Er hatte direkten Zugang zu Präsident Ahmed Ben Bella, wurde 1963 zum Wirtschaftsberater der algerischen Regierung bestellt und war mit dem Auswärtigen Amt bestens vernetzt.

Hinzu kamen Leute wie Hans Merz, „ehemals HJ-Führer, Kriminalbeamter, SD-Beauftragter während einiger Jahre im Vorderen Orient, […] seit etwa 2½ Jahren in Tunis“, und der ehemalige SD-Chef in Tunesien, Wilhelm Beisner, der im

arabischen Raum zwielichtige Geschäfte betrieb, darunter Waffenhandel. Dabei geriet er allerdings ins Visier der französischen *Roten Hand*, die auf deutschem Boden Terroranschläge auf Unterstützer der algerischen Rebellen verübte. Bei einem dieser Anschläge wurde er schwer verletzt. Merz und Beisner „wollen die Tätigkeit des Herrn CHRISTMANN in Tunis seit längerer Zeit überwacht und dabei festgestellt haben, dass er, ‚und das ohne jeden Zweifel', für den Bundesnachrichtendienst arbeitet." Sie berichteten, die FLN-Führung habe „entschieden, keinerlei Verbindung zu CHR. zu halten und auch keine Transaktionen über ihn laufen zu lassen. Wird nach deren Angaben von den Algeriern überwacht, da sein Verhältnis zu Frankreich undurchsichtig sei. Außerdem arbeitet CHR. für die tunesische Polizei."

Dabei verfügte Christmann noch immer über besondere Verbindungen zur politischen Führung Algeriens, jedenfalls zu einigen Schlüsselfiguren, und übersiedelte 1965 nach Algier, um einen Auftrag des algerischen Erziehungsministers Ahmed Taleb Ibrahimi auszuführen, für den er zusammen mit einer französischen Firma Geräte für Forschung und Lehre („matériel scientifique et d'enseignement") liefern wollte. Durch den algerischen Militärputsch vom 19. Juni 1965 änderten sich jedoch die dortigen Machtverhältnisse abrupt. Christmanns wichtigste Freunde wurden aus ihren Ämtern entfernt und inhaftiert.

Eine ausführliche Aktennotiz vom 14. Januar 1966 fasst den Hergang zusammen, der zur Verhaftung und Ausweisung Christmanns aus Algerien im November und Dezember 1965 führte. Beim Verhör legte er ein umfängliches Geständnis ab. Warum er trotz des Vorwurfes einer Agententätigkeit für Frankreich und Israel nach nur wenigen Tagen abgeschoben wurde – und zwar ausgerechnet über Paris nach Deutschland – ist unklar. Einige im BND vermuteten, es könnte sich um eine Inszenierung handeln. Jedenfalls weigerten sich die deutschen Behörden, Christmanns Forderung nach einer Entschädigung nachzukommen.

Terrorismusexperte? Der Staudamm von Fréjus

Einige Jahre später, im Jahr 1977, bot er sich schließlich den deutschen Behörden als Experte für arabischen Terrorismus an. Am 3. November 1977 erreichte den BND ein Fernschreiben des Bundeskriminalamts in Wiesbaden:

> betr.: hinweis auf terr gewalttaeter
> hinweisgeber: christmann, richard, 12.11.1905 metz, wh. frankfurt/m, roedelsheim, zentmarkweg 44, tel 0611/783531

> hier ging folgender anruf ein:
> herr christmann, der angebl. mitarbeiter des bnd war, habe kenntnis ueber planungen von terroristen aus den jahren 1961–1965, die jetzt akut wuerden. er wisse auch, dass algerische polizeibeamte, die im bka ausgebildet wurden, von algerien aus mit terroristen zusammenarbeiten wuerden. seine umfangreichen kenntnisse ueber die terroristenszene koenne er am telefon nicht mitteilen. er bitte deshalb, einen beamten zu ihm zu schicken […]

Darauf antwortet der BND, es habe mit Christmann von 1956 bis 1961 Kontakte gegeben. Danach sei dieser bis 1965 Berater der algerischen Regierung gewesen und habe dann versucht, eine Altersversorgung zu erstreiten. Mehr wisse man nicht.

Aus einem internen Vermerk des BND geht hervor, dass ein Beamter der Kripo Frankfurt am Main Christmann in seiner Wohnung aufsuchte und von ihm Unterlagen entgegennahm, darunter den Vermerk zu den Sabotageaktionen der algerischen FLN, der in der eingangs genannten ARTE-Sendung fälschlicherweise als Beleg für die Staudammkatastrophe von Fréjus von 1959 interpretiert wurde.

Aus der hier geschilderten Entstehungsgeschichte des Textes ist zweifelsfrei klar, dass er aus dem Herbst 1977 stammt und dass sich Christmann damit beim BKA als Terrorismusexperte andienen wollte – zu einem Zeitpunkt, als in der Bundesrepublik Panikstimmung wegen der Terroranschläge der Roten Armee Fraktion (RAF) herrschte („Deutscher Herbst“). Bei einer genauen Lektüre stellt man fest, dass Christmann nur behauptete, der BND sei über die „Zerstörung von Treibstofflagern und Raffinerien“ vorab unterrichtet worden. Eine derartige Behauptung stellte er jedoch nicht für die Talsperre bei Fréjus auf. Vielmehr traf er eine klare Unterscheidung zwischen den einzelnen Kategorien von Anschlägen. Eine direkte Zuordnung der Staudammkatastrophe zur Berichterstattung Christmanns aus Nordafrika gibt es also nicht. Interessanterweise unternahm Faligot, auf dessen Christmann-Dokumente sich die deutsche Christmann-Biographie stützt, gar nicht erst den Versuch einer solchen Interpretation, obgleich sie zweifellos die Publikumsträchtigkeit seines Buches gesteigert hätte. Offensichtlich hatte auch Christmann selbst gegenüber Faligot eine derartige Behauptung nicht aufgestellt, denn sonst hätte sich der Autor diese Delikatesse bestimmt nicht entgehen lassen.

Auch in den Akten des BND finden sich keinerlei Hinweise auf eine Vorabmeldung der Fréjus-Katastrophe. Hinzu kommt, wie erwähnt, dass die französischen Behörden keinerlei Anhalt für ein Attentat fanden und dass die algeri-

schen Kämpfer selbst diesen Anspruch nie erhoben. Bei näherer Betrachtung löst sich also der gesamte Vorwurf eines vorab gemeldeten Anschlages, den der BND angeblich den französischen Behörden verschwieg, in Nichts auf.

Es bleiben jedoch allgemeinere Fragen zurück, die mit den Beziehungen Christmanns zum BND zu tun haben. Insbesondere ist rätselhaft, warum sich der BND so wenig um eine Aufklärung der frühen Biographie und der eventuellen parallelen Agententätigkeit für Frankreich, Tunesien und Algerien kümmerte. Dabei müsste es doch von Interesse gewesen sein, ob Christmanns Berichte aus Nordafrika eventuell durch französische Interessen gesteuert und damit gegenüber dem BND als Instrumente der Beeinflussung gedacht waren.

Die BND-Akten lassen vermuten, dass Christmann hauptsächlich ein Türöffner zu bestimmten Personen in Tunesien und Algerien war, jedoch eine zweitrangige Rolle spielte. Zugleich drängt sich der Eindruck einer wenig systematischen ND-Tätigkeit in dieser Region auf. Man knüpfte an alte Abwehr- und SD-Kontakte an, nutzte gelegentlich die Dienste von Altnazis „im Exil“, agierte als Trittbrettfahrer der deutschen Industrievertreter vor Ort. Mehr dürfte es, nach bisherigem Kenntnisstand, nicht gewesen sein.

Andreas Hilger und Armin Müller

Der BND und der „Prager Frühling“

Vor gut 45 Jahren, in der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968, rückten aus Ungarn, Polen, der DDR und der UdSSR Truppen des Warschauer Pakts – insgesamt bis zu einer halben Million Soldaten – in die Tschechoslowakei ein. Die tschechoslowakische Volksarmee leistete keinen Widerstand. Gut fünf Stunden nach Beginn der Invasion erreichten die ersten sowjetischen Truppen Prag. Der „Prager Frühling“, der Versuch, einen, wie man es im Westen taufte, „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu schaffen, war zu Ende.

In Pullach wurde BND-Präsident Gerhard Wessel am 21. August gegen 2.00 Uhr in der Früh, rund vier Stunden nach Beginn der Invasion, von Mitarbeitern mit einer dpa-Meldung über den erfolgten Einmarsch aus dem Schlaf gerissen. Als Wessel wiederum knapp vier Stunden später nach Bonn eilen wollte, teilte ihm die Flugbereitschaft mit, dass sich sein Flugzeug zur Reparatur in Nürnberg befand. In einer internen Lagebesprechung um 7.00 Uhr ergab sich, dass eine brisante Meldung der Funkaufklärung vom Vortag, die auf die bevorstehende Interven-

tion hindeutete, ohne Kenntnis der Chefetage auf dem Routinedienstweg an das Verteidigungsministerium geschickt worden und quasi versandet war. Der für das aktuelle Lagebild zuständige Leiter der militärischen Auswertung des BND weilte zu dieser Zeit in Urlaub. Gegen 7.50 Uhr rief Wessel im Bundeskanzleramt an und entschuldigte sein Fernbleiben. Einzelheiten zur aktuellen Situation – „Motive, Stärke der Truppen usw." – hatte der BND-Präsident zu dieser Zeit ohnehin nicht zu berichten.

Diese von Wessel selbst aufgezeichneten ersten Reaktionen der BND-Spitze auf die Invasion belegen, dass der bundesdeutsche Auslandsnachrichtendienst zumindest vom Zeitpunkt des Einmarsches überrascht worden war. Daher war es nur natürlich, dass beispielsweise der SPD-Fraktionsvorsitzende und Verteidigungsexperte Helmut Schmidt Nerven zeigte: „Wieder einmal", wetterte Schmidt am 23. August in der Koalitionsrunde, habe „niemand die sowjetischen Schritte als unmittelbar bevorstehend vorhergesagt". Willy Brandts Außenministerium schloss sich dieser Kritik wenige Tage später im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestags dezidiert an. Auch bundesdeutsche Militärs verwiesen darauf, dass dem Warschauer Pakt eine „taktische Überraschung" gelungen war. Rechnete man die glimpflich überstandene Überraschung hoch, musste man davon ausgehen, so die Bundeswehrführung, dass „im Falle einer direkten Bedrohung das Feindbild […] viel schwieriger zu gewinnen sein wird, vor allem, wenn ein Aufmarsch durch Täuschung verschleiert wird".

Trotzdem gaben sich CDU-Mitglieder der Großen Koalition in der Beurteilung der Nachrichtenlage milder als ihre SPD-Kollegen: Man habe, hielt Verteidigungsminister Schröder im Auswärtigen Ausschuss dem BND zugute, „von Tag zu Tag ein Bild gehabt […], das genau dem entsprochen habe, was sich nachher entwickelt habe. Niemand", wendete Schröder die Diskussion ins Grundsätzliche „werde schnell und prompt die Stelle angeben können, an der ein Umkippen von der Möglichkeit zur Wirklichkeit erfolge." BND-Präsident Wessel nahm schließlich für seinen Dienst in Anspruch, dass er „die Tschechen-Krise meldungsmäßig [so] gewertet und beurteilt [habe], dass Besseres kaum zu erwarten" gewesen sei. Knapp zwanzig Jahre nach den Ereignissen sprach die hausinterne BND-Geschichtsschreibung dann gar von einem „Markstein in der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes".

Wer hatte recht? Es ist noch zu früh, sich an einem Gesamturteil über die Leistungsfähigkeit des BND 1968 zu versuchen. Am Beispiel der nachrichtendienstlichen Ausleuchtung des „Prager Frühlings" lassen sich jedoch einige wesent-

liche Faktoren herausstellen, die für eine solche Einschätzung wesentlich sind. Präsident Wessel und sein Vorgänger Gehlen, aber auch Kontrolleure im Bundeskanzleramt wollten in diesem Zusammenhang sowohl „Möglichkeiten“ als auch technisch, finanziell, organisatorisch oder politisch definierte „Grenzen“ des BND diskutiert wissen. Beides, Möglichkeiten wie Grenzen, sind darüber hinaus in den Rahmen der bundesdeutschen Behörden- und Politiklandschaft einzuordnen, um zu einem differenzierten Urteil zu kommen.

Zudem liegt es auf der Hand, dass sich die Qualität des Nachrichtendienstes kaum anhand seiner Aktionen an einem einzelnen, isolierten Stichtag messen lässt. Die Entwicklungen in der ČSSR 1968 erlauben es allerdings, das Kerngeschäft des BND über den notwendigen längeren Zeitraum hinweg in den Blick zu nehmen. Darüber hinaus gehörte das Land von Anfang an, das heißt seit 1946, zu den wichtigsten Beobachtungsobjekten des Dienstes, so dass er in der Krise auf langjährigen Erfahrungen aufbauen konnte.

Der Verlauf des „Prager Frühlings“ muss hier nicht skizziert werden. Es reicht festzuhalten, dass der Druck, den das sozialistische Lager auf Prag ausübte, bereits seit März 1968 sukzessive zunahm. Ab Ende April bzw. Anfang Mai erweiterte der Kreml sein Repertoire um militärische Machtdemonstrationen. Für den bundesdeutschen Nachbarn der ČSSR ergab sich aus dem Aufmarsch des Warschauer Pakts das Problem, ob sich hier nicht doch unmittelbare Gefahren für die Bundesrepublik, für West-Berlin oder für die gesamte NATO zusammenbrauten.

Nach dem Einmarsch waren die politisch und militärisch Verantwortlichen in Bonn gefordert, aus der neuen Aufstellung des Gegners – erstmals mit starker sowjetischer Präsenz in der Tschechoslowakei – die richtigen Schlüsse zu ziehen und adäquate außen- und sicherheitspolitische Antworten zu finden. Mit dem eben genannten Kerngeschäft des BND sind Informationsbeschaffung und -analyse mitsamt der entsprechenden sogenannten „Ausgangsberichterstattung“ gemeint. Der Beschaffungsapparat hatte die Aufgabe, mit Hilfe menschlicher Quellen, elektronischer und Fernmeldeaufklärung sowie der Nutzung nicht geheimer, vornehmlich publizistischer Erzeugnisse politisch und militärisch relevante (oder auch nur möglicherweise relevante) Informationen zeitnah zu eruieren. Auf der nächsten Stufe hatte die Auswertung die eingegangenen Meldungen in ihrer Bedeutung für die Bonner Politik, im militärischen Bereich ganz konkret hinsichtlich des taktischen und strategischen Gefährdungspotentials für die Bundesrepublik und für das westliche Bündnis zu bewerten.

Der tatsächliche Einfluss der Pullacher Erkenntnisse auf außen- und militärpolitische Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse war hingegen letztlich in das Ermessen der Ministerien am Rhein gestellt. Das Verhältnis von Politik und Nachrichtendienst kann in diesem Beitrag nur angerissen werden. Es war, soviel sei vorweggenommen, im Wesentlichen eine, wie es der Rechtsexperte der SPD-Bundestagsfraktion, Martin Hirsch, ausdrückte, „Sache des Vertrauens", inwieweit die Politik sich der Zuarbeit des BND bedienen wollte. Dabei hegten zumindest Teile der Bonner Kundschaft bezüglich der behaupteten oder notwendigen Kernkompetenzen des BND ihre Zweifel. Im Auswärtigen Amt zum Beispiel oder im Verteidigungsministerium war man sich keineswegs sicher, ob der BND überhaupt über einen exquisiten oder auch nur exklusiven Quellen- und Informationsbestand verfügte. Dazu kam, dass die Bonner Behörden die Schlussfolgerungen, welche die Auswerter des BND aus dem herbeigeschafften Rohmaterial zogen, nicht immer überzeugend fanden.

Ein Weg, um den Wert, den die Pullacher Nachrichtenbeschaffung und -auswertung 1968 für die Bonner Politik darstellte, zu überprüfen, ist, die entsprechenden Resultate des BND mit zeitgenössischen Informations- und Interpretationsangeboten anderer relevanter bundesdeutscher Institutionen – hier wiederum des Auswärtigen Amts und des Verteidigungsministeriums – abzugleichen. Dieses Verfahren soll an drei Beispielen demonstriert werden: Erstens anhand einer Gegenüberstellung der Informationsquellen, die dem BND auf der einen und den Bonner Ministerialen auf der anderen Seite zur Verfügung standen. Auf dieser Basis lässt sich die Analysefähigkeit des Dienstes und anderer Behörden vergleichen, die aus konkurrierenden und widersprüchlichen Meldungen ihre Lagebeschreibungen und -einschätzungen erstellten. Dies galt zweitens kurzfristig beispielsweise für die Rolle der Nationalen Volksarmee (NVA) während der Intervention. In eine mittel- und längerfristige Perspektive gestellt, betraf es drittens Bonner und Pullacher Prognosen über letzte sowjetische Absichten im Spätsommer 1968.

Informationsbeschaffung

Wie andere westliche Dienste auch, tat sich der BND mit der Gewinnung gut positionierter oder funktionell wichtiger menschlicher Quellen im Ostblock generell schwer. Für den hier interessierenden Zeitraum lassen sich bislang derartige Quellen weder in Prag, noch in Moskau oder in den Zentren der übrigen rele-

vanten Ostblockstaaten nachweisen. Der BND blieb daher zum einen auf sogenannte „Überwachungsquellen“ angewiesen: Diese beobachteten regelmäßig militärische Objekte und Transportwege, um auf diesem Weg Auffälligkeiten festzustellen. Dazu kamen „Reisequellen“, die sich kurzfristig im Zielland umschauen konnten, sowie, wiederum ein *terminus technicus*, „Gesprächserkundungen“ vor Ort oder Befragungen von Flüchtlingen, Zugreisenden usw. Den Wert all dieser Quellengruppen sah man im BND selbst kritisch, da sie nur Bruchstücke, Ausschnitte oder nachträgliche Feststellungen liefern konnten und keineswegs krisensicher waren.[16] Vor allem für den militärischen Bereich bot die Fernmeldeaufklärung einige Abhilfe, ohne indes alle relevanten Regionen abzudecken. Wie bereits erwähnt, kam auch der Hinweis vom 20. August 1968 auf die kurz bevorstehende Intervention aus diesem Aufklärungszweig: „Bewegung in die CSR wahrscheinlich“, hieß es in dem aufgefangenen Gespräch. „Das ist kein Gerücht, sondern echt. […].“ Und dieselbe Quelle nochmals zur Bestätigung: „Wir bauen nicht ab, um zurückzugehen, sondern alle Kraft voraus.“

Für die politische Aufklärung hingegen ergänzte der BND seinen Quellenfundus gerne mit Auslandskorrespondenten und -redaktionen. Diese verfügten nach Ansicht der BND-Operativen gerade im Ostblock über nahezu unvergleichliche Einblicke. Daher aktivierte Pullach spätestens Mitte Juli 1968 „geeignete Presse-Sonderverbindungen, die zu dieser Stunde an den Schaltstellen der laufenden Nachrichteneingänge ihrer Redaktionen vermutet werden“, um an „aktuellste Informationen“ zu gelangen. Damit war allerdings die Grenze zur diensteigenen – wie allgemeinen – Nutzung der allen Ämtern zugänglichen offenen Presse verwischt. Nach eigenen Schätzungen des BND lag Ende der 1960er-Jahre der Anteil von offenen Materialien am Meldeaufkommen bei siebzig bis achtzig Prozent. In der Verarbeitung war es dabei selbst für die Experten der BND-Auswertung „nur teilweise ersichtlich, inwieweit die von den beschaffenden Teilen übermittelten Meldungen mit offenem Material vermischt sind, oder hauptsächlich auf solchem offenen Material unter Einmischung geheimdienstlicher Informationselemente beruhen“.

Ungeachtet dieser grundsätzlichen Problematik eines geheimen Nachrichtendienstes: Die journalistischen Beobachter konnten 1968 mit der Dynamik der

16 Siehe Ronny Heidenreich: Die Organisation Gehlen und der Volksaufstand am 17. Juni 1953, Marburg 2013 (UHK/BND, Studien Nr. 1); Andreas Hilger und Armin Müller: „Das ist kein Gerücht, sondern echt“. Der BND und der „Prager Frühling“ 1968, Marburg 2014 (UHK/BND, Studien Nr. 4), in Vorbereitung.

Entwicklung in Osteuropa ohnehin kaum Schritt halten. Unter den bewährten Pressequellen wagte etwa Anfang September 1968 niemand „eine Prognose über die weitere Entwicklung in der ČSSR“. Und, so die enttäuschte Führungsstelle im BND weiter, „die Moskauer Korrespondenten tappen ebenfalls im Dunkeln.“

Den Quellenpool des BND im „Prager Frühling“ rundeten V-Leute in Drittländern ab, in sozialistischen Ländern außerhalb der ČSSR/UdSSR und in neutralen oder NATO-Staaten. Hier gelang es dem Dienst in Einzelfällen durchaus, höherrangige Mitarbeiter aus Außenministerien oder gar Botschafter neutraler Staaten für die Mitarbeit zu gewinnen. Doch auch diese boten im Kern nur Außenansichten und Interpretationen, bei denen sie sich mitunter auf nicht mehr als auf die genaue Lektüre von Zeitungen stützten. Letztlich durchzog die Aufgabe, sich gegen alle Arten von Aufschneidern, Nachrichtenhändlern und Falschspielern zu schützen, den gesamten Bereich der Informationsbeschaffung mit menschlichen Quellen – und diese Herausforderung meisterte der BND nur in Teilen. So war man sich in der Zentrale 1968 keineswegs sicher, ob es sich bei Meldungen aus und über Osteuropa in diesem Jahr oftmals nicht einfach nur um, wie es hieß, „gewitzte Spekulationen“ handelte. Schlimmer noch: In der Nachbereitung der Prager Ereignisse kamen Sicherheitsexperten des BND zu dem Schluss, dass der ehemalige Leiter einer für die Ostaufklärung hoch relevanten Dienststelle als „BND-Agent erkannt und bespielt [d.h. mit gegnerischem „Spielmaterial“ versorgt] worden ist. Einige [V-Leute] waren wahrscheinlich Agenten östlicher Dienste, andere […] Nachrichtenschwindler, andere können [sic!] einen guten Zugang zu Informationen gehabt haben“. Mit ungewollter Ironie beanspruchte dieser Dienststellenleiter später sogar das „Urheberrecht“ an den von ihm und seinen Quellen zusammengetragenen Informationen.

Im Ganzen musste die Beschaffung nach dem „Prager Frühling“ zugeben, dass insbesondere das politische Meldungswesen viel zu wünschen übrig gelassen hatte. Der Informationsstand hinkte den politischen Entwicklungen hinterher. Zu Kernereignissen – von der Dresdner Konferenz im März 1968 über die sowjetisch-tschechoslowakischen Spitzengespräche im Mai oder die letzten Begegnungen Ende Juli und Anfang August 1968 – lagen zeitgerecht kaum oder gar keine relevanten geheimen politischen Meldungen vor, und auch am 21. August, dem Tag Eins der Intervention, blieb das Meldungsbild schwach ausgeprägt. Das Bundeskanzleramt war in diesen Tagen, so das Bonner Verbindungsbüro des BND, an „Einzelmeldungen“ interessiert, „die das Bild des BK bestätigen oder

ergänzen sollten. Da Einzelmeldungen nur zögernd, in der Masse erst nach 18.00 Uhr eingingen, konnten Erwartungen des BK nicht erfüllt werden."
Vor diesem Hintergrund sind parallele Aktivitäten des Auswärtigen Amts von besonderem Interesse, sowohl mit Blick auf die seinerzeitige Informationslage der Regierung als auch hinsichtlich der historischen Bewertung des bundesdeutschen Nachrichtendienstes. Vergleicht man die Informationsmöglichkeiten des Amts mit denen Pullachs, so drängt sich der Schluss auf, dass die Diplomatie über eine ähnliche Bandbreite von Quellen verfügte. Das Amt konnte immerhin auf ein weltweites dichtes diplomatisches Netzwerk, auf intensive Pressekontakte oder den steten Austausch mit Reisenden aller Art vor Ort zurückgreifen. Dazu erhielt es unter anderem Befragungsergebnisse der bayerischen Grenzpolizei oder Lageberichte der Hardthöhe. Außerdem konnte sich das Auswärtige Amt auf eine, wenn man so will, gut positionierte „Quelle im Land" stützen, nämlich auf die seit 1967 in Prag agierende Handelsvertretung. Die hatte bald „erfreulich dichte Kontakte mit Tschechoslowaken" hergestellt und blieb auch während der Krise aktiv. Angesichts einer nach Ansicht des Auswärtigen Amts hereinströmenden „Fülle von Informationen" aus und über Prag bestand die eigentliche Herausforderung 1968 darin, diese „auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen" – dieses Problem hatte das Amt mit dem BND gemeinsam.

Im militärischen Meldungsbereich konnte der BND den Wettbewerb mit dem Verteidigungsministerium um die bessere Nachrichtenlage im Grundsatz für sich entscheiden, ungeachtet der begrenzten Funkaufklärung der Bundeswehr und trotz des Attaché- und NATO-Berichtswesens. Doch hier wie im politischen Bereich ergab sich die Qualität der nachrichtendienstlichen Leistung des BND erst aus dem Zusammenwirken aller Bestandteile des Dienstes – und dieser Prozess führte mitunter zu überraschenden Ergebnissen. Das beweist der bundesdeutsche Wissensstand hinsichtlich der Rolle der NVA im August 1968.

Beteiligung der NVA

Im Rahmen des Aufmarschs des Warschauer Pakts hatte die NVA zwei Divisionen bereitgestellt, die 7. Panzerdivision aus Dresden sowie die 11. motorisierte Schützendivision aus Halle. Die Fernmeldeaufklärung hatte die Aufstellung zeitnah gemeldet. Sie beobachtete ebenfalls, dass beide ostdeutschen Divisionen ab Mitte August an einer groß angelegten Fernmelde- und Kommandostabsübung des Warschauer Pakts teilnahmen. Dieses Manöver umfasste alle späteren Inter-

ventionstruppen und sollte die Führung der Gesamtoperation durch den Stab des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrags sicherstellen. Die Pullacher Techniker erkannten auch, dass die NVA-Divisionen hierbei zwei sowjetischen Armeen unterstellt wurden, der 20. Gardearmee sowie der 1. Garde-Panzerarmee. Schließlich registrierte die Fernmeldeaufklärung des BND, dass unmittelbar vor dem 20. August der bis dahin rege Befehls- und Meldungsfunkverkehr der NVA-Einheiten eingestellt wurde – in der Ruhe vor dem Sturm sahen die westdeutschen Lauscher indes zunächst nur eine neue Übungsphase.

Unter den ersten Truppen des Warschauer Pakts, die wenig später die Grenze zur Tschechoslowakei überschritten, befanden sich auch die beiden erwähnten sowjetischen Armeen. Für die bundesdeutschen Aufklärer – und Politiker – war nun von Interesse, ob sich die diesen Armeen unterstellten Kampfverbände der NVA ebenfalls aktiv an der Invasion beteiligten. Mittlerweile ist bekannt, dass sie es nicht taten. Es war die sowjetische Führung, die auf den Einsatz ostdeutscher Truppen in der ČSSR verzichtete. Vor der Weltöffentlichkeit demonstrierten die Interventionsmächte jedoch Geschlossenheit. Die TASS-Erklärung vom 21. August nannte die DDR als gleichberechtigte Macht. Die SED, die unbedingt den Eindruck vermeiden wollte, ein Bündnispartner zweiter Klasse zu sein, hielt nach außen ebenfalls den Anschein aufrecht, dass sich ihre Truppen am Einmarsch beteiligt hätten.

Die Fernmeldeaufklärung des BND meldete bis zum 21. August, 9.00 Uhr morgens, jedoch allenfalls „[s]chwache Hinweise auf eine Beteiligung der NVA“, Hinweise, die ihr noch „nicht abschließend bewertbar“ erschienen. Bis zum Nachmittag verdichtete sich das allgemeine Meldungsbild. Die Abhörspezialisten konnten auch jetzt noch eine Beteiligung der NVA schlicht und einfach – und vor allem zutreffend – nicht erkennen. Nachdem die elektronischen Aufklärungsergebnisse bis zum Morgen des 22. August weiter präzisiert worden waren, war sich die Fernmeldeaufklärung noch sicher, dass die NVA „wahrscheinlich nur mit kleinen Kontingenten (unter Divisionsebene)“ an der Invasion beteiligt war.

Die Meldungen der Fernmeldeaufklärung des BND liefen unter anderem im Bonner Verteidigungsministerium ein. Auf der Hardthöhe nutzte man, um zu einem eigenen Lagebild zu kommen, noch weitere Informationskanäle, darunter Einzelmeldungen des NATO-Hauptquartiers. Von dort erfuhren in dieser Phase alle NATO-Partner, dass die NVA in die ČSSR einmarschiert sei. Der Führungsstab des Verteidigungsministeriums schenkte den NATO-Berichten offenkundig mehr Glauben als den Fernmeldern des BND. Am 22. August verzeichnete das Lagebild der Bundeswehr die beiden NVA-Divisionen im Wirkungsbereich der

übergeordneten sowjetischen Armeen, nämlich – nach westdeutschem Sprachgebrauch – in Karlsbad und in Prag. In den folgenden Tagen verstand es der Führungsstab sogar, die NVA-Truppen in der ČSSR rotieren zu lassen, von Karlsbad und Prag nach Westböhmen und wieder zurück – und dies ohne Rücksicht darauf, dass die NATO selbst ihre ursprüngliche Fehlinformation bereits am 23. August korrigiert hatte.

In dieser diffusen Situation war im Grunde die Pullacher militärische Auswertung gefordert, die Meldungen nicht nur der elektronischen Aufklärung, sondern auch menschlicher und publizistischer Quellen zusammenführte. Während die Fernmeldeaufklärung des BND von Anfang an richtig lag, die NATO binnen weniger Tage ihre Angaben korrigierte und die Bundeswehr sich auf ihre Scheinerkenntnisse versteifte, verhielt sich die militärische Auswertung des BND merkwürdig unentschieden. Ihre entsprechenden Aussagen blieben erstaunlich vage. Möglicherweise – hierüber lässt sich einstweilen nur spekulieren – ließen sowohl offizielle Verlautbarungen des Ostblocks als auch aktuelle Meldungen menschlicher Quellen Zweifel an der diensteigenen Fernmeldeaufklärung aufkommen. Einige Agenten meldeten nach dem 21. August nicht nur ostdeutsche Operationsplanungen, sondern auch NVA-Einheiten in verschiedenen Regionen der ČSSR bis hin zur österreichischen Grenze.

Letztlich ging die gesamte nicht-elektronische militärische Beschaffung des Dienstes, die den Stand aus der Fernmeldeaufklärung entweder nicht kannte oder ignorierte, durchweg von zwei auf dem Gebiet der ČSSR operierenden NVA-Divisionen aus. An der Spitze des Dienstes fällte Präsident Wessel dann ein salomonisches Urteil über das widersprüchliche Meldungsbild: Er ließ am 3. September die Staatssekretäre von Kanzleramt, Auswärtigem Amt und Gesamtdeutschem Ministerium wissen, dass sich die „Divisions-Stäbe der am Überfall auf die ČSSR beteiligten zwei NVA-Divisionen auf dem Boden der“ – so der damalige Duktus – „SBZ dicht an der Nähe zur Grenze“ befänden, die „Masse der Verbände dieser Divisionen“ jedoch in der ČSSR „anzunehmen“ sei.

Diese Interpretation kam der westdeutschen Politik sicherlich entgegen, erhielt Bonn auf diese Weise doch neue Belege für die angeblich geradezu bösartige Natur des Ostberliner Regimes, die die Legitimität des ungeliebten Staats zusätzlich in Frage stellten. Ob sich der Dienst im Bewusstsein dieser agitatorischen Dimension in einem nachrichtendienstlichen Zweifelsfall bewusst gegen eine zurückhaltende, abwartende Berichterstattung und für eine schnelle propagandistische Chance entschieden hatte, muss jedoch dahingestellt bleiben.

Eine förmliche Korrektur der klaren Fehlinformationen hat es im Übrigen nie gegeben. Die Nachrichtenabteilung im Führungsstab der Bundeswehr machte es sich einfach: Sie löste den Widerspruch Ende August mit einer neuen Falschmeldung auf, wonach die „Masse der NVA-Verbände […] in die SBZ zurückverlegt“ worden sei. Der BND folgte diesem Beispiel. Am 17. September 1968 meldete sein militärischer Lagebericht, dass nach „zuverlässigen Berichten“ eine Woche zuvor „wesentliche Teile der NVA aus der [Č]SSR abgezogen worden“ seien.

Insgesamt hatte der BND eingegangene Informationen über eine Beteiligung der NVA falsch gewichtet und bewertet, damit aber den Nerv der Bonner Politik getroffen. Anders stellte sich die Situation in allgemeineren, mittel- und längerfristigen politischen Einschätzungen dar.

Bewertungen und Prognosen

Das Auswärtige Amt ging bis zum 20. August 1968 davon aus, dass sich die UdSSR aus politischen Gründen nicht zu einer Intervention entschließen werde. Die politischen Analysten des BND konnten sich zwar in ihren Berichten nach Bonn nie zu einer eindeutigen Aussage durchringen. Sie ließen aber klar erkennen, dass sie eine sowjetische Intervention in der ČSSR für weitaus wahrscheinlicher hielten als die Bonner Außenpolitiker.

Nach dem Einmarsch zeichnete man im BND ein recht düsteres Bild der politischen Zukunft. Der Dienst betrachtete die Invasion als neuen Beweis dafür, dass mit der kommunistischen Sowjetunion keine Entspannungspolitik möglich sei. Vielmehr, so notierte Präsident Wessel noch am 21. August, müsse die Situation „mit allen Mitteln ausgenutzt werden, um die Bündnisse der Freien Welt, vor allem die NATO, militärisch zu stärken – nur so kann eine Gewähr gegeben werden, dass nicht eines Tages ein gleicher Einmarsch in die BRD erfolgt.“ Nach eigener Einschätzung verfügte Pullach bereits Ende August über erste konkrete Hinweise darauf, dass „über die pakt-interne Bereinigung hinaus von den Sowjets auch ein massiver politisch-militärischer Druck auf die Bundesrepublik beabsichtigt sei“. Der bundesdeutschen Presse soufflierte der BND im Oktober ebenfalls, dass die Invasion nicht ausschließlich als blockinterne Angelegenheit zu betrachten war, sondern dass das Vorgehen auch darauf abzielte, die sowjetische militärische Position gegenüber dem Westen entscheidend zu verbessern.

Derlei Vorstellungen wollten Außenminister Brandt und erst recht sein Planungschef Egon Bahr jedoch nicht teilen. In Diskussionen mit der BND-Auswertung

machte Bahr unmissverständlich klar, dass sich in seinen Augen die politische Bedrohung durch die Intervention in keiner Weise geändert hatte. Ganz im Gegenteil, die Krise habe bewiesen, so Bahr, dass Ost und West die jeweiligen Interessensphären zum Wohl des Friedens und zukünftiger Entspannung respektierten.

Wohlgemerkt: Die divergierenden Einschätzungen entsprangen in beiden Häusern einer ähnlichen – lückenhaften – Informationsbasis und gingen somit offenkundig eher auf unterschiedliche Denkschulen zurück. Die Spitzen des BND und ihre Auswerter ließen sich im Gegensatz zu den neuen Ostpolitikern um Brandt und Bahr von der Überzeugung leiten, dass der ideologische Gegner im Osten im innersten Wesen unabänderlich zur großen Aggression bereit war. Im August 1968 lagen sie mit einer solchen Annahme noch einmal etwas näher an der Wahrheit – ausgerüstet mit starken Überzeugungen, konnten diese BND-Vertreter gegnerische Aktionen, die ihrerseits in statischen Welt- und Feindbildern verwurzelt blieben und somit entsprechende Grundannahmen im BND bedienten, zutreffender prognostizieren als eine Politik, die sich einem flexibleren Denken mit mehreren Optionen verschrieben hatte. In den Debatten um Folgen und Auswirkungen der Intervention schien sich der BND allerdings immer weiter von der Generallinie der bundesdeutschen Ostpolitik zu entfernen. Es würde sich insbesondere in den Jahren der Regierung Brandt zeigen müssen, ob die BND-Experten genügend Material, Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft aufbrächten, um dem politischen Bonn die Pullacher Sicht auf die Welt näher bringen zu können.

Wenn andererseits die Politik ihr Verhältnis zum BND anhand der Erfahrungen mit der nachrichtendienstlichen Begleitung des „Prager Frühlings“ justieren wollte, war die Ausgangslage ambivalent. Die Quellenlage des BND hatte sich insgesamt als lückenhaft, in einzelnen Bereichen als äußerst unbefriedigend erwiesen. In der Analyse gab es im militärischen Sektor klare Fehlleistungen – wie im Fall der NVA. Insgesamt jedoch waren grundsätzliche Fähigkeiten des Warschauer Pakts vor, während und nach der Intervention im Ganzen korrekt erfasst worden. Die Bewertungen im politischen Feld, die Antworten auf die Frage nach den letzten Absichten Moskaus also, schienen sich dagegen in größerem Ausmaß an politischen Einstellungen der Pullacher Interpreten zu orientieren. Ob die Politik nach 1968 – um zum Diktum von Martin Hirsch zurückzukommen – genügend Vertrauen in Urteilsbasis und -vermögen des Dienstes haben würde, um dessen Schlussfolgerungen Einfluss auf die eigene Meinungsbildung und Entscheidungsfindung einzuräumen, dies war durch die Aktivitäten und Leistungen des Dienstes während des „Prager Frühlings“ keineswegs endgültig entschieden.

Erwin A. Schmidl

Kommentar

Versucht man, aus den beiden Detailforschungen, die in dieser Sektion vorgestellt wurden, eine gemeinsame Linie abzuleiten, so ist es wohl zum einen die neuerliche Bestätigung des alten Grundsatzes „What you believe is what you see“ – „Man sieht immer das, was man sehen möchte,“ bzw. man interpretiert das, was man sehen will, in die vorhandenen Fakten oder Quellen hinein.[17] Dies ist ein Problem, vor dem Historiker und Journalisten bekanntlich ebenso stehen wie die militärische Aufklärung und militärische und zivile Nachrichtendienste. Es gibt Informanten, es gibt Quellen, die werden bewertet – im historischen Bereich ist es die Quellenkritik –, und dann werden daraus Schlüsse gezogen, die manchmal richtig und manchmal falsch sein können, manchmal mit oder ohne Hintergedanken. Gerade diese beiden Vorträge haben anhand von Fallbeispielen sehr eindrucksvoll gezeigt, wie schwierig die historische Arbeit im nachrichtendienstlichen Bereich ist. Die Bewertung und kritische Analyse der Quellen bleibt eine gemeinsame Herausforderung. Darüber hinaus zeigen beide Beiträge, wie notwendig derartige detaillierte Untersuchungen sind, um letztlich ein größeres Bild zu erhalten, zugleich aber möglichen Mythen- und Legendenbildungen vorzubeugen. Und damit stellt sich natürlich auch die Frage nach den möglichen generellen Aussagen solcher biographischer Fallstudien.

Im Fall Richard Christmanns etwa, der im Beitrag von Wolfgang Krieger so genau analysiert wird, entsteht der Eindruck, dass manche Kontakte nicht allzu professionell gehandhabt wurden, was freilich auch an der nachrangigen Bedeutung dieser Region liegen mag. So ergibt sich, wie Krieger abschließend feststellt, „der Eindruck einer wenig systematischen ND-Tätigkeit in dieser Region“, wo man eben gelegentlich „Alt-Nazis im Exil“ als „Trittbrettfahrer“ nützte, ohne ihnen offenbar genügend Bedeutung zuzumessen, sich allzu genau mit ihrer Vergangenheit zu befassen.

Mehrere Fragen stellen sich angesichts von Christmanns Lebenslauf, die hier offen bleiben, vielleicht auch anhand fehlender Quellen offen bleiben müssen,

17 Ein bemerkenswertes Beispiel dafür gab jüngst der Vortrag von Dr. Fred Borch über die Hintergründe der Bombardierung von Monte Cassino durch alliierte Bomber 1944, auf dem 39. Internationalen Kongress für Militärgeschichte in Turin im September 2013. Der Tagungsband wird 2014 als Band 39 in der Acta-Reihe der Internationalen Kommission für Militärgeschichte erscheinen, herausgegeben vom Ufficio Storico des Italienischen Generalstabes.

und die teilweise wohl auch über das eigentliche Thema der Geschichte des BND hinausgehen. Warum etwa wurde Christmann – obwohl als ehemaliger Fremdenlegionär dazu geradezu prädestiniert – während des Zweiten Weltkrieges anscheinend nicht in Nordafrika eingesetzt? Immerhin wurden ehemalige Legionäre sowohl seitens der Wehrmacht – etwa in der „Kompanie Homeyer" (580. Aufklärungs-Kompanie) oder anderen Truppenkörpern der 90. Afrika-Division oder auch bei den „Brandenburgern" – wie vom Sicherheitsdienst für Unternehmungen in Nordafrika eingesetzt.[18] Kannte ihn der erwähnte tunesische Funktionär, der ihn ja offenbar recht gut gekannt und sehr positiv eingeschätzt hat, nur aus Frankreich? Oder, auf Christmanns Nachkriegslaufbahn bezogen: Warum wurde er 1961 „abgeschaltet"? Die Frage seiner Tätigkeit in Algerien und seine Versuche, wieder in deutsche Dienste zu treten, tauchen ja erst nachher auf.

Das Umfeld, in dem Christmann agierte, ist jedenfalls bemerkenswert und war wohl so etwas wie ein reales „Casablanca". Die Kontinuität von den Aktivitäten der Kriegszeit zu den späteren Aktionen der arabischen Unabhängigkeitsbewegungen lässt sich anhand von einzelnen Beispielen recht gut darstellen.[19] Auch der Hinweis auf die Bedeutung von Rom als Zentrum und Drehscheibe für die Mittelmeerregion stellt eine gewisse Kontinuität zu den früheren Verhältnissen dar. Gleichzeitig zeigt Kriegers Beitrag sehr gut, wie vorsichtig man bei der Interpretation von Memoiren oder auch journalistischen Darstellungen sein muss bzw. wie leicht es ist, hier Fehlinformationen heraus- bzw. hineinzulesen. Gerade im nachrichtendienstlichen Milieu scheinen die guten alten Grundsätze der Quellenkritik weiterhin besonders gefragt zu sein!

Wie sehr die Quellenkritik auch in der nachrichtendienstlichen Arbeit angebracht ist, zeigt anschaulich der zweite hier zu behandelnde Beitrag von Andreas Hilger und Armin Müller. Wenn die Erwartung da ist, im Zuge der Intervention des Warschauer Paktes 1968 NVA-Truppen in der Tschechoslowakei zu finden, dann

18 Vgl. dazu auch die Erinnerungen von Franz Wimmer-Lamquet, der für seine verschiedenen Sonderkommandos in Nordafrika immer wieder auf frühere Fremdenlegionäre zurückgriff. Dazu detailliert Erwin A. Schmidl: Von Wien über Potsdam und Tanganyika nach Vorkuta: Zum abenteuerlichen Leben Franz X. Wimmer-Lamquets (1919-2010), in: Gerald Schöpfer und Barbara Stelzl-Marx (Hg.): Wirtschaft, Macht, Geschichte. Brüche und Kontinuitäten im 20. Jahrhundert, Festschrift Stefan Karner, Graz 2012, S. 401-417.

19 So erwähnte etwa Wimmer-Lamquet (siehe vorige Anm.) einen seiner Agenten, Mohammedi Said (Saïd Mohammedi, 1912-94), der später zum Obersten der algerischen ANL/FNL und nach der Unabhängigkeit Algeriens Minister wurde; Franz Wimmer-Lamquet: Balkenkreuz und Halbmond. Als Abwehroffizier in Afrika und im Vorderen Orient, Graz 2005, S. 167-168.

werden diese eben auch gefunden – selbst wenn sie gar nicht da waren! Diese Vignette ist vielleicht das wichtigste Detail dieses Beitrages.

Wobei man das Versagen der Dienste zum wenigsten in der mangelnden Vorankündigung der Warschauer-Pakt-Operation sehen sollte: Da der Beschluss, diese – wohl lange geplante und in den Vorbereitungen ja von den Diensten aller Staaten bestens erkannte – Operation im August 1968 tatsächlich durchzuführen, bekanntlich sehr kurzfristig erfolgte, war eine längere Vorwarnung über das, wie es so schön im Zitat hieß, „Umkippen von der Möglichkeit zur Wirklichkeit" faktisch nicht möglich. Nicht zufällig war man in allen Nachbarstaaten überrascht – auch in Österreich waren beispielsweise Bundeskanzler und Verteidigungsminister auf Urlaub, und das, wie damals üblich, natürlich ohne Telefonanschluss.

Über die Ereignisse des Jahres 1968 in der ČSSR sind wir inzwischen sehr gut informiert.[20] Im Laufe des Frühjahrs 1968 intensivierte die Führung der KPČ ihr Reformprogramm, trotz eindringlicher Warnungen aus den anderen Ländern des Ostblocks, sie solle die Reformbewegung stoppen. Der Erste Sekretär Alexander Dubček wurde zwischen den Bewegungen zerrieben: auf der einen Seite waren die Reformer innerhalb der KPČ, deren Aktionen von weiten Teilen der Bevölkerung dankbar angenommen wurden, auf der anderen Seite aber die konservativen Gruppen innerhalb der KPČ und die sowjetische Führung in Moskau, die ihrerseits von den Regierungen in Ost-Berlin und Warschau, aber auch den Sowjetrepubliken, etwa in Kiew, unter Druck gesetzt wurde, die Entwicklungen in Prag zu stoppen. So berichtete der österreichische Botschafter Walter Wodak schon im Mai aus Moskau, Staatschef Nikolaj Viktorovič Podgornyj habe betont, dass „die sozialistischen Eigenschaften unserer Völker" durch die im Warschauer Pakt vereinigte „Macht unserer Staaten […] zuverlässig vor einem Eingriff des Imperialismus gesichert" wären – nach Wodak „ein Satz, der eine ominöse Auslegung nicht ausschließen lässt", womit er schließlich Recht behalten sollte.[21] Und

20 Das Standardwerk zur ČSSR-Krise insgesamt ist weiterhin Jan Pauer: Prag 1968 – Der Einmarsch des Warschauer Paktes. Hintergründe, Planung, Durchführung, Bremen 1995. Als Sammlung von Dokumenten siehe das von der Prague Spring Foundation edierte Werk von Jaromír Navrátil u.a. (Hg.): The Prague Spring 1968. A National Security Archive Documents Reader, Budapest 1998. 2008 erschien das ausführliche Sammelwerk von Stefan Karner u.a. (Hg.): Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968, Wien 2008. Einen guten und ausgewogenen Überblick über die Ereignisse in der ČSSR bietet der Beitrag von Dieter Segert: Prag 1968: in: Jens Kastner, David Mayer (Hg.), Weltwende 1968? Ein Jahr aus globalgeschichtlicher Perspektive, Wien 2008, S. 115-129.

21 Fernschreiben des Österreichischen Botschafters in Moskau, FS 25202, 10.5.1968, ÖstA, AdR, BMaA, S-II-pol 1968, Karton 1353, Mappe 3, Zl. 118.040 bei GZ 113.036-6 (Pol)/68.

Ende Juli berichtete der österreichische Gesandte Rudolf Kirchschläger sorgenvoll, das Beispiel der ČSSR wäre für die anderen Staaten „so mitreißend, dass die Regierungen in diesen Ländern um ihre Stellung fürchten."[22] An Vorwarnungen mangelte es also, wie diese Beispiele aus der österreichischen diplomatischen Korrespondenz zeigen, keineswegs. Und die Vorbereitungen für die großangelegten Manöver in der ČSSR, die ab 19. Juni unter dem Titel „Šumava" („Böhmerwald") anliefen, waren ebenfalls nicht zu übersehen.[23] Dennoch: all das schienen erst im Rückblich logische Vorstufen zur Intervention – für die Zeitgenossen waren die Signale durchaus widersprüchlich. Selbst am 3. August, anlässlich eines Treffens von Vertretern der Warschauer-Pakt-Staaten in Pressburg (Bratislava), meinte Alexander Dubček noch zuversichtlich: „Wir haben die erste und die zweite Halbzeit gewonnen!"[24] Die endgültige Entscheidung zum militärischen Eingreifen fiel erst um den 17. August; die „Operation Dunaj/Donau" lief in der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968 an.[25] Die Vorwarnzeit für etwaige nachrichtendienstliche Warnungen war somit sehr gering, die im Beitrag erwähnte Kritik des damaligen SPD-Fraktionsvorsitzenden Helmut Schmidt am vermeintlichen Versagen des BND ist daher nicht wirklich gerechtfertigt.[26]

Interessant wäre es zweifellos, die Arbeit des BND vor allem nach Anlaufen der Intervention zu untersuchen und mit den Erkenntnissen anderer Dienste zu vergleichen, gerade hinsichtlich einer möglichen folgenden Bedrohung der

22 Bericht des Österreichischen Gesandten in Prag, Zl. 28-Pol./68 vom 30.7.1968, ÖstA, AdR, BMaA, S-II-pol 1968 Karton 1350, Zl. 123.353 bei GZ 110.223-6 (Pol)/68.

23 Die ersten Vorbereitungen – wie die Einberufung sprachkundiger Spezialisten – dürften sogar in den Februar oder März 1968 zurückreichen; Valerij Vartanov: Die militärische Niederschlagung des „Prager Frühlings", in: Karner, Prager Frühling, Bd. 1, S. 661-671, hier S. 662. Auch in Österreich wurden erste Anzeichen bereits am 22. März registriert; Horst Pleiner und Hubert Speckner: Das österreichische Bundesheer und die ČSSR-Krise, in: Karner, Prager Frühling, Bd. 1, S. 1007-1023. Siehe auch die Darstellung von Daniel Povolný: Vojenské Řešení Pražského jara I.: Invaze Armád Varšavské Smlouvy, Praha 2008.

24 Bericht des Österreichischen Konsuls Ploil in Pressburg, FS 25007, Zl. 38-Res./68 vom 4.8.1968, ÖStA: AdR, BMaA, S-II-pol 1968 Karton 1350, Zl. 123.479 bei GZ 110.223-6(Pol)/68.

25 Siehe dazu vor allem Vartanov, Niederschlagung, S. 662-663, und Michail Prozumenščikov: Die Entscheidung im Politbüro der KPdSU, in: Karner, Prager Frühling, Bsd. 1, S. 206-241, hier S. 214-215.

26 Anlässlich der jüngsten Aufregungen über die amerikanischen Abhörmaßnahmen kritisierte Helmut Schmidt die Dienste und meinte, er habe sich „als Regierungschef niemals einen Bericht des BND vorlegen lassen"; „Überflüssige Dienste", in: Die Zeit 45/2013 vom 31.10.2013, S. 2. In der Diskussion anlässlich der Berliner Tagung am 2.12.2013 allerdings wurde bestätigt, dass die Akten des BND sehr wohl zeigen, dass Schmidt auch als Kanzler BND-Berichte zu lesen bekam…

Bundesrepublik Deutschland, aber auch Jugoslawiens oder Österreichs. Auch wenn wir heute wissen, dass das damals keineswegs in den sowjetischen Absichten lag, tauchten derartige Gerüchte – teils wohl auch als bewusste Desinformationen – 1968 und in den folgenden Jahren immer wieder auf.

Abschließend sei nochmals auf den Fall der in der ČSSR vermuteten ostdeutschen Verbände verwiesen, der eben, wie schon eingangs erwähnt, sehr gut zeigt, wie leicht es gerade in der nachrichtendienstlichen Arbeit dazu kommen kann, vorhandene – und korrekte – Informationen so (fehl-) zu interpretieren, dass die ursprünglichen Befürchtungen bestätigt erscheinen. Beide hier vorgestellten Beiträge sind somit faszinierende Detailstudien aus der Welt der Dienste – die die gespannte Erwartung des kommenden Abschlussberichts dieses groß angelegten Forschungsprojekts wohl zu rechtfertigen scheinen.

Sektion 3: Innenpolitik

Bodo Hechelhammer

Die „Dossiers“. Reinhard Gehlens geheime Sonderkartei

Die Existenz der Sonderkartei wurde der Öffentlichkeit durch den Guillaume-Untersuchungsausschuss 1974 bekannt. Denn neben dem berühmten Spionagefall Günther Guillaume wurde auch der Vorwurf der nicht auftragsgemäßen Inlandsaufklärung des Bundesnachrichtendienstes (BND) während der Amtszeit Reinhard Gehlens, deren Dokumentation in Personendossiers und deren Vernichtung Anfang der siebziger Jahre parlamentarisch untersucht. Entsprechende Informationen darüber gelangten an die Öffentlichkeit und erregten Aufsehen. In der Presse war nun zu lesen, dass mitunter Ess-, Trink- und Bettgewohnheiten von mindestens 54 Politikern, Wissenschaftlern oder hohen Offizieren in BND-Dossiers dokumentiert worden waren. Andere vermuteten sogar 600 Personendossiers; alles potentielles Belastungsmaterial gegen Politiker, die der BND im In- und Ausland überwacht haben soll. Horst Ehmke, Chef des Bundeskanzleramtes von 1969 bis 1972, resümierte im Herbst 1974 öffentlich, dass es eine „dolle Sammlung“ gewesen wäre, allerdings jenseits des Auftragsprofils als Auslandsnachrichtendienst. Zwar seien auf seine Weisung diese Dossiers 1970 vernichtet worden, einzelne Kopien seien Jahre später aber wieder aufgetaucht.

Reinhard Gehlen beschwichtigte öffentlich und versuchte zu relativieren, es wären nur besonders verwahrte Akten gewesen, „Sonderakten“, keine „Dossiers“ über Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, rein zu seinem persönlichen Gebrauch. Zur Herkunft der Informationen verwies er darauf, dass diese nur aus einer legalen Inlandsaufklärung, nicht aber aus einer illegalen innenpolitischen Aufklärung stammten: „Zum größten Teil enthielten sie Nebenerkenntnisse, die

bei der Aufklärung im Ausland anfielen. Manchmal auch Quatsch und Tratsch […] eben Nebenerkenntnisse“, so Reinhard Gehlen.

Der Guillaume-Untersuchungsausschuss stellte Anfang 1975 in seinem Abschlussbericht fest: „Soweit es die Sonderkartei […] anbetrifft, kann daher nicht festgestellt werden, dass diese das Ergebnis einer auftragswidrigen innenpolitischen Aufklärung gewesen wäre. Doch hat die Beweisaufnahme insoweit auch keine letzte Klarheit schaffen können, da die Unterlagen nur noch zu einem Teil zur Verfügung standen“. Eine Beurteilung über die Sonderkartei war unmöglich, fehlten doch Informationen über den Gesamtkomplex.

Was war die Sonderkartei? Was stand in den „Dossiers“, über wen wurden sie angelegt? Etwa, wie jüngst noch spekuliert, über den hessischen Staatsanwalt Fritz Bauer? Enthielten diese auch intime Details und wurde damit etwa auf die Politik Einfluss genommen? Diese Fragen sind seit 1974 immer wieder gestellt, kontrovers diskutiert und bis heute nicht abschließend beantwortet worden. Auf diese offenen Punkte sollen erste Antworten gegeben werden. In einzelnen Akten des BND-Archivs verstreut, konnten Vernichtungsverhandlungen und Übergabeprotokolle gefunden, Unterlagen der Sonderkartei identifiziert und dadurch deren Aufbau und einzelne Inhalte der „Dossiers“ rekonstruiert werden.

Entstehungszusammenhänge

Die Sonderkartei war zunächst eine Kartei neben zahlreichen anderen Ablagesystemen. Reinhard Gehlen hatte das Karteisystem seiner Organisation unter Beachtung des Abschottungsprinzips bewusst dezentral aufgebaut. So sollen zu seiner Zeit rund hundert verschiedene Personen- und Sachkarteien parallel existiert haben.

Als Wurzeln der Sonderkartei konnten zwei Stränge identifiziert werden. Erstens: Als die „Organisation Gehlen“ nach Ende des Zweiten Weltkriegs für die USA mit der Arbeit begann, gehörte auch die Spionageabwehr zum Auftrag. Im Rahmen ihrer nachrichtendienstlichen Tätigkeit mussten Kontakte zu zahlreichen Ämtern und Institutionen, etwa Gemeindeverwaltungen, Polizei etc., hergestellt werden. Aus Sicherheitsgründen und entsprechend der auftragsgemäßen Identifikation sowie der Abwehr kommunistischer Infiltration wurden Informationen zu jedweder Kontaktperson gesammelt und diese in Karteien erfasst. Kontakte zu Behördenmitarbeitern oder insbesondere zu Parteivertretern, nicht zuletzt wegen ihrer Ost-Kontakte, etwa über die Ost-Büros, wurden ebenso vermerkt wie ihre

politische Haltung und Zuverlässigkeit. Als wichtigste Kriterien galten die antikommunistische Gesinnung der Person und deren Einstellung zum Dienst bzw. das Entwicklungspotential für diesen. Der Topos „Spionageabwehr“ eignete sich letztendlich als dehnbare Legitimation eigenen Handelns.

Die zweite Wurzel der Sonderkartei liegt in Reinhard Gehlens antikommunistischer Weltanschauung begründet. Er war fest davon überzeugt, dass Reste der Widerstandsgruppe „Rote Kapelle“, also derjenigen Personengruppen mit Kontakten zur Sowjetunion vor 1945, weiterhin in der Bundesrepublik Deutschland aktiv waren. Ganze Bereiche seiner Organisation waren mit der Informationsbeschaffung und Auswertung zur Aufklärung der „neuen Roten Kapelle“ beauftragt. Beispielsweise war Gehlen Anfang der fünfziger Jahre fest davon überzeugt, dass die CDU-Politiker Ernst Lemmer oder Jakob Kaiser sowjetische Agenten wären, oder dass die SPD-Politiker Adolf Grimme und Herbert Wehner Kontakte zu den Resten der „Kapelle“ unterhielten. Immer weiter wurde der Kreis der Verdächtigen aufgefächert. So wurden auch Personen im Kontext des Widerstandes, wie Otto John, Friedrich-Wilhelm Heinz oder Hans Joachim Oster, dazugerechnet: bezeichnenderweise alle zeitweise behördliche Konkurrenten für Gehlens Organisation auf Bundesebene. Über diesen Personenkreis existierten mit die frühesten nachweisbaren „Dossiers“ in der Sonderkartei.

Auch nach Gründung des Bundesamtes für Verfassungsschutz im Jahr 1950, das explizit für Informationsbeschaffung über das Inland und die Spionageabwehr zuständig war, änderte sich faktisch nichts. Nicht zuletzt der Fall Otto John und sein mysteriöses Auftauchen in der DDR im Juli 1954 bestätigte die Überzeugung Gehlens, dass sich der BND weiterhin für innere Angelegenheiten zu interessieren habe, da alle anderen Bereiche von der Sowjetunion unterwandert wären. Diese Gedanken fielen anfangs auch bei amerikanischer Seite bzw. auf bundesdeutscher Regierungsseite auf durchaus fruchtbaren Boden. So ist zu betonen, dass es ohne Zweifel zahlreiche Angriffe und Ansätze sowjetischer Infiltration gab. Aber zugleich lief Gehlen immer neuen Verdächtigungen und Chimären nach. Ein leitender Mitarbeiter, der im Kollegenkreis als brillantester Analytiker galt und die Informationen der „Roten Kapelle“ für Gehlen auswertete, bezeichnete dessen Konstruktionen rückblickend als „irrationale Hirngespinste“ und „mitleiderweckend“. Man habe sich „in einer wie von Kafka erdachten Welt“ befunden, „in der Verrat und geheime Verbindung mit Verrätern als das natürliche Verhalten erschienen“.

Ausgliederung und Auflösung der Kartei

Nach Gründung des BND besuchte der Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Dr. Hans Globke, wieder einmal die BND-Zentrale in Pullach, besichtigte auch den Bereich des Karteiwesens und identifizierte seine eigene Karteikarte. Er monierte lediglich, dass ein zu großer Personenkreis Zugang zu solch sensiblen Informationen über Personen von besonderem Interesse hatte. Globke war nicht etwa gegen die Existenz einer solchen Kartei, sondern lediglich gegen die Art der Aufbewahrung und die Zugriffsmöglichkeit.

Für wie notwendig eine Sonderkartei entsprechend diesem Denken gehalten wurde, dokumentiert ein Schreiben von 1953 von 40/A, dem Bereich der Gegenspionage an 30, Reinhard Gehlen. Aus ND-Aufkommen der Generalvertretung (GV) L in Karlsruhe wurde mitgeteilt, dass die Behauptung Globkes, zu den Judenkommentaren erpresst worden zu sein, falsch sei. Globke wird als „eiskalter Mensch“ beschrieben, dem es gleich sei „welcher Macht er diene, wenn er nur selbst die Macht des gehobenen Bürokraten auskosten könne“. Gehlen notierte dazu handschriftlich: „40/A ist angewiesen, Originalmeldung von ‚L’ und Entwürfe dieses Memos sofort zu vernichten, sowie Aufnahme in Kartei zu verhindern“.

Gehlen ordnete an, Akten von besonderen Persönlichkeiten aus dem zentralen Karteibereich des BND zu entfernen und in eine Sonderablage im Präsidentenhaus zu überführen. Bis zum Ende seiner Präsidentschaft war diese im präsidialen Leitungsbereich unter den Bezeichnungen 363/II bzw. 106/II „Sonderaufträge“ aufgestellt. Nur der Präsident und wenige Mitarbeiter seines Stabes hatten Zugriff auf die Sonderkartei, die sich physisch ein Stockwerk über Gehlens Büro befand. Die Sonderkartei war dabei noch einmal durch einen separaten Zugang vom restlichen Leitungsstab getrennt. Die Leiterin der Sonderkartei war Gehlens langjährige Vertraute Annelore Krüger. Auf sie konnte er sich absolut verlassen. Zwar konnten auch Meldungen zu Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens weiterhin in andere Karteien gelangen. Meldungen von besonderer Brisanz wurden aber ausschließlich an die Sonderkartei abgegeben. Diese entwickelte sich von einer BND-Kartei zur exklusiven Privatkartei von Gehlen, mit dem Ziel, ihn bei Bedarf schnell und punktgenau zu informieren, wenn er z. B. nach Bonn zur Besprechung im Bundeskanzleramt fuhr.

Das Ende der Ära Gehlen bedeutete auch das Ende der Sonderkartei. Sein Nachfolger Gerhard Wessel löste die Dienststelle 106/II sogleich aus dem präsidialen Leitungsbereich heraus und versetzte deren Leiterin zu einer Außen-

stelle. Mit der Umorganisation begann er auch das Präsidentenhaus zu renovieren. Daher mussten die Akten physisch vom Haus 37, dem Präsidentenhaus, in einen Aktensicherungsraum im Nebenhaus (37c) überführt werden. Im Zuge dieser Neuordnung wurde Wessel erstmals über die Sonderkartei unterrichtet, die durch Gehlen nicht übergeben worden war. Er sah sich zum Handeln gezwungen, zumal seit Ende Mai die Mercker-Kommission vom Bundeskanzleramt eingesetzt worden war, um die internen Verhältnisse im BND zu untersuchen. Bereits am 7. Juni 1968 wies Wessel an, dass in allen Bereichen des BND, in denen Unterlagen über Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens existierten, diese gesichtet, auf Vollständigkeit und Auftragsbezogenheit geprüft werden sollten. Er verfügte, dass die nicht auftragsgemäßen Unterlagen bei ihm persönlich verbleiben sollten, zur späteren Vernichtung. Alle anderen Dokumente sollten an die zuständigen Stellen abgegeben werden. Die Prüfung der ersten Unterlagen der Sonderkartei wurde bereits am 8. August 1968 abgeschlossen, der zuletzt notierte Überprüfungsvorgang am 25. März 1970 beendet. Die Abwicklung der Sonderkartei erstreckte sich somit über rund zwanzig Monate. Die ersten, 1968 überprüften Unterlagen waren die über Franz Josef Strauß, über den die größte Dokumentation vorlag. Der letzte Vorgang 1970 betraf Hans Hubert von Löfen, Mitarbeiter des SPD-Ostbüros.

Gerhard Wessel hat das Bundeskanzleramt über die Sonderkartei zunächst nicht unterrichtet. Dies erfolgte erst eine Woche nach der Wahl Willy Brandts zum vierten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, am 27. Oktober 1969, gegenüber dem neuen Chef des Bundeskanzleramtes Horst Ehmke. Dieser forderte von Wessel eine exemplarische Aufstellung der Kartei, die ihm der BND-Präsident am 9. Dezember 1969 in Form einer Liste mit 54 Namen sowie vier „Stichproben“ lieferte. Die Liste sollte nur einen Überblick verschaffen, weshalb sie von A bis Z, von Wolfgang Abendroth bis zu Siegfried Zoglmann reichte. Die vorgelegten vier Akten bildeten einen Querschnitt der Bundestagsfraktionen: Rainer Barzel (CDU), Carlo Schmid (SPD), Friedrich Zimmermann (CSU) und Siegfried Zoglmann (FDP). Nach Sichtung der Unterlagen stimmte Ehmke Wessels Vorschlag zu, diese zu vernichten.

Nun wurden die Dokumente neu zu inhaltlich weitgehend homogenen Dossiers zusammengefasst. Am 17. April 1970 wurden 616 Dokumente, unterteilt in 52 Dossiers, drei Tage später weitere 388 Unterlagen in siebzig Dossiers kassiert. Die Abwicklung verlief inkonsequent, da der Präsident nicht nach allen Karteikarten, vor allem nicht nach Duplikaten der Dossier-Schreiben suchen ließ. So

tauchten Jahre später einzelne Dokumente aus den Dossiers auf, etwa 1973 oder 1974 bei aufgefundenen Verfilmungen. Auch heute noch können in BND-Akten vereinzelt Inhalte aus ehemaligen Dossiers bislang unerkannt enthalten sein.

Umfang der „Dossiers“

Nach derzeitiger Kenntnis umfasste die Sonderkartei mindestens 210 Personen. Deren Dossiers konnten ein bis 220 Dokumente enthalten und waren zwischen einer bis zu 500 Seiten stark. Die Akten waren inhaltlich nicht stringent aufgebaut und bestanden aus Einzelerkenntnissen zu einer Person: Zeitungsausschnitte, Vortragsnotizen, Äußerungen über den BND, Diffamierungskampagnen oder persönliche Korrespondenz. Intime Details zu Personen konnten bislang in der Sonderkartei nicht aufgefunden werden, wenngleich diese aber in anderen Ablagesystemen durchaus existierten. Bei der Abwicklung der Sonderkartei wurden rund 1.100 Dokumente (1970 bzw. 1973) vernichtet, der identische Umfang an Unterlagen aber auch an andere Bereiche abgegeben.

Gehlen sammelte vor allem Informationen zu bundesdeutschen Persönlichkeiten: Politikern, leitenden Beamten, Journalisten oder Soldaten. Ohne parteipolitische Präferenz: Von den Politikern gehörten etwa 39 Prozent der SPD, 36 Prozent der CDU, neun Prozent der CSU und 14 Prozent der FDP an. Gesammelt wurde ebenso zu ausländischen Staatsbürgern mit geheimdienstlichem Kontext, z. B. zum sowjetischen Spion Rudolf Iwanowitsch Abel. Ferner interessierte sich Gehlen auch für einzelne hauptamtliche Mitarbeiter, ND- und Sonderverbindungen: Dokumente zu mindestens zehn Mitarbeitern lagen vor, z. B. zu Carl-Theodor Schütz; über 14 operative Vorgänge, z. B. zu Hans-Joachim Rechenberg oder zu Richard Christmann.[27] Andere „Dossiers“ zielten auf die Presse: die *Deutsche Soldatenzeitung*, den *Axel-Springer-Verlag*, den *Spiegel* und Rudolf Augstein.

Um den inhomogenen Inhalt der Sonderkartei zu verdeutlichen, sollen sieben kurze, aber illustrative Beispiele vorgestellt werden. Zu Franz Josef Strauß lagen mindestens 220 Schreiben der Jahre 1957 bis 1967 mit einem Umfang von rund 500 Seiten vor. Den größten Anteil bildeten „Diffamierungskampagnen“ gegen ihn. Andere Dokumente behandeln sein Verhältnis zum BND bzw. seine Anfragen an diesen. Bei einer Vortragsnotiz von 1962 zur Fibag-Affäre wird z. B. darüber berichtet, dass Strauß „einen sehr niedergeschlagenen Eindruck“ hinterlassen und er „sich besorgt über den Ausgang des Fibag-Prozesses“ gezeigt habe. Der

27 Siehe den Beitrag von Wolfgang Krieger in diesem Band.

BND nutzte seine nachrichtendienstlichen Informationen nicht nur, um Strauß über die Fibag-Affäre zu unterrichten, sondern sie dienten allgemein als politischer Flankenschutz für ihn.

Zu Hans Globke existierten mindestens 46 Unterlagen aus den Jahren 1954 bis 1962 mit einem Umfang von rund 50 Seiten. Die Inhalte sind leicht zu umreißen: Sie behandelten sämtlich Aktionen, „Diffamierungskampagnen“ und „Beleidigungen“ gegen ihn, wobei der BND dem Eichmann-Prozess 1961 besondere Aufmerksamkeit schenkte. Über die entsprechenden Entwicklungen wurde der Chef des Bundeskanzleramtes immer frühzeitig von Gehlen persönlich unterrichtet.

Über Herbert Wehner lagen mindestens 37 Dokumente aus der Zeit von 1953 bis 1964 vor: Etwa über seinen Besuch beim jugoslawischen Staatschef Josip Tito 1957 oder über belastendes Material gegen ihn aus Dänemark. In einer Notiz vom November 1958 wird auf Reaktionen in der DDR auf die Bundestagssitzung in Westberlin und die Wahrnehmung Wehners als „gesamtdeutscher Sprecher“ kritisch eingegangen. Interessant ist die Stellungnahme des BND dazu: Er sprach sich dafür aus, ähnliche Auftritte Wehners in der Wiedervereinigungsfrage vor dem Bundestag künftig zu verhindern. Um dieses zu erreichen, müsse eine Berichterstattung an das Bundeskanzleramt und das Auswärtige Amt entsprechend formuliert werden. Einen rein innenpolitischen Bezug hat eine Vortragsnotiz vom Dezember 1958 zu Wehner: das sich verschlechternde Verhältnis zu Fritz Erler in der Wehrfrage und die Kritik innerhalb der SPD-Fraktion, dass Wehner die Parteibasis in der Wehrfrage systematisch beeinflusse. Besonders aufschlussreich ist, dass die Information alleine zur persönlichen Unterrichtung Gehlens gedacht war. Noch in den späten sechziger Jahren sammelte der BND aufgrund seiner kommunistischen Vergangenheit Informationen über Wehner.

Über Willy Brandt konnten acht Unterlagen aus seiner Amtszeit als Regierender Bürgermeister von Berlin festgestellt werden. Deren Betreffzeilen lauteten u.a.: „Angebliches Geheimtreffen von Wehner/Brandt“, „Äußerungen eines Journalisten über das Zusammentreffen Kennedy-Brandt“ oder „Unterhaltung Brandts mit Botschafter Abrassimow“. Zu all seinen Alias-Namen existierten Karteikarten. Ein Dokument von 1950, mit Vermerk zu seiner Personenakte, informierte die Organisation aus ND-Aufkommen und skizzierte Willy Brandt als „[f]ührende Stelle im Ostbüro der SPD. Grosser Arbeiter, aber erheblicher Streber“. Eine Präsidentenunterrichtung vom 1958 behandelt eine Kontroverse zwischen Brandt und dem Kreuzberger Bezirksbürgermeister Willy Kressmann, dessen innerpartei-

liche Kritik wiedergegeben wurde, dass „Brandt und mit ihm manch anderer noch rechtzeitig mit den Alliierten Berlin verlassen werde für den Fall, dass die Berlin-Krise einem Höhepunkt zustreben würde. Im Übrigen sei für Brandt Berlin doch nur ein Sprungbrett für weitere politische Aufgaben. Brandt sei den Berlinern und der Berliner SPD nur durch die Alliierten aufgeschwatzt worden“. Mit Brandt beschäftigte sich der Dienst aber auch explizit im Auftrag Konrad Adenauers. In einem Besprechungsprotokoll des BND-Präsidenten mit dem Bundeskanzler von Juni 1960 wurde notiert: „Frage nach dem Werde- und Entwicklungsgang von Bürgermeister Brandt. Ist er nachrichtendienstlich tätig geworden?“. Umgedreht wurde Brandt aber auch vom BND unterrichtet, wie Ende 1961 über Nachforschungen aus Polen über seine Vergangenheit in Norwegen. Am Ende der Notizen gab es Überlegungen im BND, wie man Brandt schneller persönlich über entsprechende Vorgänge unterrichten könne. Dieses hatte ihm Gehlen zugesichert. Das Beispiel Brandt deutet auch die politische Sensitivität der Sonderkartei an und zeigt, wie Reinhard Gehlen auf die wachsende bundesdeutsche Bedeutung von Willy Brandt reagierte.

Über Wolfgang Döring existierten mindestens 31 Unterlagen aus der Zeit von 1954 bis 1963 mit einem Umfang von 66 Seiten. Fast alle Dokumente waren allerdings Besprechungsberichte mit dem BND, da Döring als Sonderverbindung mit dem Tarnnamen „Dora“ geführt wurde. Er stand seit 1955 im Kontext von Abwehr-Operationen im Kontakt zum BND, vor allem anlässlich der FDP-Gespräche mit Funktionären der LDP, Dörings Gesprächen mit Angehörigen sowjetischer Satelliten-Staaten oder mit dem sowjetischen Botschafter.

Über Rudolf Augstein lagen aus dem Zeitraum von 1953 bis 1964 mindestens elf Schreiben mit einem Umfang von 19 Seiten vor. Deren Betreffzeilen waren u.a.: „Beabsichtigter Ausschluss A. aus der FDP“, „Auftreten A’s, vor einer Redaktionskonferenz der „SZ“ oder „Finanzielle Verluste für Augstein u. Kindler“. Diese Inhalte lassen auf einen ausschließlich innenpolitischen Kontext schließen.

Über Elisabeth Noelle-Neumann ist nur ein Dokument bekannt. Aber der Vorgang von Juli 1960 ist aufschlussreich, da er sich vollständig rekonstruieren lässt. Am Dienstag, den 28. Juni 1960, hatte Präsident Gehlen seine wöchentliche Besprechung im Bundeskanzleramt mit Adenauer, worüber ein Protokoll im BND angefertigt wurde. Unter Punkt 6 wurde notiert: „Der Herr Bundeskanzler wies auf das Institut zur Meinungsforschung in Allensbach hin. Inhaberin Frau Neumann sei Kommunistin. Der Herr Bundeskanzler würde gerne wissen, was näheres über das Institut und dessen Hintergrund bekannt sei“. Am 20. Juli infor-

mierte der BND den Chef des Bundeskanzleramtes, Globke, und legte seine Ermittlungsergebnisse zu Frau Noelle-Neumann sowie zum Allensbach-Institut mit demjenigen Schreiben vor, das Eingang in die Sonderkartei gefunden hat. Der BND wies darauf hin, dass „die Leiterin des Allensbach-Institutes, Frau Dr. Noelle-Neumann, in keinem Zusammenhang steht mit Frau Buber-Neumann, der ehemaligen KP-Funktionärin, welche der Herr Bundeskanzler im Sinn gehabt haben dürfte.“ Weiter heißt es: „Über das Institut, seine Leitung und die im Institut beschäftigten Personen liegen keine nachteiligen Erkenntnisse vor. Der Wert der Arbeit des Instituts kann hier nicht genügend beurteilt werden. Jedoch besteht hier der Eindruck, dass das Institut um eine objektive Haltung bei der Ausführung seiner Aufträge bemüht ist“.

Zu Fritz Bauer konnten im Übrigen bislang keine Unterlagen gefunden werden. Vermutlich liegt in diesem Fall eine Fehlinformation vor, existierten doch nachweislich ein „Dossier“ zu dem CDU-Politiker Fritz Baier sowie BND-Informationen zu dem Brandt-Intimus Leo Bauer, worüber die Presse bereits in den siebziger Jahren berichtete.

Abschließend sei festgestellt, dass die Sonderkartei aus Dokumentationen personenbezogener Behördenkontakte sowie der Suche nach der Roten Kapelle hervorging. Die Personendokumentation fächerte sich immer weiter auf, umfasste immer mehr Persönlichkeiten. Um einen kontrollierten Zugriff auf spezielle Personeninformationen sicherzustellen, wurde die Kartei ins Präsidentenhaus überführt. Das Ablagesystem wandelte sich von einer allgemeinen BND-Kartei zur Privatkartei Reinhard Gehlens. Er benötigte sie persönlich, nicht um gegen Personen politisch vorgehen zu können, sondern um seine Position in der innenpolitischen Landschaft der Bundesrepublik zu festigen. Dieses gelang ihm durch seine ausschließliche Verfügungsgewalt über zusätzliche, sensible ND-Informationen, die nicht nur außen- und sicherheitspolitische Themen betrafen, sondern gerade auch innenpolitische Akteure, mit denen er der Bundesregierung frühzeitig politischen Flankenschutz bieten konnte. Nur so ist zu verstehen, dass beispielsweise Bundesminister Strauß, vor allem aber stets der Chef des Bundeskanzleramtes, Globke, regelmäßig mit Informationen beliefert wurden, mit denen Gehlen sich unentbehrlich machen konnte. Dazu griff der BND nicht, wie von Gehlen behauptet, alleine auf Randerkenntnisse zurück, es wurden gezielt nachrichtendienstliche Informationen beschafft. Der Doppelagent Heinz Felfe beschrieb dieses Moment sehr pointiert, aber durchaus zutreffend in einem Protokoll gegenüber der Hauptabteilung II des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS),

d.h. der Spionageabwehr der Stasi. Demzufolge wurde der BND „von Globke als eine Art Privat-Detektiv-Institut für das Bundeskanzleramt und Bundeskanzler Adenauer verwendet“. So glich die Sonderkartei einer Kompassnadel der Interessensschwerpunkte Gehlens, die er am Magnetfeld der Regierungspolitik justierte, um auf der innenpolitischen Landkarte der Bundesrepublik seinen Dienst und vor allem sich selbst als unentbehrlich zu positionieren.

Klaus-Dietmar Henke

Der Auslandsnachrichtendienst in der Innenpolitik: Umrisse

In diesem Beitrag wird versucht, die Aktivitäten des Auslandsnachrichtendienstes im Innern grob zu umreißen. Im Kontext der innenpolitischen Präsenz des BND leuchtet der Beitrag von Bodo Hechelhammer eine einzelne Sehenswürdigkeit hell aus. Ich möchte nun gerne auf das weite Dunkelfeld Innenpolitik eingehen. Vieles ist da erst schemenhaft, aber manches schon ganz gut zu erkennen.

Reinhard Gehlen beharrte Zeit seines Lebens darauf, dass „der Dienst während meiner Amtszeit niemals innenpolitische Aufklärung betrieben hat“ – so in einer Schrift, die 1980, ein Jahr nach seinem Tod, erschien. Weiter heißt es da: Wer den BND unter seiner Führung „in verleumderischer Weise“ noch immer „zu verteufeln trachte“, müsse ein Dilettant sein, der keine Ahnung von der „komplizierten Arbeitsweise eines Auslandsnachrichtendienstes“ habe oder es handele sich um „unbelehrbare Gegner des Dienstes“. Genau diese Rhetorik Gehlens und einiger BND-Mitarbeiter war bereits 1974 im Guillaume-Ausschuss zu vernehmen gewesen. Als modebewusster Historiker müsste man sagen: Das war das Pullacher Master-Narrativ. Gehlen gewährte den Abgeordneten in diesem Ausschuss auch gleich ein bisschen Geheimdienstkunde. Sie müssten schon unterscheiden zwischen erlaubter „Inlandsaufklärung“, die im Inland relevante Auslandsinformationen sammelt, und einer verbotenen „innenpolitischen Aufklärung“, also der Beschaffung von Informationen, die keinerlei Zusammenhang mit den Aufgaben eines Auslandsnachrichtendienstes haben.

Was wäre nun so eine verbotene innenpolitische Aufklärung? Verboten wäre zum Beispiel eine Analyse über die „Situation der SPD“. Verboten wären Informationen über die „Bemühungen des Bundeskanzlers um den Springer-

verlag“. Verboten wäre auch eine Untersuchung über die Rolle des Berliner Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung bei den Studentenunruhen. Der Leser vermutet ganz richtig: Das Wörtchen „wäre“ ist im vorigen Absatz nicht zufällig gewählt: denn tatsächlich sind das alles Original-Betreffs aus der Berichterstattung des Dienstes. Man ist also gut beraten, Reinhard Gehlen keinen Glauben zu schenken. Das ging schon Zeitgenossen so. Während der gesamten Ära Adenauer lag über dem Auslandsnachrichtendienst der Verdacht, seine Fähigkeiten für innenpolitische Ausspähungen zu missbrauchen. Doch selbst der Guillaume-Ausschuss mühte sich vergeblich und kam diesem Verdacht nicht annähernd auf den Grund.

Welche Umrisse sind auf dem innenpolitischen Dunkelfeld zu erkennen? Die Organisation Gehlen schlug den Weg zu ihrer massiven innenpolitischen Präsenz bereits vor Gründung der Bundesrepublik ein. Schon ein Jahr nach der bedingungslosen Kapitulation hatte die neue Supermacht USA die Gruppe um Gehlen aus dem Heer der Hungernden und Demoralisierten herausgeholt und sie in ihren Militärapparat einbezogen. Wollte man diesen märchenhaft privilegierten Status behaupten, dann musste man sich unentbehrlich machen: und zwar den Amerikanern und wichtigen westdeutschen Politikern gleichermaßen. Die *army* wurde mit Informationen über die sowjetischen Truppen versorgt. Einflussreiche Einheimische bekamen – neben raunenden Andeutungen über den hochgeheimen deutschen Arm der Amerikaner in Pullach – Personenauskünfte aus den rasch anwachsenden Karteien oder andere nützliche Hinweise. Solche Profilierung war auch deshalb angezeigt, weil man – noch in Wehrmachts-Klamotten – den unwahrscheinlichen Traum träumte, eines Tages der eine, universelle deutsche Nachrichtendienst zu werden.

Zur selben Zeit baute der Gehlen-Dienst seine Spionageabwehr auf, in der sich viele erfahrene Männer aus dem Terrorapparat der Nationalsozialisten tummelten.[28] Ihr neuer Feind war der alte: der weltrevolutionäre Kommunismus mit seinen überall wühlenden Fünften Kolonnen, die nun auch noch den siegreichen Stalin im Rücken hatten. Das war eine Obsession, die Reinhard Gehlen bis zu seinem Tode nicht verließ. Schon 1946 bezeichnete er es als „entscheidend, dass wir den Kampf gegen den Kommunismus *fortführen* [Hervorhebung durch den Verf.]“. Seit Frühjahr 1947 konnte sich die „Org“ in Übereinstimmung mit der Regierung der Vereinigten Staaten fühlen. Die Truman-Doktrin sah in der in der

28 Siehe die Beiträge von Christoph Rass und Gerhard Sälter in diesem Band.

Unterwanderung durch entschlossene Minderheiten bekanntlich die Hauptbedrohung der freien Welt.

Nicht, dass kommunistische Subversion und Spionage im geteilten Deutschland keine Bedrohung gewesen wären – natürlich waren sie das, und viele teilten damals die Befürchtungen Gehlens. Die Schwäche seines erratischen Antikommunismus bestand allerdings in der Beeinträchtigung der eigenen Urteilsfähigkeit. Alles und jedes vor dieser einen Folie zu beurteilen, verstellte nicht nur den Blick auf Differenzierungen und Wandlungen innerhalb des feindlichen Lagers. Es verleitete auch dazu, Gegner in diesem Lager zu vermuten, die sich gar nicht dort befanden. Sogar James Critchfield, Gehlens wohlwollender Aufpasser von der CIA, der wahrlich kein *fellow traveller* des Leninismus gewesen ist, attestierte ihm noch Jahrzehnte später eine „stets vorhandene zwanghafte Vorstellung von der Gefahr eines kommunistischen Sieges".

Demokratiefern, etatistisch, von militärischem Denken geprägt und in einem ebenso erratischen wie unanalytischen Antikommunismus befangen, neigten Gehlen und viele seiner Mitarbeiter dazu, die innenpolitische Scheidelinie nicht zwischen demokratisch und nicht-demokratisch zu ziehen, sondern zwischen „rechts" und „links". Und „links" reichte für sie – in vertrauter obrigkeitsstaatlicher Tradition – bis tief in den demokratischen und christlichen Sozialismus hinein. Verachtung für Widerstandskämpfer und Emigranten gehörte ohnehin zum Komment. In einem geteilten Land auf der Nahtstelle eines Konflikts zwischen „Freiheit" und „Sozialismus" lagen Spionageabwehr und innenpolitische Aufklärung also nah beieinander. Oder wie Gehlens Leute sagten: Dazwischen sei „kein Trennungsstrich" zu ziehen – eine Art *dual use* der Spionageabwehr. Alles, was links vom konservativen Mainstream lag, wurde in Pullach als gegnerisch eingestuft.

Bei Gründung der Bundesrepublik übergab Gehlen der *U.S. Army* beispielsweise ein Memorandum, in dem er „die klare Gefahr" beschwor, „dass die Sozialdemokratie in den Westzonen den beherrschenden Einfluss gewinnt". Bei Gründung des BND 1956 sagte Gehlen zu Critchfield: Kommt es einmal zu einer Großen Koalition mit Leuten wie dem ersten Kanzleramtschef Otto Lenz von der CDU, dem Bayerischen Justizminister (und ersten CSU-Vorsitzenden) Josef Müller und dem SPD-Abgeordneten Herbert Wehner, dann werde er sich moralisch verpflichtet fühlen, einen „illegalen Apparat" aufzuziehen.

Solche Überzeugungsstärke verband sich mit nüchternem Machtkalkül. Denn nach dem Amtsantritt der ersten Bundesregierung im Herbst 1949 verfolgte der

Dienst die Strategie, sich Bonn gegenüber mit seinem nachrichtendienstlichen Angebot derart nachdrücklich zu profilieren, wie es sein amerikanischer Geldgeber noch gerade eben tolerieren konnte. Das war natürlich ein Ritt auf der Rasierklinge, bei dem es in der Gehlen-Gruppe sowie zwischen ihr und der CIA zu nachgerade homerischen Scharmützeln kam. Die verdeckte innenpolitische Zusammenarbeit zwischen dem Bundeskanzleramt und dem Gehlen-Dienst setzte ungefähr ein halbes Jahr nach der Regierungsbildung ein. Zu ihrem Dreh- und Angelpunkt wurde die sehr enge Zusammenarbeit zwischen Reinhard Gehlen und Hans Globke, der für den Nachrichtendienst zuständig war. Für einen Mann wie Gehlen, der stärker macht- als werteorientiert dachte, war diese machtnahe Stellung eine ideale, aber keineswegs ungewohnte Position. Sie passte perfekt zu seiner soldatischen Einstellung, sich ganz in den Dienst des jeweiligen Machtinhabers zu stellen – sei es ein Diktator, eine Besatzungsmacht oder ein Bundeskanzler.

Auf welchen Feldern der Innenpolitik wurde der Dienst tätig? Es waren mindestens fünf:

1. Da ist der Dienst mit seinen verdeckten Verbindungen in die Gesellschaft hinein.
2. Der Dienst und die Platzierung seiner Gewährsleute in staatlichen Behörden.
3. Die Präsenz des Dienstes im Milieu der ehemaligen Wehrmachtssoldaten.
4. Der Dienst als vergangenheitspolitisches Frühwarnsystem und
5. der BND als Dienstleister für die Beschaffung innenpolitischer Informationen.

Was die Platzierung von Gewährsleuten angeht, so machte sich Gehlen bereits vor 1949 daran, wie es hieß, „zuverlässige Leute“ in staatlichen Behörden unterzubringen. Mit langen Vorschlagslisten zielte er anfangs vor allem auf die Polizei und die Staatsanwaltschaften – und zwar, weil da noch nicht klar war, dass es politisch-polizeiliche Organe alten Musters nicht mehr geben würde. Nach 1949 galten die personellen Penetrationsbemühungen dann stärker den Innenbehörden und Verfassungsschutzämtern. Bei diesen Einschleusungen kann man mitunter erstaunliches Sozialverhalten beobachten: zum Beispiel, wenn der Amtschef eines Innenministeriums sich gegenüber einem leitenden Mitarbeiter Gehlens – es war sein eigener Schwager – erbot, während der Weihnachtsferien, wenn alle ausgeflogen seien, einen „bevollmächtigten Herren der Org zu empfangen, um mit ihm Stellenbesetzungen […] durchzusprechen und die Wünsche der Org […] entgegen zu nehmen“ und sie nach Möglichkeit auch „durchzudrücken“. Von solchen Gewährsleuten auf allen Stufen der Ämterhierarchie flossen dem Dienst nicht nur wertvolle Informationen zu. Sie leisteten auch

willkommene und notwendige Hilfestellung bei den tausend kleinen Dingen des konspirativen Alltags.

Zum Soldatenmilieu nur ein Wort: Die Pullacher Offiziere hielten praktisch zu allen wichtigen Kameraden Kontakt, von denen einige klar zu antidemokratischer Obstruktion neigten. In diesem labyrinthischen Gewimmel der Soldatenverbände wirkte der Dienst auf eine „Ausschaltung der Radikalisierung“ hin – dieses interne Fazit ist wohl tatsächlich zutreffend. Breiter Widerstand des Soldatenmilieus gegen Adenauers Politik der Wiederbewaffnung hätte seine Strategie der Westbindung zunichte machen können.

Der BND fungierte auch als ein vergangenheitspolitisches Frühwarnsystem. Er schlug Alarm, wenn die SED eine ihrer Kampagnen startete, um die Bundesrepublik als ein von alten Nazis beherrschtes System zu brandmarken. Bekanntlich trafen die Vorwürfe aus der DDR häufig zu, sie wurden aber lange als reine Verleumdung abgetan. Hinter den Kulissen herrschte allerdings rege Betriebsamkeit. Der Dienst suchte Zeugen, beschaffte und prüfte Dokumente, wertete Zeitungen aus usw. usf. Für Hans Globke wurde Gehlen hier zu einer Art persönlichem Schutzschild.

Doch etwas mehr zu der geheimen Beschaffung und Verwertung innenpolitischer Informationen. Dies ist eine zweifelsfreie historische Tatsache. Zwischen 1945 und 1968 überschritt der Dienst hier alle Grenzen. Er lief dabei nicht aus dem Ruder: Reinhard Gehlen selbst steuerte diesen Kurs. Die innenpolitische Aufklärung, die in internen Anordnungen pro forma immer wieder verboten wurde, arbeitete mit den gängigen Methoden: mit dem Abschöpfen von Gesprächskontakten und dem Einsatz von „V-Leuten“. Daneben gab es die sog. „Sonderverbindungen“ (SV). Das waren Personen, die in Kenntnis der nachrichtendienstlichen Zusammenhänge zu deren „Förderung zur Verfügung“ standen und die Informationen beschafften, „die nicht auf dem ND-Wege zu bekommen sind“ – familiärer formuliert: ein „Kreis zuverlässiger und interessierter, ideeller Freunde“. Seit 1947/1948 knüpfte der Dienst solche Verbindungen in Behörden, in Parteien, in Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden, Kirchen, Firmen, in der Wissenschaft und in den Medien. Der Gesamtbestand an „Sonderverbindungen“ dürfte zu Spitzenzeiten bei etwa 300 Personen gelegen haben. Es gab „Sonderverbindungen“ „ehrenhalber“. Besonders verdiente Sonderverbindungen wurden mit der geheimen Dienstmedaille des BND geehrt, 1957 zum Beispiel Persönlichkeiten des Hochadels, hohe Beamte und gewogene Publizisten.

Sonderverbindungen bekamen meist kein Geld. Man erfährt allerdings, dass Gehlen für die von ihm persönlich geführte „SV 1954“ ungefähr 20.000 DM zur

Verfügung standen. „J-1880“ war mit 750 DM monatlich der Spitzenverdiener. Sonderverbindungen wollten staatspolitisch nützlich sein. Sie wollten Einfluss nehmen, am Geheimwissen teilhaben oder ihre eigene Position stärken. Der Dienst versorgte seine „Sonderverbindungen“ überdies mit nützlichen Informationen und Expertisen; „Kundendienst“ nannte sich dieser Service. Die Führung der Sonderverbindungen war Sache der Leitungsspitze. Sie legte größten Wert darauf, dass die „Org“ nicht hinter ihren „Sonderverbindungen“ erkennbar wurde und dass deren Akten selbst innerhalb des Dienstes „keinesfalls in falsche Hände“ geraten durften. Die Amerikaner duldeten diese Verbindungen mit gemischten Gefühlen, stellten trotzdem 370.000 DM jährlich dafür zur Verfügung, waren aber erleichtert, als sie 1953 offiziell als aufgelöst gemeldet wurden. In Wahrheit dachte Gehlen gar nicht an Auflösung. Er ließ die „Sonderverbindungen“ unter strengster Geheimhaltung einfach auf neue Organisationseinheiten „umschalten“. Das Ende der „Sonderverbindungen“ kam erst 1968/69, als der neue Präsident Gerhard Wessel sie entgegen dem Rat seines Vorgängers „abschalten“ ließ.

Man darf sich die „Sonderverbindungen“ nun nicht als ein Untergrundnetz emsiger Einflussagenten vorstellen. Manche halfen dem Dienst einfach bei der üblichen „Landschaftspflege“. Einige waren schlicht Zuträger. Mancher Journalist hatte, wie wir bereits aus Publikationen wissen, den Auftrag, kritische Berichte abzubiegen oder, wie ein Kenner des Dienstes sagte, ein „idealisiertes“ Bild des BND zu malen. Dieser Kenner der Materie war im Kanzleramt lange Jahre für den Dienst verantwortlich, daneben persönlicher Referent Adenauers. Aus dieser intimen Kenntnis heraus entwickelte er sich zu einem scharfen Kritiker. Er beklagte den enormen verdeckten Einfluss des BND: Es seien ihm sogar Andeutungen über „eine Prominentenkartei [des BND] mit schwarzen Punkten“ gemacht worden. Wichtige Leute seien regelrecht Gehlen-hörig. Und er notierte sich: „Der Fachausdruck im BND dafür lautet: ‚Er wurde angekauft’.“ Vielleicht war das übertrieben, doch es bleibt der Befund: Für Reinhard Gehlen waren die „Sonderverbindungen“, neben den „V-Leuten“, die an dieser Stelle ganz ausgespart wurden, ein Hauptinstrument der innenpolitischen Informationsgewinnung und Einflussnahme.

Zum Schluss bleibt noch die Antwort auf die Frage: Wie konnte es zu dem jahrelangen Missbrauch des Dienstes kommen und wie hat man sich das praktisch vorzustellen? Ich denke, wir haben es mit einer dreifachen Motivation zu tun. Zunächst einmal jagte Reinhard Gehlen von Anfang an dem Ziel nach, seine Organisation zum einzigen bundesdeutschen Nachrichtendienst zu machen. Dieser

Zweck heiligte die Mittel, und der Erfolg gab ihm recht: Am 1. April 1956 war es tatsächlich so weit. Doch anstatt einen Rückbau seiner unorthodoxen Methoden einzuleiten, schritt der BND nun umso beherzter und befreiter auf den erprobten Pfaden voran. Mit „Sonderverbindungen“, Einschleusungen und Ausspähung konnte der Dienst zweitens seine Stellung in Politik und Gesellschaft stärken, für guten Mittelzufluss sorgen und sich gegen Kritik immunisieren – jedenfalls bis Anfang der sechziger Jahre, als der BND in eine Existenzkrise stürzte und aus Adenauers Gnade fiel. Drittens schließlich war der Dienst in Gehlens Selbstverständnis keinesfalls eine beliebige Behörde, sondern insbesondere ein spezielles Machtmittel des Bundeskanzlers, das dieser für seine Machtausübung auch im Innern einsetzen können musste. Diese Dienstauffassung passte gut zur „Kanzlerdemokratie“ der fünfziger Jahre. Kanzler und Präsident mussten sich gegenseitig auch nicht erst von der bolschewistischen Gefahr, dem allgemeinen Ernst der Lage oder davon überzeugen, dass eine SPD-geführte Bundesregierung der, so das berühmte Diktum Adenauers, „Untergang Deutschlands“ sein würde.

Das Besondere an der innenpolitischen Aufklärung war, dass alle wichtigen Informationen bei Gehlen und drei, vier seiner engsten Mitarbeiter zusammenliefen. Diese Monopolisierung innenpolitischer Erkenntnisse, von der die allermeisten Mitarbeiter nichts ahnten, machte den BND-Präsidenten zu einem gesuchten Gesprächspartner des Bundeskanzlers und seines Staatssekretärs. Zumeist unterrichtete er Hans Globke, den zweitmächtigsten Mann der Republik und „beherrschenden Berater“ des Kanzlers, unter vier Augen. Hans-Peter Schwarz meinte, Adenauer habe seine starke Stellung den „Augen und Ohren“ des unersetzbaren Globke zu verdanken gehabt. Dabei konnte Schwarz gar nicht ahnen, was diesen Ohren alles geflüstert wurde. Gehlen und Globke standen in engstem Kontakt. Zwischen ihrer ersten Unterredung am 29. Juni 1950 und dem Rücktritt Adenauers am 15. Oktober 1963, als auch Globke das Kanzleramt verließ, tauschten sie sich beinahe täglich aus, in Besprechungen, telefonisch, über Fernschreiber, oder Gehlen ließ Botschaften von einem Vertrauten überbringen.

Bereits Anfang 1951 hatte Globke den Dienst um die „besondere Berücksichtigung der innenpolitischen Lage“ gebeten. Ende der fünfziger Jahre hieß es in einem Vermerk noch immer, Gehlen habe intern die besondere Bedeutung von Informationen betont, die er mündlich an den Staatssekretär weitergebe: „Ausweitung erwünscht. Vorstellung, dass Pr [Präsident] als Vortragender in Bonn Informationen sozusagen ‚aus der Tasche ziehen’ kann“. Das konnte neben regulären Auslandsinformationen vielerlei Themen betreffen: zum Beispiel die

Tatsache, dass einige Persönlichkeiten in Bonn „in Bezug auf den Par. 175 nicht einwandfrei“ seien (Frühjahr 1951), oder die „Haltung und Einstellung Herbert Wehner’s“ (Sommer 1953), eine kleine Ausarbeitung über einen Star-Reporter, den der Staatssekretär in „schlechter Erinnerung“ hatte (Sommer 1960), und, im Frühjahr 1962, die Intervention der Regierung gegen den Intendanten einer großen Rundfunkanstalt: Ein leitender Redakteur, der dem BND als „Sonderverbindung“ verbunden war, hatte sich beim Dienst konspirativ über seinen Intendanten beschwert.

Auf dem Zenit der stillen Hilfe aus Pullach war sie Adenauer offenbar zur Gewohnheit geworden, wie ein Vermerk Gehlens von Herbst 1960 nahelegt. Der Bundeskanzler habe ihn kommen lassen, schreibt er, um seiner Besorgnis über die auch ideell motivierte politische Unterwanderung Ausdruck zu geben. Insbesondere bei der SPD gebe es „eine Reihe von Persönlichkeiten […], die abwehrmäßig und eventuell auch politisch fragwürdig seien. […].“ Es sei „besonders wichtig, sich ein Bild zu verschaffen, welche Personen unter Umständen nicht zuverlässig seien und wie weit die Gefahr gegeben sei, dass insbesondere die Opposition[,] aber auch andere Kreise sich dem Gedanken einer politischen Neutralität zwischen Ost und West in der Zukunft aufgeschlossen zeigen könnten“. Der BND solle darüber hinaus der Infiltration der Gewerkschaften nachgehen. Adenauer verabschiedete Gehlen mit den Worten, er solle all dem „in der Aufklärung besondere Aufmerksamkeit“ schenken und „ihm hierzu in einigen Wochen mündlich berichten“.

In Umrissen zeichnet sich bereits beim derzeitigen Stand der Forschungsarbeit ab, dass Adenauer und Globke ein starkes Interesse an Interna aus den Spitzengremien politischer Parteien hatten, an „leadership intentions“, müsste man wohl sagen. Mit „Sonderverbindungen“ und „V-Leuten“ ließ Gehlen namentlich die FDP und die SPD ausforschen. Die Liberalen machten als störrischer Koalitionspartner immer wieder Kummer, und über die Gefährlichkeit der Sozialdemokratie war man sich ohnehin einig. Auf diese systematische Ausforschung deuten einige hundert einschlägige Informationen hin, die allerdings sehr verstreut liegen und die noch aufwändig zusammengepuzzelt und zugeordnet werden müssen. Diese Erkenntnisse des Dienstes bezogen sich größtenteils auf sensible politische, personelle und persönliche Informationen aus dem innersten Kreis der FDP- und der SPD-Führung – solange es geheim bleibt: der Traum jedes Machtpolitikers.
Übrigens kam auch die CDU nicht zu kurz. Immer wieder tauchen in den Materialien die parteiinternen Widersacher Konrad Adenauers auf, Jakob Kaiser etwa oder Eugen Gerstenmaier, oder es gibt Details über innere Machtkämpfe. Im

Herbst 1965 etwa stellte der BND Informationen über den CDU-Abgeordneten Gerhard Stoltenberg zusammen: „Gilt als Parteigänger [Gerhard] Schröders." Schröder war damals als Bundesaußenminister nicht gerade ein Parteigänger Adenauers. Das mag genügen. Vieles wird man nie erfahren, weil es niemals dem Papier anvertraut worden ist.

Am Ende des Streifzugs durch das Dunkelfeld Innenpolitik bleibt festzuhalten: Der Gehlen-Dienst lief in den fünfziger und sechziger Jahren nicht irgendwie aus dem Ruder. Er überschritt auch nicht eigenmächtig seine Befugnisse. Die Ausforschung von Politik und Gesellschaft der frühen Bundesrepublik durch die Organisation Gehlen und den BND geschah mit Wissen und zu Willen des Bundeskanzlers. Kein Wunder, dass Reinhard Gehlen lange „des Kanzlers lieber General" gewesen ist, wie der Spiegel schrieb. In solchen Dingen war Adenauer „nicht pingelig", wie er selbst von sich sagte. Hans Globke, der Chef des Kanzleramts, war der verschwiegene Helfer beim innenpolitischen Missbrauch des Auslandsnachrichtendienstes. Gehlen und Globke lebten in einer machtpolitischen Symbiose zu beiderseitigem Nutzen und zur Machtsicherung des Gründungskanzlers der Bundesrepublik Deutschland.

Der Missbrauchsverdacht und das Misstrauen der Zeitgenossen gegen den BND unter der Leitung Reinhard Gehlens kamen nicht von ungefähr. Aber erst heute können wir zeigen, wie berechtigt sie waren. In den kommenden zwei, drei Jahren möchte ich das hier nur grob umrissene Dunkelfeld gerne so hell ausleuchten wie das nach sechzig und mehr Jahren noch möglich ist. Das bedeutet auch: Benennung aller maßgeblichen Akteure innerhalb und außerhalb des BND, natürlich mit Klarnamen, sofern es für das historische Verständnis erforderlich ist und solange dem keine rechtlichen Schranken entgegenstehen. Ausleuchten heißt aber auch, eine Antwort auf die wichtigste und zugleich schwierigste Frage zu suchen: die Frage nach der historischen Bedeutung der massiven innenpolitischen Präsenz des BND in den Gründungsdekaden der Bundesrepublik. Man wird die Geschichte der Ära Adenauer dann nicht umschreiben müssen – aber manches vielleicht etwas besser verstehen.

Frank Bösch

Kommentar

Die Zwischenergebnisse der Kommission können sich sehen lassen. Die Referate betreten Neuland und machen neugierig auf die weitere Forschung. Die zeithistorische Relevanz der Quellenfunde erscheint außerordentlich groß, wenngleich die innenpolitischen Berichte der Organisation Gehlen und des BND natürlich spätestens seit 1974 gut bekannt sind und auch Gehlens Selbststilisierung längst widerlegt ist. Im Zuge des Guillaume-Untersuchungsausschusses erfuhr die breite Öffentlichkeit ja nicht nur von Gehlens Dossiers über Politiker, sondern auch über andere ausspionierte Eliten wie Journalisten. So druckten der *Spiegel* und die *Zeit* etwa im November 1974 zahlreiche BND-Berichte von Günther Heysing ab, die die interne Lage der Blätter, darunter zu ihren Finanzen und Auflagen, und Klatsch über ihre Redaktion mit stramm rechten politischen Kommentaren verbunden hatten. Ebenso hatte auch Horst Emke 1974 öffentlich betont, dass die Informationen in Gehlens Sonderkartei zu Politikern und SPD-Interna eindeutig „keine Abfallprodukte von Auslandsaufklärung" seien.[29] Dank der präsentierten Recherche haben wir nun jedoch viel präzisere Vorstellungen über diese Berichte und Informanten.

Insofern müssen wir nicht diskutieren, ob der BND innenpolitische Berichte schrieb und Sonderkarteien führte, sondern vielmehr, welche Qualität sie hatten, welche politische Rolle sie spielten und welche Erkenntnisse wir daraus über den BND und die Ära Adenauer insgesamt gewinnen. Dazu möchte ich vier Fragen aufwerfen, die von Anmerkungen zu den konkreten Dokumenten hin zu ihrer gesellschaftsgeschichtlichen Bedeutung reichen.

Erstens erscheint mir eine genauere Bewertung der Inhalte der Berichte vonnöten, soweit sie zugänglich sind. Inwieweit versammelten sie wirklich valide geheime Informationen oder doch eher öffentlich zugängliches Wissen aus den Medien oder Gerüchte, die dann politisch interpretiert und durch die Betonung strenger Geheimhaltung aufgewertet wurden? Dass etwa der Norddeutsche Gerhard Stoltenberg, wie eines ihrer Zitate andeutet, laut der geheimen Berichte eher zu den „Atlantikern" um Schröder zählte, wusste jeder Zeitungsleser. Damit verbunden ist die Frage, wie zuverlässig die Berichte waren. Die seit 1974 bekannten innenpolitischen Dossiers lassen ja häufiger an einer seriösen

29 Die Zeit, 18.10.1974.

Recherche des frühen BND zweifeln. Erinnert sei etwa an die bekannten BND-Berichte über Augstein, die zahlreiche Fehler aufwiesen.

Bodo Hechelhammer erwähnte etwa, dass Gehlen selbst CDU-Spitzenpolitiker und spätere Bundesminister wie Ernst Lemmer und Jakob Kaiser für sowjetische Agenten hielt, wofür es de facto keine Anhaltspunkte gibt. Besonders zweifelhaft scheint mir der Wortlaut von Gehlens Berichten in der von ihm zitierten Anfrage und Aussage von Adenauer, ob Elisabeth Noelle-Neumann eine Kommunistin sei und ihr Institut zuverlässig. Eine derartige Anfrage von Adenauer erscheint mir völlig unrealistisch: Das Allensbach Institut für Demoskopie führte seit 1949 regelmäßig Umfragen im Auftrag der Bundesregierung und der CDU durch und lebte somit seit langem von Adenauers Aufträgen, geleitet von Erich Neumann, einem MdB der CDU und wichtigen Berater der Parteiführung. Offensichtlich wollte Gehlen hier die Verantwortung für seine eigene innenpolitische Recherche Adenauer in die Schuhe schieben.

Inhalte sind so gut wie die Quellen. Ob es etwa in der Führungsspitze der SPD und der Gewerkschaften Informanten gab, kann oft nur ein mühsamer, allenfalls exemplarisch durchführbarer Abgleich der dortigen Protokolle mit den Berichten des BND und denen der Medien verifizieren. Vorschlagen würde ich zudem, stärker zwischen den 1950er- und den 1960er-Jahren zu unterscheiden. Seit den späten 1950er-Jahren führte der aufblühende investigative Journalismus dazu, dass auch jenseits des *Spiegels* mehr politische Interna über die Medien zugänglich waren. In den 1950er-Jahren waren Interna etwa aus der SPD-Führung noch eine rare Ware, die besser gehütet wurde.

Mein erster konkreter Diskussionspunkt ist also: Wie brisant und zuverlässig waren die Inhalte der hier vorgestellten Dokumente, und was sagen sie über die Professionalität und Weltanschauung der innenpolitischen BND-Beobachtung aus?

Zweitens erscheint mir eine Hypothese zu den Folgen dieser Berichte von Interesse. Gerade bei Globke liefen in den 1950er-Jahren zahlreiche Lageberichte, Klagen und Denunziationen zusammen. Im Globke-Nachlass finden sich etwa ebenso seine zahlreichen roten Anstreichungen zu den Berichten der mittlerweile gut erforschten „Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise“, bei der ehemalige Offiziere mit geheimen Regierungsmitteln für Adenauer warben und gleichzeitig berichteten. Berichtet und geklatscht wird in der Politik immer. Meine Frage wäre: Wo haben Sie Anhaltspunkte, dass durch die Berichte von Gehlen tatsächlich Politiker oder innenpolitische Handlungen beeinflusst wurden? Denn man könnte

ja auch argumentieren: Der größte Skandal, den die Berichte und die Sonderkartei auslösten, richtete sich gegen den BND und Gehlen selbst, dessen Ruf sie 1974 nachhaltig beschädigten. Auch wenn es sicher keine monokausalen Reaktionen gab, kann nur anhand der Verwendungsweise der Informationen ihr Status und damit der von Gehlen gewichtet werden. Allein der Nachweis, dass sie von Adenauer bzw. Globke an die Parteizentrale der CDU wanderten, wäre bereits ein wichtiger Hinweis auf ihre mögliche Wirkung, gerade im Wahlkampf.

Drittens sind die Motive für die innenpolitische Beobachtung zu diskutieren. Etwas überrascht hat mich das Fazit von Bodo Hechelhammer, dass Gehlen die Kartei nicht brauchte, „um gegen Personen politisch vorzugehen", sondern nur seine Stellung absichern wollte. Auch Klaus-Dietmar Henke hebt das Ziel hervor, sich durch innenpolitische Berichte zum einzigen Nachrichtendienst aufzuschwingen und Adenauer anzudienen. Dem muss man sicher zustimmen. Stärker zu betonen wäre jedoch, was beide Referate eher implizit andeuten, dass es bei den Berichten im hohen Maße auch um politische Ziele des BND ging, konkret: Um die Stärkung konservativer christdemokratischer Politiker und um die Schwächung von den Personen, Institutionen und Entscheidungen, die ihnen sozialistisch erschienen – vom linken Flügel der CDU bis hin zur SPD und liberalen Medien. Die Sonderkartei bezog sich zwar auf Politiker aller Couleur. Aber Strauß oder Globke sollten so vor Angriffen geschützt werden, während Wehner oder Brandt eher diskreditiert wurden.

Gerade die Zusammenstellung von Details über das Sexualleben von Politikern muss man sicher mit weiteren Motivsträngen erklären. Sicher ist die zeitgenössische Vorstellung zunächst ernst zu nehmen, so einer Erpressbarkeit durch die Kommunisten vorzubeugen. Seit den Skandalen um Philipp zu Eulenburg oder Alfred Redl kursierte zudem die Furcht, Homosexuelle könnten Landesverräter sein, weshalb seit dem Kaiserreich sog. „rosa Listen" geführt wurden. Und schließlich stand die Kartei im Kontext einer Politik der Skandalisierung, die in den 1960er-Jahren an Fahrt gewann. Sexuelle Details wurden nun zunehmend auch in den Medien als politische Waffe eingesetzt, insbesondere gegen Brandt und gegen Strauß. In diesem politischen Spiel mit „öffentlichen Geheimnissen" ist auch der BND zu verorten, ebenso wie beispielsweise das FBI mit seinen Sex-Tapes von Martin Luther King. Aber auch diese Motive verweisen nicht allein auf den Machterhalt von Gehlen, sondern auf politische Interessen der BND-Mitarbeiter.

Diese versuchten sie ja nicht nur zu erreichen, indem sie Adenauer und ausgewählte Mitarbeiter informierten. Nicht minder wichtig war vermutlich die Koopera-

tion mit Journalisten, insbesondere dem *Spiegel*. Einiges deutet an, dass geheime Berichte ja eben nicht nur im Safe neben Gehlens Büro oder bei Globke landeten, sondern durchaus gezielt an die Medien lanciert wurden. Hier zeigt sich eine eigenwillige Beziehung zum investigativen Journalismus, der ebenfalls Geheimnisse ermittelte und archivierte, um Aufmerksamkeit zu erregen und politische Ziele zu erreichen. Zugleich wissen wir, dass der BND Informanten in den großen Blättern hatte, wie Horst Mahnke beim *Spiegel*, Paul Karl Schmitt beim *Spiegel* und bei *Springer* oder Wilfried von Oven bei der FAZ. Meine dritte Anmerkung fragt also: Welche eigenständigen politischen Ziele verfolgte der BND, und in welchem Maße prägten die in den vorherigen Referaten konkretisierten NS-Karrieren diese?

Viertens und abschließend sollten wir diskutieren, was wir hieraus für eine Bewertung der Geschichte des BND, die Regierung und die Ära Adenauer insgesamt lernen. Zunächst sicherlich, dass die Beziehung zwischen Gehlen und dem Kanzleramt noch enger war als bisher angenommen und noch stärker in die parteipolitische Tagespolitik hineinragte, wie auch Stefanie Waske bereits anhand von Globkes Terminkalender betont hat.[30] Adenauer hingegen traf Gehlen ja wohl seltener als vielfach, auch aufgrund von Gehlens Memoiren, angenommen wurde. In den heutigen Referaten ging es stark darum, wie die BND-Berichte als „Frühwarnsystem“ dienten, um die Dienstherren Adenauer und auch Globke zu stützen. Aber sicherlich müssen wir diese Perspektive auch umkehren. Nicht nur der BND informierte und schützte Adenauer und Globke, sondern häufig war es vermutlich auch umgekehrt, da dem Kanzleramt natürlich eine Vielzahl von anderen Quellen zur Verfügung stand und es ihnen auch darum ging, Gehlens Weltsicht einzuhegen. Umgekehrt zu denken ist wohl auch für die erwähnte vergangenheitspolitische Schützenhilfe, die der BND Globke gewährte. Denn gerade als Globke 1961 wegen seiner Vergangenheit beschuldigt wurde, musste Globke zeitgleich eher Gehlen und den BND schützen, der im Kontext der Enttarnung seines Mitarbeiters Heinz Felfe und der NS-Vergangenheit von weiteren Mitarbeitern im Kreuzfeuer stand und dessen Position, wie danach in der Spiegel-Affäre, wohl noch stärker gefährdet war.

Generell deutet sich in den beiden Referaten eine Bewertung der Ära Adenauer an, die statt der „aufregenden Modernisierung“ wieder eher die konservativen Momente der autoritären Kanzlerdemokratie unterstreicht. Jüngst hat ja auch

30 Stefanie Waske: Mehr Liaison als Kontrolle. Die Kontrolle des BND durch Parlament und Regierung 1955 – 1978, Wiesbaden 2009.

Josef Foschepoths Studie aufgezeigt, wie weitreichend etwa die postalische und telefonische Überwachung in der alten Bundesrepublik war.[31] Nicht nur die Kommunismusfurcht, sondern das Denunzieren im Nationalsozialismus warf hier seinen langen Schatten, nicht nur beim BND, sondern in vielen Teilen der Gesellschaft. Und auch dies erklärt, warum die von Klaus-Dietmar Henke vorgestellten „Sonderverbindungen“ oft gratis arbeiteten.

Daneben scheint es mir aber ebenso ratsam, die oft recht hohen finanziellen Mittel für Informanten genauer auszumachen. Demokratische Loyalität wurde nicht selten durch den Reptilienfonds im geheimen Titel 300 erkauft, der eine unbürokratische Unterstützung mitteilsamer Ex-Offiziere erlaubte. Insgesamt haben wir wenig über die finanziellen Spielräume des BND gesprochen, obgleich er ja anscheinend große Summen recht freihändig vergeben konnte.

In jedem Fall tragen die vorgestellten Ergebnisse dazu bei, unseren Blick über den BND hinaus auch auf die Ära Adenauer insgesamt zu schärfen und wir sind sehr gespannt, welche Akten noch auffindbar sind, vielleicht selbst aus der Sonderkartei. Reinhard Gehlen verdankte seinen Aufstieg nach 1945 ja seiner legendären Aktion, bei der er Akten im Wald vergrub. Vielleicht hat er ja auch diesmal noch einige Kopien angelegt, die dereinst noch ausgebuddelt werden.

31 Josef Foschepoth: Überwachtes Deutschland. Post- und Telefonüberwachung in der alten Bundesrepublik, Göttingen 2012.

Die Autoren

Prof. Dr. Frank Bösch

Frank Bösch, Jahrgang 1969, war nach seinem Studium der Geschichte, Germanistik und Politikwissenschaft an den Universitäten Hamburg und Göttingen zunächst Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Göttingen und wurde 2001 mit einer Arbeit zum Thema „Die Adenauer-CDU. Anatomie einer interkonfessionellen Sammlungspartei (1945-1969)“ promoviert. Im Anschluss lehrte er als Juniorprofessor an der Ruhr-Universität Bochum, wo er u.a. mit einer Monographie über „Öffentliche Geheimnisse. Skandale, Politik und Medien im Kaiserreich und viktorianischen England“ positiv evaluiert wurde. 2007-2011 war er ord. Professor am Historischen Institut der Justus-Liebig-Universität Gießen und baute Forschungen zur Mediengeschichte aus. Seit Oktober 2011 ist Prof. Dr. Frank Bösch Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam und Professor für deutsche und europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts an der Universität Potsdam.

Dr. Bodo Hechelhammer

Bodo Hechelhammer, Jahrgang 1968, wurde im Jahr 2000 nach seinem Studium der Neueren Geschichte, Mittelalterlichen Geschichte, Kunstgeschichte und Geographie als Stipendiat des DFG-Graduiertenkollegs an der Justus-Liebig-Universität Gießen mit dem Thema „Kreuzzug und Herrschaft unter Friedrich II.: Handlungsspielräume und Kreuzzugspolitik“ promoviert. Daran schlossen sich Lehrtätigkeiten an in- und ausländischen Universitäten und eine Tätigkeit als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Geschichte der Technischen Universität Darmstadt an. Seit 2002 ist er hauptamtlicher Mitarbeiter des BND. Seit 2010 nimmt er die Aufgabe des Leiters der Forschungs- und Arbeitsgruppe „Geschichte des BND“ wahr, verantwortlich für das Geschichtsprojekt im BND. Zu seinen heutigen Forschungsinteressen gehören die Geschichte der Nachrichtendienste, des BND und des Kalten Krieges.

Prof. Dr. Klaus-Dietmar Henke

Klaus-Dietmar Henke, Jahrgang 1947, schloss 1974 sein Studium der Neueren Geschichte und politischen Wissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität München ab und wurde 1977 promoviert. Als Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte fungierte er von 1986 bis 1992 als stellvertretender Chefredakteur der „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte"; 1991/92 war er komm. stv. Direktor des IfZ. 1992 bis 1996 leitete er die Abteilung Bildung und Forschung beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (BStU) in Berlin. Von 1997 bis 2012 (Jahr der Pensionierung) hatte er den Lehrstuhl für Zeitgeschichte an der Technischen Universität Dresden inne und war dort von 1997 bis 2001 zugleich Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung. Er ist Beiratsvorsitzender der Stiftung Berliner Mauer und Mitglied der Unabhängigen Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des BND.

Dr. Andreas Hilger

Andreas Hilger, Jahrgang 1967, wurde 1998 nach seinem Studium der Mittleren, Neueren und Osteuropäischen Geschichte sowie der Slawistik an der Universität zu Köln promoviert. Ab 2000 war er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, in der Abteilung für osteuropäische Geschichte an der Universität zu Köln und als Lehrbeauftragter bzw. Lehrkraft für besondere Aufgaben an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr in Hamburg, der Universität Bremen und an der Universität Hamburg beschäftigt. Daneben arbeitet er an seinem Forschungsprojekt „Kalter Krieg und Dritte Welt. Die UdSSR und Indien, 1941–1966". Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Geschichte der UdSSR, deutsche Zeitgeschichte, die Geschichte der Nachrichtendienste und die Geschichte der internationalen Beziehungen. Er ist Mitarbeiter der Unabhängigen Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des BND.

Prof. Dr. Wolfgang Krieger

Prof. Dr. Wolfgang Krieger, Jahrgang 1947, wurde im Jahr 1977 nach seinem Studium der Geschichte, Anglistik und Politikwissenschaften an der Ludwig-Maximilians-Universität München promoviert. Nach seiner Tätigkeit als Wissen-

schaftlicher Mitarbeiter an der Universität der Bundeswehr in München und am Institut für Zeitgeschichte habilitierte er sich 1986 und war darauf als Wissenschaftlicher Referent bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen beschäftigt. Im Jahr 1995 übernahm er die Professur für Neuere Geschichte an der Philipps-Universität Marburg (Pensionierung 2013). Außerdem war er als Gastprofessor in Bologna, Princeton, Toronto und an der Sciences Po in Paris. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Geschichte der internationalen Beziehungen und die Geschichte der Nachrichtendienste. Er ist Mitglied der Unabhängigen Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des BND.

Armin Müller, M.A.

Armin Müller, Jahrgang 1974, schloss nach seiner Ausbildung zum technischen Offizier der Handelsschifffahrt und Tätigkeit als Serviceingenieur sein Studium der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, der Osteuropäischen Geschichte sowie der Friedens- und Konfliktforschung 2009 an der Philipps-Universität Marburg ab. Danach war er als freier Mitarbeiter im Projekt „Einsatzarmee Bundeswehr“ am Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Potsdam tätig. Zu seinen Forschungsinteressen gehören Neueste Militärgeschichte, die Geschichte des westlichen Balkan und die Geschichte der Nachrichtendienste. Er ist Mitarbeiter der Unabhängigen Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des BND.

Prof. Dr. Rolf-Dieter Müller

Rolf-Dieter Müller, Jahrgang 1948, studierte Geschichte, Politikwissenschaften und Pädagogik an der Universität Braunschweig und wurde 1981 an der Universität Mainz promoviert. Seit 1979 war er Mitarbeiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes der Bundeswehr (jetzt: ZSMBw) und verantwortete dort u.a. das mehrbändige Werk „Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg“. Im Jahr 1999 erfolgte seine Habilitation zum Thema „Albert Speer und die deutsche Rüstungspolitik im totalen Krieg“; 2001 Ernennung zum Honorarprofessor an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seit 2009 fungierte er als leitender Wissenschaftlicher Direktor des Forschungsbereichs „Zeitalter der Weltkriege“, seit 2013 des Bereichs „Deutsche Militärgeschichte vor 1945“ (Pensionierung 2014). Er ist Mitglied der Unabhängigen Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des BND.

Priv.-Doz. Dr. Christoph Rass

Christoph Rass, Jahrgang 1969, verwaltet die Professur für Neueste Geschichte an der Universität Osnabrück und ist Mitglied des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS). Nach dem Studium der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Neueren Geschichte und Informationswissenschaft in Saarbrücken war er von 1996 bis 2011 als Wissenschaftlicher Assistent und Akademischer Oberrat an der RWTH Aachen tätig. Dort erfolgte 2001 seine Promotion mit einer Untersuchung zur Sozialgeschichte der Wehrmacht sowie 2007 seine Habilitation mit einer Studie über Regulierte Arbeitsmigration im 19. und 20. Jahrhundert. Schwerpunkte seiner Arbeit liegen in der Historischen Migrationsforschung sowie der Sozial- und Kulturgeschichte des Krieges. Er ist Werkvertragsmitarbeiter der Unabhängigen Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des BND.

Dr. Gerhard Sälter

Gerhard Sälter, Jahrgang 1962, studierte Geschichte, Philosophie und politische Wissenschaften an der Freien Universität Berlin. 2000 wurde er mit einer Arbeit über die Entstehung der Pariser Polizei im 17. und 18. Jahrhundert promoviert. Ab 1999 war er als freier wissenschaftlicher Mitarbeiter der Gedenkstätte Bautzen und des Landesbeauftragten für die Unterlagen der ehemaligen Staatssicherheit in Sachsen tätig. Seit 2002 ist er Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Gedenkstätte Berliner Mauer, zuletzt als Leiter des Arbeitsbereichs Forschung und Dokumentation. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Genese gesellschaftlicher Ordnungen und die Geschichte von Herrschafts- und Machtbeziehungen in ihrem sozialen Kontext. Er ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Unabhängigen Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des BND.

Hofrat Univ.-Doz. Dr. Erwin A. Schmidl

Erwin A. Schmidl, Jahrgang 1956, wurde nach seinem Studium der Geschichte, Völkerkunde und Kunstgeschichte 1981 in Wien promoviert. Darauf erfolgte sein Eintritt in das Heeresgeschichtliche Museum; 1992/93 als interimistischer Leiter der Militärgeschichtlichen Forschungsabteilung. 1991/92 war er der UN-Abteilung des Außenministeriums zugeteilt; 1994 war er UN-Beobachter in Südafrika und 1995/96 Senior Fellow am U.S. Institute of Peace in Washington. 2001 habilitierte sich Schmidl für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte an der Universität

Innsbruck und übernahm im gleichen Jahr die Leitung des Fachbereichs Zeitgeschichte des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik an der Landesverteidigungsakademie Wien. Seine Forschungsschwerpunkte sind Militär- und politische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, die Entwicklung internationaler Friedensoperationen und österreichische sowie europäische Sicherheitspolitik nach 1945.

Prof. Dr. Michael Wildt

Michael Wildt, Jahrgang 1954, nahm nach seiner Buchhändlerlehre und anschließender Tätigkeit beim Rowohlt-Verlag das Studium der Geschichte, Ev. Theologie, Soziologie und Kulturwissenschaft an der Universität Hamburg auf, wo er 1991 mit einer Dissertation über die Entwicklung des Konsums in der Bundesrepublik Deutschland in den fünfziger Jahren promoviert wurde. Danach war er als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg und am Hamburger Institut für Sozialforschung beschäftigt. Im Jahr 2001 habilitierte er sich mit einer Studie über das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes für das Fach Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Hannover. Das Wintersemester 2001/2002 verbrachte er als Research Fellow am International Institute for Holocaust Research in Yad Vashem in Jerusalem. Seit dem Sommersemester 2009 bekleidet er die Professur für Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert mit Schwerpunkt im Nationalsozialismus an der Humboldt-Universität zu Berlin.

UHK/BND: Studien

Bereits erschienen:

1 Ronny Heidenreich: Die Organisation Gehlen und der Volksaufstand am 17. Juni 1953, 2013.

2 Die Geschichte der Organisation Gehlen und des BND 1945–1968: Umrisse und Einblicke. Dokumentation der Tagung am 2. Dezember 2013, hg. von der Unabhängigen Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes 1945–1968, 2014.

3 Agilolf Keßelring: Die Organisation Gehlen und die Verteidigung Westdeutschlands. Alte Elitedivisionen und neue Militärstrukturen 1949–1953, 2014.

In Vorbereitung:

4 Andreas Hilger und Armin Müller: „Das ist kein Gerücht, sondern echt". Der BND und der „Prager Frühling" 1968, erscheint 2014.

Alle Bände dieser Reihe können auch auf der Internetseite der UHK als PDF abgerufen werden: http://www.uhk-bnd.de/?page_id=340.

Unabhängige Historikerkommission
zur Erforschung der Geschichte
des Bundesnachrichtendienstes 1945–1968

Wilhelm-Röpke-Str. 6c
35032 Marburg
mail@uhk-bnd.de
www.uhk-bnd.de

Druck und Bindung: Bundesnachrichtendienst
Gestaltung: David Löhr
Satz: deblik Berlin

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über www.dnb.de abrufbar.

1. Auflage, Marburg, April 2014

ISBN 978-3-9816000-1-8
ISSN 2199-000X

Die Unabhängige Historikerkommission erforscht die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes unter der Ägide Reinhard Gehlens in den Jahren 1945 bis 1968. Die Arbeiten sollen 2016 im Wesentlichen abgeschlossen sein. Die Kommission widmet sich nicht nur der Frage nach den personellen Kontinuitäten zur NS-Zeit, sondern versucht, ein möglichst umfassendes Bild von der Tätigkeit der Organisation Gehlen und des Bundesnachrichtendienstes zu geben. Zwei Jahre nach der Aufnahme ihrer Forschungsarbeiten hat die Unabhängige Historikerkommission in einem öffentlichen Kolloquium einige Arbeitsproben und Zwischenergebnisse zur Diskussion gestellt, die in diesem Band versammelt sind. Sie sollen einen Eindruck von der Anlage und der Arbeitsweise des Projekts vermitteln und bereits erkennen lassen, welche Ergebnisse auf einem Terrain erwartet werden können, das der Geschichtswissenschaft bisher unzugänglich gewesen ist.

9 783981 600018

WWW.UHK-BND.DE

ISBN 978-3-9816000-1-8
ISSN 2199-000X